

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis: 3.00 M. monatlich, 1.10 M. vierteljährlich, 3.30 M. halbjährlich, 6.00 M. jährlich. Einzelhefte 10 Pf. Sonntagshefte 15 Pf. (inkl. Post).
 Einzelhefte: 10 Pf. (inkl. Post).
 Sonntagshefte: 15 Pf. (inkl. Post).
 Ausland: 4.00 M. monatlich, 1.20 M. vierteljährlich, 3.60 M. halbjährlich, 6.60 M. jährlich.
 Einzelhefte: 15 Pf. (inkl. Post).
 Sonntagshefte: 20 Pf. (inkl. Post).
 Ausland: 5.00 M. monatlich, 1.50 M. vierteljährlich, 4.50 M. halbjährlich, 8.00 M. jährlich.
 Einzelhefte: 20 Pf. (inkl. Post).
 Sonntagshefte: 25 Pf. (inkl. Post).

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sozialdemokratische Zeitschrift oder deren Raum 10 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Berichterstattungen 10 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 10 Pf. (zählige festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. (zählige festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. (zählige festgesetzte Worte).
 Telegramm-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Telegramm-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1953.

Sonntag, den 9. Februar 1913.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1954.

Reichsfeinde!

Von jeher hat das Deutsche Reich keine schlimmeren und gefährlicheren Feinde besessen als die ostelbischen Junker Preußens.

Es war die von junkerlichen Interessen diktierte Politik Preußens, die die Auflösung des alten Deutschen Reiches in erster Linie mit herbeiführen halfen. Es waren preussische Junker, die durch unfähige Diplomatie in den Kabinetten, und durch unfähige Strategie und Taktik auf den Kriegsschauplätzen das deutsche Land zur Beute Napoleons machten. Es waren preussische Junker, die das deutsche Volk nach der Befreiung des französischen Eindringlings belohnten mit der elenden Demagogik der heiligen Allianz. Preussische Junker haben das Bürgerblut zu verantworten, das am 18. März für den edlen Zweck, ein einheitliches deutsches Reich zu schaffen, geflossen ist. Die rachsüchtige Politik des habgierigen und brutalen preussischen Junkertums war es in erster Linie, die den mit dem Blute des 18. März gedüngten Saatboden einer deutschen Reichseinheit rücksichtslos zerstörte. Die preussischen Junker sind es gewesen, die sich bis zuletzt gegen die schließlich mit Blut und Eisen herbeigeführte Einigung Deutschlands gestäubt haben. Und preussische Junker sind es bis auf den heutigen Tag, die immer erneut und mit zäher Feindschaft gegen den Reichsgedanken alle Versuche, eine einheitliche Reichsregierung zu schaffen, zu verhindern und zu durchkreuzen wissen.

Nach der Taktik abgefeimter Spitzbuben aber schreien diese selbst ostelbischen Reichsfeinde hinter der Sozialdemokratie her: Haltet den Dieb! Wo immer diese edle Sippschaft nur eine Sozialistenverfolgung in die Wege leiten kann, sei es unter den politisch erleuchteten Hinterbänken eines ostpreussischen Gutsbezirks, sei es in der parlamentarischen Probestube für die reaktionären Anschläge der preussischen Junkerpolitik, im preussischen Landtage, sei es in dem verhäßten Parlament des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts, überall suchen sie ihre schmutzigen Angriffe auf die Sozialdemokratie mit der schwarzweißen Flagge zu bedecken, überall beschimpfen sie die Sozialdemokratie als Reichsfeinde.

Nun hat die Sozialdemokratie gewiß ihre ernststen Vorbehalte gegen die Art und Weise der neudeutschen Reichsgründung erhoben, und sie macht sie auch heute noch geltend, wo sich nur die Gelegenheit dazu bietet. Aber gegen die Schaffung eines einheitlichen und freiheitlichen Deutschen Reiches hat die Sozialdemokratie weder in früheren Zeiten Einwände erhoben, noch verzagt sie sich heute der Mitarbeit an der Umgestaltung des heutigen Scheinreiches von preussischer Junker Gnade zu einem wirklichen Einheitsstaate. Das beweist die fleißige Mitarbeit der Sozialdemokratie an der Gesetzgebung des Deutschen Reiches, das beweisen vor allen Dingen ihr stetes Drängen, ihre unausgesetzten Anregungen im Sinne reichsgesetzlicher Regelung wichtiger Angelegenheiten des deutschen Volkes.

Bei den ausgedehnten Debatten zum Reichsamt des Innern, die jetzt ihren Abschluß gefunden haben, hat es kaum einen einzigen sozialdemokratischen Redner gegeben, der für die besondere Sache, die er im Namen der Sozialdemokratie vertrat, nicht immer und immer wieder das gesetzgeberische Eingreifen des Reiches verlangt hätte. Nichts es sich um die Schiffahrt oder um die Schulfrage, um die Vergesetzgebung oder um eine Frage der Volksgesundheit handeln, immer wieder verlangen die Sozialdemokraten das Eingreifen des Reiches, weil nur dadurch eine einheitliche Regelung für das Gesamtgebiet des Deutschen Reiches im Sinne der Vereinheitlichung und der materiellen und kulturellen Hebung des deutschen Volkes zu ermöglichen ist. Sozialdemokraten sind eben keine engbrüstigen und kurzfristigen Partikularisten, die lieber das große Ganze leiden lassen, ehe sie auch nur irgend ein gleichgültiges, überlebtes, unberechtigtes Vorrecht des Einzelnen aufgeben.

Von diesem erhöhten Gesichtspunkte aus gewinnt die unerwartete und leidenschaftliche Debatte, mit der die Beratung des Reichsamts des Innern am Freitag abschloß, ihre ganz besondere und außergewöhnliche Bedeutung.

Aus dem Reichstag heraus ist den ostelbischen Reichsfeinden, die im preussischen Landtage, dem elenden Produkt des elendsten aller Wahlsysteme, ihr unlauteres und freches Spiel mit den vornehmsten Bürgerkassen der Reichseinheit treiben, eine Antwort gegeben worden. Der Staatssekretär Delbrück hat es auf seine Weise getan. Dieser Herr hat nicht gerade das Honorat eines homerischen Helden modernen Stils. Er ist ein verbindlicher Bürokrat, der niemandem wehe tun möchte und selbst schärfere Vorstöße mit höflichen Worten so einzudecken sich bemüht, daß sie nicht allzusehr schmerzen. Um so mehr wird es die ostelbischen Reichsfeinde auf der rechten Seite des Reichstages fränken, daß selbst Herr Delbrück vorübergehend die lammergeißige Gelassenheit, die seines Wesens Kern ist, soweit hat fahren lassen, wie es ihm als konservativem Manne und aktivem Minister überhaupt möglich ist, und die Konservativen mit einigen wohlgezielten Unhöflichkeiten traktierte.

Aber die eigentliche Antwort wurde den Reichsfeinden von einem Sozialdemokraten gegeben. Genosse Redebour

hat die Firma Westarp, Arendt u. Co. mit so kräftiger Faust und solcher wohlangebrachten Unbarmherzigkeit zurechtgeschüttelt, daß den Herren buchstäblich der Atem ausging. Wie ein Fisch, der auf dem Trocknen liegt und noch einmal frampfhast nach Luft schnappt, so stammelte der „Reichs“-partei der Schul-Bromberg am Ende die Bemerkung, daß er — nichts mehr zu bemerken habe!

Als das Reichsamt des Innern vor Wochen zum ersten Male auf der Tagesordnung des Reichstags stand, war es ein Sozialdemokrat, Genosse Fischer, der durch seine Enthüllung über den vergeblichen Bittgang des Staatssekretärs des Reiches zum preussischen Polizeiminister den preussischen Reichsfeinden die patriotische Maske vom Gesichte riß. Die Entlarvten haben ihren Kerger über diese unbequeme Demaskierung vor Abschluß des Starnovals vergeblich zu bestäuben versucht. Weder ist es ihnen durch ihre Ablehnungen, noch durch ihren Streikpostenvorstoß im Reichstage, noch durch ihre Attacke, die sie im preussischen Landtage gegen den Reichstag ritten, gelungen.

Sie sind entlarvt, die scheinheiligen Heuchler, die schon ihre verrosteten Weiern stimmen, um zur Jahrhundertfeier der Befreiung Deutschlands von einem auswärtigen Feinde patriotische Lieder zu singen, und die doch im innersten Herzen genau solche Reichsfeinde geblieben sind, wie sie es schon vor hundert Jahren waren.

Die Landtagswahlen stehen bevor. Möge das deutsche Volk, vor allen Dingen aber das preussische Arbeitervolk seine Waffen schärfen, um in diesem Jahre die Befreiung Deutschlands von seinem gefährlichsten inneren Feinde, von seinem ostelbischen Junkertum, ein kräftiges Stück zu fördern! Das ist die würdigste Art der Jahrhundertfeier!

Der Balkankrieg.

Die Nachrichten vom Kriegsschauplatz besagen, daß das geplante oder nur vorgespiegelte Umgehungsmanöver Endver Weis unterbleibt. Dagegen scheint es sicher zu sein, daß sowohl Türken als Bulgaren ihre Stellungen auf der Halbinsel Gallipoli zu verstärken suchen und dort die Entscheidung bald fallen muß. Das Bombardement von Adrianopel wird fortgesetzt und die Bulgaren behaupten, daß die Festung bald sturmreif sein werde.

Türkische Verstärkungen für Gallipoli.

Konstantinopel, 8. Februar. Das 10. Armeekorps, welches sich hier befand, ist samt seiner Kavallerie und Artillerie heute nach Gallipoli abgegangen. Die Einschiffung erfolgte in Ordnung auf den Kais von Istanbul und Galata auf 15 Transportschiffen, welche gestern Abend und Nacht ab dampften. Der Marineminister sowie Endver Weis sollen auch nach Gallipoli abreisen. Es scheint, daß infolge der Kriegsoperationen in Gallipoli die Landung einer größeren Truppenmacht in Rodosto vorläufig verschoben worden ist.

Schreckensszenen bei der Flucht.

Wien, 8. Februar. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Konstantinopel: Die türkischen Bewegungen nach Gallipoli wurden von zahlreichen griechischen Banden beobachtet und belästigt. Infolgedessen wurden die griechischen Bürgermeister und Notabeln der geräumten Ortschaften als Bürgen nach Gallipoli mitgenommen, die Ortschaften selbst durch Beschießung der Kriegsschiffe gänzlich zerstört. Alle Einwohner flüchteten in wilder Panik nach Gallipoli, zum Teil auch auf die dorthin bestimmten Truppentransportdampfer. Dabei kam es nach den Erzählungen hier angekommenen Flüchtlinge wiederholt zu Schreckensszenen. Zahlreiche Boote kenterten infolge der Ueberlastung. Hunderte von Personen ertranken, darunter viele Soldaten. Erst dicht vor Gallipoli gelang es dem türkischen Kommandanten, die Massenflucht zum Stehen zu bringen und den nachrückenden Bulgaren bei Bulair entgegenzutreten.

Vor Tschataldscha.

Konstantinopel, 8. Februar. Ein offizielles Communiqué besagt: Der Feind setzt die Rückwärtsbewegung bei Tschataldscha fort. Es kam zu mehreren Zusammenstößen, die mit dem Rückzug der feindlichen Truppen endeten. Insbesondere war bei dem Dorfe Blaja der Kampf ziemlich erbittert. Das Kriegsschiff „Idjalise“, das vor Büjül-Tschelmedje liegt, richtete das Feuer seiner Geschütze gegen die feindlichen Stellungen.

Die feindlichen Streitkräfte, die damit beschäftigt waren, auf den Höhen südlich des Dorfes Kamilo in der Umgebung von Gallipoli Befestigungen und Verschanzungen zu errichten, wurden von den Geschützen unserer Landtruppen und unserer Flotte beschossen.

Die Beschießung Adrianopels dauert Tag und Nacht fort, ohne bedeutenden Schaden anzurichten. Die Konsuln in Adrianopel erneuerten bei den hiesigen Boten die Bitte, es möge entweder eine neutrale Zone geschaffen werden, die es den Ausländern ermöglicht, außer Schußweite zu bleiben, oder es möge den Ausländern gestattet werden, Adrianopel auf dem Wege über die bulgarischen Stellungen zu verlassen.

Ein Flug über die Dardanellen.

Rom, 7. Februar. „Secolo“ bringt eine ausführliche Schilderung des Fluges der beiden griechischen Militärflieger Katusis und Karaitimis über die Dardanellen, aus der folgende Einzelheiten zu ersehen sind: Der griechische Torpedojäger „Belos“ fuhr dem Wasserflugzeug eine Stunde voraus. Um 9 Uhr 30 Minuten — der Torpedojäger befand sich gerade zwischen Lemnos und Imbros — erschien der Hydroplan hinter der Furnia Bai in der Richtung nach Samothrace und passierte Imbros in der Richtung auf die Dardanellen, um alsbald über der Halbinsel Gallipoli zu verschwinden. Um 11 Uhr 30 Minuten wurde der Hydroplan von neuem sichtbar, der „Belos“ fuhr ihm entgegen, und eine Schaluppe brachte den inzwischen auf dem Wasser niedergegangenen Hydroplan und die beiden Offiziere an Bord. Die Flieger erklärten, der Flug habe jede Erwartung übertraffen. Sie hätten zweimal die Halbinsel Gallipoli im Zirkel geflogen und die türkischen Stellungen leicht erkennen können. Die Halbinsel sei ihnen wie ein ungeheures Waffenarsenal erschienen. Die Flieger erreichten die Halbinsel bei Kap Suwla, passierten die Stadt Maidos und überflogen die Dardanellen zweimal. Als sie sich über Kagara befanden, konnte Karaitimis mit dem Fernrohr sich über die feindliche Festung orientieren. Auch über die bei Kagara versammelte türkische Flotte konnten die Flieger Feststellungen machen. Die Flieger hatten ursprünglich in Mudros niedergehen wollen, ein Notordersetz zwang sie aber zur vorzeitigen Landung. Der Flug dauerte rund zwei Stunden und dehnte sich über 180 Kilometer aus.

Fledtrophus.

Belgrad, 7. Februar. Wie die „Politika“ meldet, ist außer in Rogotin auch in Zajecar und Kujazebac unter den türkischen Kriegsgefangenen Fledtrophus ausgebrochen. In diesen drei Städten sind bisher insgesamt 400 türkische Soldaten erkrankt.

Katzenjammer in Oesterreich.

Aus Wien wird uns vom 7. Februar geschrieben: Es herrscht keine Kriegsstimmung mehr in Oesterreich, und die patriotische Begeisterung, mit der man zu Beginn des Konflikts mit Serbien so viel Staat machte, hat sich gründlich verflüchtigt. Niemand zieht mehr zum Deutschmeisterdenkmal, um dort das Prinz Eugen-Lied anzustimmen, und in den Varietés wird nicht mehr zur Erhöhung der weinseligen Stimmung das „Gott erhalte“ geungen: es ist aus, gründlich aus mit dem Wahn von einer Leidenschaft in Oesterreich für Krieg und Eroberungen. Ganz im Gegenteil: der gesamten Bevölkerung hat sich ein ganz schrecklicher Katzenjammer bemächtigt und nur Erbitte rung nicht sich noch in sie über die ungeheure Rasföhrung, die sich die Nachthaber mit den Interessen des Volkes herausgenommen haben. Verstummt sind auch die mannigfachen Balkanspezialisten, die jeden Tag auf Grund von „Informationen von besonderer Seite“, wie der offiziöse Urprung ihrer Vorspiegelungen schamhaft genannt wurde, die europäische Welt mit der Ankündigung alarmierten, die Gebuld Oesterreichs sei wieder einmal zu Ende und das oder jenes „werde sich die Donaumonarchie unter keinen Umständen bieten lassen“, denn davon hänge ihre gesamte Zukunft ab (von was allem hing nur während dieser Zeit der Irrungen und Wirrungen die Existenz Oesterreichs ab); den publizistischen Stabstrompetern der österreichischen Kriegspartei, die so vielfach auch in der reichsdeutschen Presse ihr Unwesen treiben, hat die Entwicklung der Dinge die Rede völlig verschlagen. Die Bevölkerung in Oesterreich-Ungarn hat aber nur noch die Frage auf den Lippen: welcher Teufel die österreichischen Nachthaber denn geritten haben mag, daß sie Hunderte und Hunderte von Millionen um nichts und wieder nichts hinausgeworfen, eine schwere Wirtschaftskrise über das Reich gebracht und in dem ganzen Feldzug aber auch nicht das geringste erreicht haben. In Wahrheit wird man in der Weltgeschichte lange suchen müssen, um eine derart sinnlose Politik zu finden, der sich Oesterreich-Ungarn in dem gegenwärtigen Balkankonflikt hingegeben hat.

Wohin es mit der Politik des Ballplatzes gekommen ist, zeigt sich schon in der Wertung des Handschreibens des Kaisers Franz Josef an den Jaren als eines Beweises, daß die Erhaltung des Friedens nun gesichert sei — welche Ueber-schätzung jener Zeremonie sich dadurch nicht beitragen läßt, daß eigentlich kein Mensch weiß, was in dem Handschreiben stehen mag. Aber wie wunderbar sind doch die Wege dieser österreichischen Politik! War denn jemals eine andere Störung des europäischen Friedens zu befürchten als die, daß sich Oesterreich in die Balkanhändel mischen werde? Die Kriegsgefahr hätte Oesterreich also auch ohne das große Aufgebot seiner militärischen Machtmittel, das die ganze Volkswirtschaft zerrüttet hat, bannen können; es hätte sich nur zu entschließen brauchen, sich der Zweck- und nutzlosen Einmischung zu enthalten. Der Friede war im Grunde nur durch Oesterreich gefährdet: und nun sind die Schwärzgelben glücklich, daß er nicht mehr gefährdet sei! Offenbar denken sie sich die Sache so, daß sie hätten gezwungen werden können, „zum Schwert zu greifen“ und nun Gott auf den Knien danken dürfen, daß jener „Zwang“ aufgehört habe, daß sie niemand mehr in den Krieg hineintreibe. Aber wer hätte dem Oesterreich zwingen sollen, einen Krieg anzufangen, in dem unter

Umständen die ganze europäische Welt hätte verwickelt werden können? Heute wird doch niemand bezweifeln, daß die eigentliche Forderung Oesterreichs nach Bildung eines selbständigen Albanien, das Serbien den Zugang zum Meere sperrt, viel einfacher von staten gegangen wäre, daß die Erfüllung dieser Forderung innerhalb der Großmächte eigentlich schon vorweg gesichert war. Wenn die österreichischen Machthaber gezwungen werden könnten, auf die Frage, wo für sie eigentlich gerüstet haben, und was insbesondere mit der Aufrechterhaltung der Rüstungen, da doch die albanische Frage schon entschieden ist, bezweckt werden soll: sie würden mit der Antwort wohl in größter Verlegenheit sein! Aber welche Gemütsverfassung muß sich der österreichischen Bevölkerung bemächtigen, wenn sie diese verbrecherische Vergewaltigung des Nationalvermögens nicht, wenn sie die schweren Bedrücknisse dieser nun Monate währenden Mobilisierung nicht und absolut nicht erfahren kann, wofür das alles eigentlich aufgeboren werde! Ist es nicht schon der Gipfel der Albernheit, daß sich Oesterreich die schwersten Opfer auferlegt um Albanien willen, und daß die Oesterreicher jeden sukzessiven Boden, der den Serben für die Albanen abgenommen wird, geradezu mit Gold plästern müssen! Es ist wahrhaftig kein Wunder, daß sich die anfängliche Begeisterung (die freilich auch damals auf die kritiklosen Müßiggänger der Großstadt und auf die bekannten deutsch-nationalen Fühlerpolitiker beschränkt blieb) nun in den gerechtesten Mitleidjammer verwandelt und die Aufregung über die „freien Serben“ sich in Empörung über die gewissenlosen österreichischen Machthaber umgekehrt hat.

Dieser Wandel der Stimmung empfindet am schmerzhaftesten die schwarzgelbe Kriegspartei, die von Franz Ferdinand bis Leopold Wandl (das ist der Ballplatzschmod, der in der „Vossischen Zeitung“ sein Unwesen treibt) reicht und die nun über das Abflauen des kriegerischen Geistes wehmütig klagt. Es ist freilich wahr, daß der alte Kaiser den kriegslüsteren Herrschaften das Konzept gründlich verdorben hat, und deshalb kann sich die spezifische schwarzgelbe Presse in Anspielungen über das „verdammte Ruhebedürfnis“, das „oben herrsche“, auch nicht genug tun. Tatsächlich ist die Verchtoldische Politik in dem Widerspiel zwischen der Kriegspartei, auf deren Geheiß die Rüstungen begannen, und dem Kaiser, für den wieder auf die Erhaltung des Friedens gewirkt wurde, zugrunde gegangen, und so kommt es, daß Oesterreich, das sich auf dem Balkan neue Freundschaften, neue Handelsverbindungen hätte schaffen können, bei dem Handel nun leer ausgeht, und als neuer Peter Schlemihl dasteht. Es ist keine Rede mehr von einem neuen Handelsvertrag oder Handelsbündnis mit Serbien, keine auch von der internationalisierten Bahnverbindung mit Saloniki: der ganze große Aufwand ist für Albanien vertan, über dessen Lebensmöglichkeiten die Anschauungen aber überall sehr geteilt sein dürften. Wohl sind die Schwarzgelben dafür bekannt, daß man ihnen alles mögliche einreden kann, aber der vollkommene Mißerfolg der Politik, die soviel ins Spiel brachte und doch ganz leer ausgeht, ist zu deutlich, als daß er auch von ihnen übersehen werden könnte. Deshalb nach dem kurzen Fasching des patriotischen „Aufschwunges“ der allgemeine Mitleidjammer!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Februar 1913.

Klassenjustiz oder menschliche Unvollkommenheit?

Aus dem Reichstag. Tagtäglich sitzen in Hunderten von Gerichtshöfen Tausende von gelehrten Männern, legen das Gesicht in ernste Falten, wälzen Gesetzbücher und — sprechen „Recht“. Sang- und klanglos verschwinden die meisten der weisen Richtersprüche und ihre oft so sehr beklagenswerten Opfer im Orkus der Vergessenheit. Wieviel Unrecht unsere Rechtsprechung Tag für Tag verübt, ungewollt und ungefühlt, wer kann es ermessen? Keine Statistik gibt darüber Auskunft.

Nur von Zeit zu Zeit steht einer auf und greift aus der Fülle täglicher und alltäglicher Richtersprüche einige heraus. Scheinbar wohllos, scheinbar zufällig legt er neben das Urteil aus der Großstadt eines aus der Kleinstadt, neben einen Richterspruch von Berufsrichtern einen, an dem Laienrichter mitgewirkt haben, neben ein Urteil, aus dem mildes Versehen und liebevolles Wohlwollen spricht, ein anderes, aus dem der eifrige Hauch kalter Härte und mitleidloser Rücksichtslosigkeit weht. Aber allmählich spürt man, daß die Einzelfälle, die der Redner aufzählt, nicht Einzelfälle sind, daß sie alle zu einander gehören, daß sie alle als die verschiedenen Züge eines einzigen großen Bildes, miteinander notwendig sind, wenn das Bild für jedermann klar erkennbar zutage treten soll.

Es ist kein schönes Bild, und mancher wendet sich schaudernd ab, wenn die häßlichen, grauerregenden Züge der Klassenjustiz mit jedem Worte härter und unerkennbarer in die Schweite rücken. Und es ist keine angenehme, aber leider eine bitter notwendige Aufgabe, der sich die sozialdemokratischen Redner zum Etat des Reichsjustizamts alljährlich im Reichstage unterziehen müssen. Am Sonnabend hatte Genosse Cohn diese Aufgabe zu erfüllen, es gelang ihm, mit sicherer Hand die harten Linien des abstoßenden Bildes zu zerschneiden.

Wir behaupten nicht, daß der einzelne Richter bewußt und aus Parteilichkeit das Recht bricht. Wir nehmen im Gegenteil an, daß jeder Richter nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln sich bemüht, und daß er selbst bei den erschreckendsten Urteilen persönlich von der Richtigkeit und Notwendigkeit seines Spruches überzeugt ist. Aber der einzelne Richter kann sich nicht seiner Klassenvorurteile entziehen. Es hängt nicht von seinem Willen ab, ob er unter dem Einfluß seiner Klassenanschauungen und Klasseninteressen handeln will oder nicht. Wie unwillkürliche Muskelbewegungen unseres Körpers sich vollziehen, ob wir wollen oder nicht, wie es höchstens von der besonderen persönlichen Veranlagung und von Krankheitszuständen abhängt, ob diese Bewegungen heftiger oder milder vor sich gehen, so wird auch der Grad der Beeinflussung, nicht diese selbst, wird von seinem besonderen Temperament und seiner persönlichen Besonderheit bestimmt.

Am gefährlichsten wird dieser allgemeine Klasseninstinkt, wenn er in der Rechtsprechung sein Spiel treibt. Angeblich steht die Rechtsprechung über aller menschlichen Unvollkommenheit, angeblich richtet die Göttin Justitia ohne Ansehen der Person. Dieser Irrtum wird um so gemeingefährlicher, weil es sich bei den Rechtsfragen stets um Streitfragen, oft um Streitfragen schwierigster Art handelt, so daß jedes kleine Quentchen Klassenvorurteil den Richterspruch stark beeinflusst.

Aber es werden nicht nur immer Quentlein in die Waage des Rechts geworfen. Es gibt auch robustere Naturen unter den Richtern, es gibt unter ihnen Leute, die in ihrer Gesellschaft eine besondere Rolle spielen wollen, die als Politiker, als Agitatoren tätig sind, die den Ehrgeiz haben, in der herrschenden Klasse, zu der sie gehören, eine bedeutende Rolle zu spielen. Wenn ein solcher Mann am Abend bis spät in die Nacht hinein mit Eifer und Leidenschaft, und oft genug auch mit verbitternder Gehässigkeit von Mann zu Mann für die politischen Interessen seiner Klasse oder seiner Partei — sagen wir: für die Notwendigkeit des Arbeitswillens — gekämpft hat, und wenn er dann am nächsten Morgen einem politischen Gegner — sagen wir: einem Streikposten, der einen Arbeitswilligen beleidigt hat! — als Richter gegenübersteht, wer wagt die Behauptung, daß dieser Richter ohne Ansehen der Person und ohne Klassenvorurteil zu richten imstande ist?

Die bürgerlichen Redner bemühen sich, die Kennzeichen der heutigen Klassenjustiz, die unglaublichen Urteile gegen streikende Arbeiter, die groben Vergewaltigungen der gesunden Vernunft in den Urteilsbegründungen zu leugnen oder auf allgemein menschliche Unvollkommenheit zurückzuführen; vor allem gab der reddegewandte nationalliberale Kammergerichtsrat Schiffer für diese Argumentation das Stichwort. Aber keine noch so spitzfindige Dialektik täuscht keinen Sozialdemokraten über die Doppeltätigkeit und das zweierlei Maß hinweg, denen die Rechtsprechung solange rettungslos ausgeliefert ist, wie es herrschende und beherrschte Klassen gibt.

Geburtensrückgang und Sozialdemokratie.

Der konservative Abg. v. d. Osten, im Nebenamt Landrat des Kreises Königsberg i. d. Neumark, hat eine ganz neue Entdeckung gemacht, die er am Sonnabend im Abgeordnetenhaus bei der Beratung des Medizinalwesens vortrug. Wie an allem Elend in der Welt, so sollen auch an dem Geburtenrückgang die — Sozialdemokraten die Schuld tragen. Herr v. d. Osten behauptet dreist und gottesfürchtig, daß der Geburtenrückgang dort am größten sei, wo die Sozialdemokratie die meisten Stimmen erhalte. Die Tatsache an sich mag richtig sein, aber sie erklärt sich aus wirtschaftlichen Gründen. Die meisten Stimmen bringt die Sozialdemokratie in den Industriebezirken auf, und hier finden wir den stärksten Geburtenrückgang. Will man da ernstlich Wandel schaffen, so verbessere man die Lage des Volkes und setze für gute Arbeiterschutzgesetze. Wer freilich, wie die konservativen Junker, auf dem Standpunkt steht, daß Unterernährung und verkehrte Wirtschaftspolitik nur Schlagworte seien und wer es fertig bringt, die Religiosität mit dem Geburtenrückgang zu verquiden, der legt ein so trauriges Zeichen sozialpolitischer Einsicht an den Tag, daß von ihm selbst beim besten Willen keine Hilfe zu erwarten ist.

Wehnlich tiefschmerzhaft war die Rede des Abg. Wagner (freil.), der der Ansicht Ausdruck gab, daß die Not als Ursache der Prostitution fast gar nicht in Betracht käme. Er berief sich zum Beweis auf die Erscheinung, daß sehr viele Prostituierte früher Dienstmädchen waren, die keine Not kennen. Daß es neben der materiellen Not auch noch andere Ursachen für die Prostitution gibt, läßt sich nicht leugnen. Was aber speziell den Umfang der Dienstboten an der Prostitution betrifft, so empfehlen wir Herrn Wagner, sich einmal mit den interessantesten Untersuchungen von Stille und anderen zu befassen. Vielleicht wird er dann endlich eines besseren belehrt und hilft mit seinen Freunden, die Gefährdungen zu beseitigen und Schutzgesetze für die Dienstboten zu schaffen.

Inserem Genossen Strohkel war es ein leichtes, den Unstimm, den die v. d. Osten und Wagner verzapften, zu widerlegen und nochmals den unanschätzbaren Beweis dafür zu erbringen, daß fast ausschließlich soziale Momente Schuld tragen an dem Geburtenrückgang, der Prostitution und ähnlichen Erscheinungen.

Montag: Vaucet.

10 : 16.

Ueber die Aufnahme der — allerdings sehr unbestimmten und verlausulierten — Erklärung des Staatssekretärs des Reichsmarineamts in England wird gemeldet:

London, 8. Februar (Privattelegramm des „Vorwärts“). Die Erklärung des Staatssekretärs von Tirpitz hat hier allgemeine große Befriedigung hervorgerufen. In allen Blättern findet man freundliche Bemerkungen über Deutschland. Ueber die Tragweite der nur in allgemeinen Umrissen bekannten Erklärung ist man hingegen geteilter Ansicht. Die demokratische Presse hofft zuversichtlich, daß die deutsch-englische Flottenrivalität nun zu Ende sei. Das Organ der Arbeiterpartei schreibt, daß es undenkbar sei, daß die englische Regierung das Anerbieten Deutschlands nicht annehme. Die „Times“ und andere Blätter weisen darauf hin, daß Churchills Voranschlag, das Stärkeverhältnis der deutschen und englischen Schlachtschiffe auf 10 zu 16 festzusetzen, gemacht wurde, ehe die letzte deutsche Flottenvorlage eingebracht wurde. Ueberhaupt sei es angebracht, sich die Rede Churchills vom 18. März genau anzusehen. Man werde dann finden, daß der Grundsatz 10 Dreadnoughts zu 16 sehr wesentliche Einschränkungen erfahre. Es heiße in der Rede, daß, wenn Deutschland bei dem bevorstehenden Flottengesetz verharren und keine unerwarteten Ereignisse in anderen Ländern eintreten sollten, der Wahlstab in Bezug auf die Dreadnoughts, nicht in Bezug auf die ganze Flotte, für die nächsten vier oder fünf Jahre eine bequeme Richtschnur bilde. Ferner hätte Churchill darauf hingewiesen, daß sich das Verhältnis zumgunsten Englands verändern müsse in dem Maße, wie die englischen Vor-Dreadnoughts an Kampfwert verlieren würden. — Man ist sich somit noch nicht klar, was des Staatssekretärs v. Tirpitz Worte genau bedeuten, ob sie mehr ausdrücken als den Wunsch, das Stärkeverhältnis der Flotten der beiden Länder in freundschaftlicherer Weise als bisher zu diskutieren. Wenn sie nicht mehr bedeuten, so wäre den unter den Steuerlasten seufzenden Völkern wenig geholfen.

Auch wir haben ja durchaus vor Optimismus gewarnt. Und wir wiederholen abermals: eine Verständigung über ein Verhältnis der deutsch-englischen Dreadnoughtstärke von 10:16 bedeutet nichts weiteres, als die ohnehin selbstverständliche Tatsache, daß Deutschland bei seinen kolossalen Mehranforderungen für den Land- und Luftmilitarismus vorläufig an kein forciertes Marinewettrennen denken kann und daß auch England heilfrohd sein muß, seine enormen Mehraufwendungen für seine Flotte wenigstens für die ersten Jahre nicht weiter erhöhen zu müssen. Die „Verständigung“ besäünde also schließlich in nichts anderem, als der Anerkennung ohnehin gegebener Notwendigkeiten.

Die ganze „Action“ scheint für Deutschland darauf hinauszulaufen, die abenteuerlichen Mehrforderungen für den Land- und Luftmilitarismus in milderem Lichte erscheinen zu lassen. Als ob es nicht gerade höchste Zeit wäre, durch eine Verständigung mit Frankreich die erneute militärische Riesenschöpfung überflüssig zu machen!

Die Straßburger Faschingspöffe.

Es ist ein eigen Ding um unsere militärpatriotische Presse. Während sie einerseits zu beweisen sucht, daß an der Marmpöffe in Straßburg die Militärbehörden keine Schuld haben, sondern ausschließlich die keine Zeitungen lesenden, von der Faschnachtsstimmung beherrschten Zivilbehörden, sucht sie andererseits darzutun, daß eigentlich solche Täuschungen wie in Straßburg gar nicht vorkommen können, da für die Beförderung und Ablieferung kaiserlicher Telegramme peinliche Vorschriften bestehen. Mit breitem Behagen werden alle diese Bestimmungen über die Einlieferung dieser Telegramme, die Bemühung besonderer Formulare, die Buchung in den Registern, die Kennzeichnung durch die Buchstaben S. S., die Ablieferung an den Adressaten usw. aufgezählt.

Wie es scheint, will man dadurch dartun, wie schön alles von oben herab vorbedacht und geordnet ist; in Wirklichkeit beweist man jedoch nur, wie kopflos in Straßburg verfahren worden ist. Als es hieß: „Der Kaiser kommt!“ ging eben alle Ueberlegung stöten.

Für gar manchen der hohen Herren in Straßburg dürfte übrigens die lustige Geschichte noch ein recht ernstes Nachspiel haben. Wie die „Milit.-pol. Korresp.“ aus Hofreisen berichtet, soll sich der Kaiser sehr unmutig über den Vorfall in Straßburg geäußert und u. a. gesagt haben: „Ja, lesen denn die Herren keine Zeitungen? Da stand es doch groß und breit drin, wo ich gewesen bin.“

Vom Militärkabinett ist auch ein Bericht aus Straßburg eingefordert worden.

Nationalliberaler Eieranz.

Einen geradezu komischen Eindruck macht das phrasenhafte Hin- und Hergerede, mit dem die nationalliberalen Blätter die Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion bei der Abstimmung über den konservativen Antrag auf Verbot des Streikpostens zu verteidigen und zu entschuldigen suchen. Wie bekannt, hätte die große Mehrheit der nationalliberalen Fraktion weit lieber für, als gegen das Verbot gestimmt; die Rücksicht auf die Arbeiter — auch die liberalen, Merikalen und sogar die meisten „gelben“ Arbeiter sind Gegner des Verbotes — die in manchen nationalliberalen Wahlkreisen des Westens und Südens ein ernstes Wort bei der Reichstagswahl mitzusprechen haben, verhinderte jedoch so manche Mitglieder der nationalliberalen Fraktion, diesem Gefühl bei der Abstimmung Ausdruck zu geben, zumal die Fraktionsleitung sich aus taktischen Gründen für die Ablehnung des konservativen Antrages ausgesprochen hatte. Aber wohl ist es den nationalliberalen Machern keineswegs nach diesem Votum; denn die nationalliberalen Großindustriellen und Großaktionäre, allen voran der Zentralverband deutscher Industrieller und die Handelskammern in den Industrievierteln des Westens und Südens, haben sich wiederholt ganz energisch für das Verbot des Streikpostens ausgesprochen, und die nationalliberale Partei gebraucht die Subventionen und Geldunterstützungen dieser zahlungsfähigen äußerst nötig. Die nationalliberalen Parteipolitiker sind dadurch in eine fatale Lage gekommen. Sie suchen sich nun aus dieser jezt dadurch zu befreien, daß sie ihren Gönnern versichern, im Prinzip wären sie ebenfalls entschieden für das Verbot des Streikpostens, aber der Antrag wäre von den Konservativen im ungerechten Moment ohne vorherige Fühlungnahme mit den Nationalliberalen eingebracht worden, und zudem wäre die Form dieses Antrages so mangelhaft gewesen, daß seine Annahme nichts genutzt hätte. Die Bekämpfung des Streikterrorismus müsse „organisch“ durch Ausbau des allgemeinen Strafrechts erfolgen usw.

Charakteristisch für dieses Entschuldigungsgejammer ist folgendes Geschwätz der „National. Korrespondenz“:

„Würden bei Durchführung des Vorschlages des Zentralverbandes vor allem auch die Arbeitgeber geschädigt, so würde auf der anderen Seite das Verbot gegen den Terror und für den Arbeitswillensschutz nur wenig nützen. Die Gewerkschaften besitzen — darauf ist ja im Reichstag besonders vom Staatssekretär Delbrück hingewiesen worden — noch eine ganze Reihe anderer Mittel, um auf Arbeitswillige terroristisch einzuzuwirken. Hierher gehören der Boykott in gesellschaftlicher Hinsicht, die Weigerung, mit Arbeitswilligen oder Andersorganisierten zusammenzuarbeiten, und endlich die ganze Fülle von Drangsalierungen, denen der Arbeitswillige oder Andersgenannte in seinem häuslichen Leben, in der Wohnung, in geselligen Vereinen, seine Frau unter den anderen Frauen, seine Kinder unter den anderen Kindern ausgesetzt sind. Danach müßte ein Gesetz, das das Streikpostensverbot verbietet, in seiner praktischen Wirkung völlig versagen, ein großer Aufwand wäre nutzlos verthan, und zu allem läme noch der Spott der Gewerkschaften und Sozialdemokraten, denen es willkommen wäre, Gesetz und Staat auf so billige Art ein Schnippschen schlagen zu können. Daß dadurch die Staatsautorität nicht gefährdet würde, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Diese Gedankenengänge waren es, die die Nationalliberalen und wohl auch noch andere Parteien zur Ablehnung der konservativen Resolution veranlaßt haben.“

Weit ehrlicher als das offizielle Organ der nationalliberalen Partei ist das Blatt der „Aktualnationalliberalen“, die „Akt. national. Korrespondenz“. Sie erklärt ganz offen das Verhalten der nationalliberalen Reichstagsfraktion für einen taktischen Fehler:

„Durch einen konservativen Antrag, den der Abg. Graf Westarp begründete, ist der Reichstag mit der Frage eines solchen gesetzlichen Verbotes beschäftigt worden. Er hat mit erdrückender Mehrheit den konservativen Antrag abgelehnt, nachdem die Reichsregierung durch den Staatssekretär Delbrück eine scharfe Ablehnung des Gedankens hatte aussprechen lassen. Wir bedauern außerordentlich, daß damit diese wichtige Angelegenheit eine Behandlung erfahren hat, die sie nach ihrer Bedeutung nicht verdiente und die in unseren gemäßigten Kreisen und weit darüber hinaus das niederdrückende Gefühl verbreitet hat, als mangle es der Reichsregierung wie dem Parlament an Erkenntnis der dringenden Gefahr, an Energie und Entschlußkraft. Der Zentrumsabgeordnete Jell, der die Notwendigkeit eines verstärkten gesetzlichen Schutzes der Arbeitswilligen anerkannte, behauptete, daß die Form des konservativen Antrages ihm die Zustimmung unmöglich mache. Es ist auch sonst bedauerlich, daß die Art des konservativen Vorgehens, das absichtliche Unterlassen jeder notwendigen vorhergehenden Fühlungnahme, die stark parteiagitorische und aggressive Begründung, eine Verständigung sehr erschweren. Doch alledem hätte es sich ermöglichen lassen müssen, in einer eingehenden sachlichen Besprechung zu einer größeren Klärung und Annäherung der Anschauungen der Parteien wie der Regierung zu kommen.“

Das Gerede beider Richtungen beweist nur allzu sehr, wie wenig Verlaß auf den ganzen Nationalliberalismus, den

Wassermannschen wie den Fuhrmannschen, ist. Der Einschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter sind beide Richtungen geneigt.

Die Gelben gegen das Streikpostenverbot.

Den Konservativen passiert das Malheur, daß sie auch von ihrem treuenen Schildknappen, dem gelben Werkbererin, in der Frage eines Ausnahmegesetzes gegen die Streikposten verlassen werden. Die neueste Nummer des „Bund“ (vom 9. Februar) beschäftigt sich in einem Leitartikel mit den Reichstagsverhandlungen über den „Arbeitswilligenschutz“. Nach einer Recapitulation der Verhandlungen erklärt der „Bund“:

„In der Öffentlichkeit ist vielfach der Eindruck erweckt worden, als ob die Werkbererinnen auf dem Boden des konservativen Antrags ständen und ebenfalls ein Ausnahmegesetz gegen das Streikpostenverbot verlangten. Auch Graf Westarp drückte sich in seiner Rede zur Begründung seines Antrags auf die Klagen der Werkbererinnen über den sozialdemokratischen Streikterrorismus aus. Aber so sehr die Berliner Werkbererinnen diesen Streikterrorismus bekämpften, so entschieden haben sie sich von vornherein gegen ein Ausnahmegesetz zur Einschränkung der Koalitionsfreiheit und zum gänzlichen Verbot des Streikpostenstehens erklärt. Denn ein solches Gesetz würde zweifellos nur der Sozialdemokratie neues Wasser auf ihre Mühlen leiten.“

Nichtig ist freilich, daß der Sekretär der vaterländischen Arbeitervereine, Herr Heuer, an die nationalliberale Partei einen offenen Brief gerichtet hat, mit der Bitte, dem konservativen Antrage auf Verbot des Streikpostenstehens die Zustimmung zu geben. Aber dieses Schreiben ist lediglich im Auftrage der vaterländischen Arbeitervereine geschrieben worden. Die Werkbererinnen stehen ihm ganz und gar fern.“

Prinzipiell lehnen die Gelben demnach, wie aus dieser Äußerung des „Bund“ hervorgeht, Einschränkungen des Koalitionsrechts nicht ab. Im Gegenteil: am Schlusse des Artikels wird noch einmal mit allem Nachdruck betont:

„Aber wir wollen kein Ausnahmegesetz und keine Beschränkung der Koalitionsfreiheit, denn solche beschränkten Maßnahmen führen der Sozialdemokratie Scharen von Anhängern zu und stärken sie, anstatt sie zu schwächen.“

Wir wollen uns die Grundsätze der Gelben nicht recht; wesentlich ist, daß auch sie sich gegen die konservativen Scharfmachereien wenden.

Das Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl.

Mit zwei Stichwahlen, die an dem bisherigen Mandatsbesitz der Parteien nichts änderten, haben am Freitag die allgemeinen Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft ihren Abschluß gefunden. Gewählt sind 10 Sozialdemokraten, 9 Vereinigte Liberale und 21 Mitglieder der alten Fraktionen (7 Rechte, 7 Centrum und 7 Linke); zusammen 40 Abgeordnete, womit die halbjährliche Erneuerung der Bürgerschaft, die alle drei Jahre stattzufinden hat, hergestellt ist, soweit die allgemeinen Wahlen in Betracht kommen. Weitere 40 Mandate werden noch bei den Privilegiertenwahlen vergeben, die am 18. Februar für die Grundeigentümer und am 28. Februar für die Rotabellen stattfinden. Bei den Rotabellenwahlen hat unsere Partei nichts, bei den Grundeigentümergehwahlen wenig zu schaffen. Immerhin beteiligt sie sich auch an den letzteren, bei denen sie ein vor sechs Jahren errungenes Mandat zu verteidigen hat.

Die Wirkung des Klassenwahlrechts, unter dem Hamburg nun seit dem Wahlrechtsreformgesetz von 1906 zum dritten Mal gewählt hat, läßt sich dahin zusammenfassen, daß der Zwed, die Arbeiter durch ein raffiniertes verfeinertes Stimmensystem um den Erfolg ihres Stimmenszuwachses zu betriegen, gelungen ist: von 32,66 Proz. aller abgegebenen Stimmen, die 1907 auf die Kandidaten der Arbeiterpartei entfielen, stieg die Sozialdemokratie diesmal auf 44,39 Proz. Und trotzdem gelang es ihr nicht, auch nur ein einziges Mandat mehr zu erhalten! Das zeigt die ganze Hinterlist dieses Wahlsystems. Die Entrechtung der Arbeiter wirkt um so schlimmer, als ohnehin schon, infolge der erschwerten Bedingungen, unter denen das Bürgerrecht zu erwerben ist, nur etwa der dritte Teil aller Hamburger Reichstagswähler bei den sogenannten „allgemeinen“ Wahlen zur Bürgerschaft stimmberechtigt ist.

Das Ergebnis der Altenburger Landtagswahl.

Der neu gewählte altenburgische Landtag setzt sich nach dem nunmehr vorliegenden Endergebnis wie folgt zusammen: 14 Abgeordnete der Landes- und Provinzialpartei, sieben Sozialdemokraten, drei fortschrittliche Volkspartei, drei Reichspartei, zwei Nationalliberale, ein Parteilofer, ein Rechtsliberaler, ein Freikonservativer. — Die Sozialdemokraten behaupteten ihre bisherigen sieben Sitze; während die fortschrittliche Volkspartei einen Sitz von den Nationalliberalen eroberte.

Freisinnige Wahlrechtsfeinde.

Ein weiterer Beitrag zu den bereits vorhandenen Beweisen, daß der bürgerliche Liberalismus dort, wo er an der Macht ist, das Wahlrecht verkümmert, wird aus Koburg berichtet. Dort wird die Stadtverordnetenversammlung ausschließlich aus Fortschrittlichen und Nationalliberalen gebildet, und der Oberbürgermeister ließ sich im vergangenen Jahr als „wirklich liberaler“ Kandidat gegen den offiziellen nationalliberalen Kandidaten in den Landtag wählen. Bisher war nun das Gemeindevahlrecht — infolge eines Beschlusses der freisinnig-nationalliberalen Stadtverordnetenversammlung — an die Erstattung eines Bürgergeldes von 80 M. gebunden. Auf Drängen der Arbeiter und vieler kleinen Bau- und Postbeamten wurde jedoch vor kurzem das Bürgergeld auf 10 M. ermäßigt. Infolgedessen bewarben sich auch viele Arbeiter um das Bürgerrecht. In diesem Zuwachs der Gemeindevähler scheint aber der freisinnig-liberalen Verwaltung Koburgs recht wenig zu liegen. Man sollte also, um sich des Andranges der Arbeiterwähler zu erwehren, den Paragraph 35 des Gemeindegesetzes vom Jahre 1887 hervor, nach dem die Bewilligung des Bürgerrechtes auch von dem Nachweis der wirtschaftlichen Existenz abhängt, abhängig gemacht werden kann. Und zwar — so heißt es in dieser Bestimmung — „müssen auch noch menschlicher Voraussicht die Umstände und Verhältnisse erwarten lassen, daß der erwählte Nahrungszweig dem Aufzunehmenden und dessen Familie hinreichenden Unterhalt nachhaltig gewähren müsse.“

Auf Grund dieser vorurteillichen Bestimmung, die den Armen willkürlich seiner politischen Rechte in der Gemeinde beraubt, wurden eine Reihe von Bürgerrechts-Gesuchen, die von Arbeitern ausgingen, zurückgewiesen. Und zwar mit der Begründung, daß die Betroffenen ein Einkommen von unter 1000 M. besitzen und demzufolge die genügenden Substanzmittel nicht besitzen.“

Es mag der Koburger Magistrat recht haben, wenn er meint, ein Einkommen von weniger als 1000 M. garantiere nicht einen hinreichenden Unterhalt für eine Familie. Aber dann müßte konsequenterweise die Stadtverwaltung in erster Linie dafür sorgen, daß die in ihrem Dienste stehenden Familienväter, die jetzt noch ein wöchentliches Einkommen von 14 bis 18 M. haben, zumindest 1000 M. erhalten. — Ohne diese Konsequenz bleibt die wirtschaftliche Existenz dieser freisinnig-liberalen Stadtverwaltung lediglich eine sich gegen die Arbeiterpartei richtende Entziehung des Gemeindevahlrechtes.

Kriegsgerichtliche Milde.

Vor dem Kriegsgericht der 3. bayerischen Division in Landau (Pfalz) fand gestern vormittag die Verhandlung gegen den Oberst und Regimentskommandeur Henigst vom 22. Infanterieregiment in Zweibrücken, der wegen Leichter, vorläufiger Körperverletzung, in Lateinzeit mit öffentlicher tätlicher Beleidigung angeklagt war, statt. Der Anklage liegt der bekannte Angriff des Obersten auf den Mediziner Loth in Zweibrücken am 5. Januar dieses Jahres zugrunde, bei dem der Oberst Henigst dem Mediziner Loth einen Schlag aufs Ohr versetzte. Das Kriegsgericht verurteilte den Angeklagten, entsprechend dem Antrage des Anklagevertreters zu 50 M. Geldstrafe, event. fünf Tagen Gefängnis. Der Angeklagte nahm die Strafe an.

Belgien.

Die Revision ist tot! Es lebe die Revision!

Brüssel, 7. Februar. (Fig. Ver.) Das heutige Kammer-votum war keine Ueberraschung. Die von Vandervelde im Namen der sozialistischen Fraktion noch vor der Abstimmung verlesene Erklärung spricht von der Verwerfung des Antrages als von einer vollenbetenen Tatsache. Fehlt indes dieser Sitzung die Sensation einer Ueberraschung, so wirkt die formelle Entscheidung mit nicht geringerer Wucht, denn sie markiert ein geschichtliches und politisches Moment, die Geburtsstunde einer entscheidungsvollen Ereignisse.

Die Vertrauensmänner des sozialistischen Proletariats ganz Belgiens werden nächsten Mittwoch zusammentreten und das Lösungswort für den Kampf geben. Aber wie Vandervelde in der Erklärung sagte: Die Entscheidung, das Signal zum Kampf war von allem Anfang an von dem Votum der Majorität bestimmt. Dieses Votum nun besagt nicht nur, daß die Regierung keine Revision will, daß sie die politische Ungleichheit der Staatsbürger weiter bestehen lassen, das Schwindelwahlrecht aufrecht erhalten will. Es besagt auch: wir, die Majorität, wollen nicht einmal mit Sozialisten und Liberalen über die Revision diskutieren; wir verwerfen jeden Ausweg, jede Vermittelung, jeden Vorschlag einer friedlichen Lösung. — Herr v. Broqueville sagte neulich: Der Generalstreik ist eine Drohung. Eine Regierung darf einer Drohung nicht nachgeben. Vandervelde, zur äußersten Konzeption entschlossen, erklärte, daß die Schaffung einer parlamentarischen Studienkommission die Möglichkeit bieten würde, die „Drohung“ des Generalstreiks aus der Welt zu schaffen. Diese Kommission hätte die Regierung zu nichts verpflichtet, ihr jede Freiheit für ihre Entscheidungen gelassen; sie bedeutete mit einem Wort nichts anderes, als daß die Regierung ein paar Parlamentariern das Problem der Verfassungsrevision zum Studium überantwortet hätte. Der Vorschlag ist praktisch-politisch so harmlos, daß ihn ein Merkaler der Majorität zur Annahme empfiehlt. Und als ihn die Regierung vertwortet, meint er, man möchte an ein Mißverständnis glauben — so wenig läßt sich die Abweisung motivieren.

In der Tat ist die herausfordernde Handlungsweise der Regierung so wenig zu rechtfertigen, daß ein liberales Organ, die äußerst doktrinär-liberale und generalstreikfeindliche „Etoile Belge“, die sogar mit Herrn v. Broqueville marschierte und die Regierung unterstützt hat in der famosen Auffassung, vor der „Drohung“ des Generalstreiks nicht zurückzuweichen, in ihren letzten zwei Nummern die Verantwortung für die kommenden Dinge der Regierung zuwälzt.

Die entscheidende Sitzung verlief sehr bewegt. Nach der Rede des Sozialisten Denis ertönte minutenlang Beifall, auch von den Bänken der Liberalen. Die sozialistischen Deputierten brachen in den Ruf: „Es lebe der Generalstreik!“ aus. Während der Rede des Genossen Huysmans kam es zu stürmischen Zwischenrufen, als der Redner die frühere Wahlreformfreundlichkeit des Justizministers allernachweis. Der christlich soziale Abbe Fonteyne wieder stieß mit den Merkaleren heftig zusammen, denen er ihre edle Kampfweise vorhielt. Auch sonst gab es genug Lärmereien, in denen die Zwischenrufe und Reden ungehört verfanke. — Von den verlesenen „Erklärungen“, die nach der Abstimmung abgegeben wurden, ist die des christlichsozialen Daens zu bemerken, der sein Einverständnis mit den Sozialisten in der Wahlrechtsfrage aussprach.

Zur Abstimmung selbst haben wir unserer telegraphischen Meldung hinzuzufügen, daß von den 184 anwesenden Deputierten 98 gegen den sozialistischen Antrag auf Diskussion der Verfassungsrevision stimmten, 83, nämlich die Sozialisten und sämtliche Liberale und 2 Merkaler sich der Stimme enthielten. Die Abstimmung war namentlich. Bei gewissen Namensnennungen und Beratern ihrer Vergangenheit gab es entsprechende Ausrufe. Die Erklärung Vanderveldes, die wir bereits telegraphisch meldeten, wurde in Ruhe angehört. Die Klammation der Sozialisten nach der Verlesung war von größtem Eindruck. Stürmisch ertönte die Rufe durch den Sitzungssaal: Hoch das Wahlrecht! Hoch die Revision! Ein sozialistischer Deputierter, Genosse Bologne, schwang in Ermangelung einer Fahne ein rotes Schnupftuch.

Italien.

Die Ursachen der Unruhen in Neapel.

Rom, den 6. Februar. (Fig. Ver.) Neapel, die größte Stadt Italiens, hat der Regierung in politischer Hinsicht nie Anlaß zu Besorgnissen gegeben. Die zwölf Wahlkreise, in die man die Stadt in Hinblick auf ihre „zuverlässige“ Gesinnung eingeteilt hat (Rialto, mit nur 120 000 Einwohnern weniger verfügt über 6 Mandate), haben stets, mit einziger Ausnahme des Sozialisten Ciccolli, Regierungskandidaten ins Parlament geschickt; trotz leidlicher Industrialisierung besteht keine beachtenswerte Gewerkschaftsbewegung; die sozialistische Partei hat keinen Einfluß im öffentlichen Leben; Neapel war für die Regierung eine bequeme Stadt, trotz aller Sorgen, die sein Elend, seine kommunale Mißwirtschaft und sein Verbrechertum bereiten.

Welchen Ursprungs und welchen Wesens war nun die Bewegung vom 1. und 2. Februar, die mit der Proklamierung des Generalstreiks begann, um mit einem Straßenkampf und zahlreichen Vandalismen zu enden? Es war eine echte Volksbewegung, die sich jeder Disziplinierung durch proletarische Organisationen entzog und die fast ihres impulsiven Ursprungs in der starken Beteiligung des Lumpenproletariats mit sich schlepte. Im Gegensatz zu den zahlreichen kurz aufflackernden Unruhen der letzten Jahre hat aber die letzte Bewegung einen leidlich klaren politischen Charakter und birgte auch eine viel größere Nachhaltigkeit aufweisen als diese. In der Tat sind neue Volksversammlungen für den 9. v. M. angesetzt und die Bewegung dauert in der Umgebung Neapels fort. In mehreren Fabriken wird der Ausstand, trotz der Proklamierung des Endes durch die Arbeiterkammer, weiter fortgesetzt, so in der staatlichen Tabakfabrik, deren Direktion die Biedereinstellung mehrerer Arbeiterinnen verweigert hat.

Wie in Rom, so verfaßt in Neapel die Regierung den städtischen Ökroi und entlastet dafür die Stadt von einem Teil der den Kommunen obliegenden finanziellen Leistungen. Bei dem Bedürfnis nach neuen Einnahmen, das sich im Anschluß an den Krieg dringend fühlbar macht, hat sich nun die Regierung gerade Neapel zu einem fiskalischen Experiment ausgedehnt, von dem sie sich eine Mehreinnahme von 5 Millionen jährlich verspricht. Die durch königliches Dekret von heute auf morgen verfügte Maßnahme ist zweifacher Art: einmal wird die Ökrolinie Neapels auf mehrere Arbeitervororte ausgedehnt, dann wurden die Verbrauchssteuern auf Artikel des Massenkonsums ungeheuer erhöht. Vororte, die man in schmählicher Weise sich selbst überlassen hat und die keinen einzigen Vorteil der Stadt genießen, keine Straßenbeleuchtung, keine Trams, keine gepflasterten Straßen haben; sollen die Abgabenlast der Großstadt teilen, und außerdem sollen die armen Leute, die Arbeiter und die ebenso elenden Kleinbürger ihre ohnehin unzureichende Nahrung noch mehr einschränken, weil die Regierung ihnen die Volksnahrungsmittel, den Fisch und das Obst, maßlos verteuert! Gegen diese Maßnahme, deren plötzliche Einführung allerdings durch die Umstände geboten war, aber trotzdem die Bevölkerung noch mehr erbitterte, richtete sich die Demonstration am vorigen Sonntag, bei der es einige 40 Verwundete auf beiden Seiten gab. Auch die Polizei hat Opfer des Aufruhrs zu beklagen, da der neapolitanische Haß gegen den Polizeistat brutal zugute trat.

Die Regierung muß einsehen, daß Neapel schwerer als die anderen Städte an den Kriegsfolgen trägt, daß durch die Verstrickung und Arbeitslosigkeit unter den Arbeitern und Kleinbürgern unergötzlich geworden ist. Diese Februartage haben gezeigt, daß das Volk sich gegen neue Steuerlasten wehrt, weil es sie nicht tragen kann, weil es sich durch sie in seiner materiellen Existenz bedroht sieht. Sieht die Regierung das ein, so wird sie das Dekret zurückziehen und wird die Stadtverwaltung auflösen, weil sie das Vertrauen der Mehrheit nicht besitzt und die schändliche Elitewirtschaft darstellt. Unterläßt die Regierung diese Maßnahmen, so werden die Unruhen den Anfang einer langen Reihe bezeichnen, und die Stadt Neapel ein für allemal aus der Zahl der politisch bequemen und gut dressierten Städte streichen.

Schweden.

Aus dem Reichstage.

Stockholm, 7. Februar. (Fig. Ver.) Die sozialdemokratische Fraktion hat am 5. Februar in beiden Reichstagskammern Vorschläge auf Unterjuchung der Möglichkeit, den gesetzlichen Minimumlohn und den Arbeitsstunden in Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr einzuführen, eingebracht. Die gesetzliche Festlegung des Minimumlohnes denkt sich die Fraktion in der Weise, daß Lohnämter eingesetzt werden, die aus Vertretern der Arbeitgeber, Arbeiter und der Bureaokratie bestehen und die ortsüblichen Minimumlöhne festlegen sollen resp. können, womit aber kein Verbot, höhere Löhne durch Kampf zu erreichen, verbunden werden soll. Wir vermögen nicht an eine die Arbeiterinteressen wahrnehmende Lösung dieses Problems auf so breiter Grundlage zu glauben, da die Gesetzgebung die Lohnämter doch nur mit Bestimmungen verquiden wird, die den Arbeiterinteressen direkt entgegenstehen werden. Der vorliegende Antrag bedeutet zunächst jedoch nur eine Anregung, die unter Umständen nicht wertlos ist.

Japan.

Die Veringung des Parlaments.

Als die neue Regierung am 21. Januar das Abgeordnetenhaus vertagte, mochte sie wohl die Absicht haben, die Weiter zu verweigern, um Zeit zu gewinnen, die Angriffe durch Ausarbeitung eines vollständigen Programms zu widerlegen. Allein die Erörterungen waren auf Sand gebaut. Die in der Kammer vertretene Bourgeoisie ist offenbar fest entschlossen, die Altmodes der Militärliste zu streifen. Beim Wiedezusammentritt der Kammer am 5. Februar setzte die Opposition mit einem energischen Angriff ein, in dessen Verlauf es zu Szenen kam, die an ungarische Beispiele erinnern.

Der neue Finanzminister Matsukata legte der Kammer seinen Budgetvorschlag für das Jahr 1913/14 vor. Er ist vorsichtigerweise in dem Rahmen gehalten, den sich sein Vorgänger Yamamoto gestiftet hatte. Die gesamten Einnahmen und Ausgaben werden auf 585 Millionen Yen veranschlagt. Die gewöhnlichen Einnahmen weisen gegen das Vorjahr eine Steigerung von 27 Millionen Yen auf, ein Plus, das auf die wirtschaftliche Prosperität zurückgeführt wird. Aber andererseits sind die außerordentlichen Einnahmen um 10,7 Millionen zurückgegangen, so daß der reine Ueberschuß der Gesamteinnahme nur etwa 7,5 Millionen Yen beträgt.

Die sein Vorgänger, so erklärte auch Matsukata in seinem Exposé, das Programm der gegenwärtigen Regierung sei strikteste Sparsamkeit und administrative Reformen, wodurch ein jährlicher Gewinn von 50 Millionen Yen zu erwarten sei. Um ihr Ziel zu erreichen, wolle die Regierung auf Hinausschiebung der öffentlichen (Bahn-)Bauten drängen. Dadurch hoffe sie, die Ausgaben noch unter die Voranschläge zu reduzieren.

Nachdem der Finanzminister geendet hatte, erhob sich der Ministerpräsident Katsura, um seine Programmrede zu halten. Unerwarteterweise redete er hauptsächlich nur über die auswärtige Politik, die in der Kammer selten Unstimmigkeit erntet. Allein die Vorzüge des Diplomatens sollte nicht den gewöhnlichen Erfolg bringen. Kaum hatte Katsura geendet, so erhob sich der frühere Bürgermeister von Tokio, Izumi, und beantragte im Namen der Seimukai-Partei, der Regierung die Mißbilligung auszusprechen. In seiner Begründung des Verlangens griff er den Ministerpräsidenten in bestiger Weise persönlich an. Katsuras Vergangenheit mache ihn für den Posten an der Spitze des Kabinetts vollständig unzulässig.

Eine derartige Sprache und der Antrag selbst bedeutet in einem sonst so launigen Parlament wie das japanische eine revolutionäre Tat. Katsuras Antwort auf die Angriffe hatte keinerlei beruhigende Wirkung. Ihm sollte eines der Mitglieder der neuen Partei Katsuras, Shimada, folgen. Der Chef der Regierung mußte sich nicht viel von der Redebegiertheit seines Parteigängers versprechen, denn noch ehe er die Tribüne erreicht hatte, zog Katsura ein kaiserliches Handschreiben aus der Tasche, das die Kammer auf fünf Tage vertagte.

Dieser Streich wirkte wie eine Bombe. In ungeheurer Erregung verließen die Volksvertreter das Haus, um sich außerhalb desselben mit einer Menge Sympathisierender zu versammeln. Das Volk blockierte die Zugänge zum Parlament und brachte den Mitgliedern der (oppositionellen) Seimukai-Partei laute Ovationen dar. Die regierungsfreundlichen Abgeordneten wurden aus ihren Sitzen gestochen, es wurde sogar versucht, sie in den Kanal zu tauchen. — Ein wenig versprechender Anfang für das Haupt der Militärliste.

Da Katsura bei seinem Regierungsantritt erklärt hat, konstitutionell regieren zu wollen, bleibt ihm nichts weiter übrig, als das Parlament aufzulösen. Das ist um so wahrscheinlicher, als er eine neue Partei aus seinen Anhängern bilden will.

Die Verhandlungen in der Holzindustrie. — Ein Schiedsspruch!

Am Freitag haben die Parteien unter dem Vorsitz des Freiherrn v. Berlepsch bis in die späten Nachtstunden hinein ihre Arbeiten fortgesetzt. Erst Sonnabendmorgens war der Unparteiische imstande, seinen Schiedsspruch zu fällen. Hiernach werden die in Frage kommenden Verträge nicht, wie die Unternehmer wollten, auf drei, sondern auf vier Jahre abgeschlossen. Dagegen wird ihrem Wunsch auf Verminderung der Zahl der bestehenden Vertragsgruppen insofern Rechnung getragen, als die im Jahre 1914 ablaufenden Verträge um ein Jahr verlängert werden. In den fraglichen Städten wird für dieses Jahr eine Lohnerhöhung um 2 Pf. pro Stunde bewilligt. Ferner soll über die Erneuerung der im Jahre 1916 ablaufenden Verträge schon im Jahre 1915 verhandelt werden. Es werden somit künftighin in der Holzindustrie zwei Gruppen von Verträgen mit je gleichem Ablauftermin und vierjähriger Vertragsdauer bestehen.

Der Schiedsspruch besagt weiter, daß das im Jahre 1911 von der zentralen Schiedskommission beschlossene Vertragsmuster, welches inzwischen von der Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes abgelehnt worden ist, künftighin als Norm für den Abschluß örtlicher Verträge gelten soll, ohne daß jedoch ein Zwang zur Anwendung aller Bestimmungen ausgeübt werden darf. Wo es den beiderseitigen Interessen dienlich ist, sollen paritätische Arbeitsnachweise errichtet werden. Das im Jahre 1907 vereinbarte Musterregulativ für paritätische Arbeitsnachweise soll von den Zentralvorständen in der nächsten Zeit einer Revision unterzogen und dann für neu zu errichtende Arbeitsnachweise in Anwendung gebracht werden. Weiter enthält der Schiedsspruch präzise Vorschriften für einen besseren Ausbau des Schiedswesens.

Der wichtigste Teil des Schiedspruches bezieht sich auf die Verkürzung der Arbeitszeit und die Lohnerhöhungen. Bekanntlich hatte der Arbeitgeber-Schutzverband den Grundsatze aufgestellt, daß in den Städten, in welchen die Arbeitszeit jetzt 54 Stunden und weniger beträgt, eine Arbeitszeitverkürzung nicht in Frage kommen kann. Eine Lohnerhöhung, und zwar in Höhe von 1 Pf. pro Stunde, welcher jeweils am 1. Oktober der Jahre 1913, 1914 und 1915 gewährt werden soll, hatte der Arbeitgeber-Schutzverband zugestanden. Der Schiedsspruch des Freiherrn v. Berlepsch geht nicht unwesentlich über diese Zugeständnisse hinaus. Es ist in allen Städten eine Arbeitszeitverkürzung zugestanden worden. So wird die Arbeitszeit in Berlin, die bisher 51 Stunden pro Woche beträgt, am 1. Juli 1915 auf 50 Stunden reduziert. In Leipzig und Dresden wird am gleichen Zeitpunkt, in München, Potsdam und Spandau am 1. Juli 1916 die Arbeitszeit von 52 Stunden auf 51 Stunden verkürzt; in 5 Städten, die bisher 53 Stunden Arbeitszeit hatten, erfolgt eine Verkürzung auf 52 und in 11 Städten eine solche von 54 auf 53 Stunden. Selbstverständlich erfolgt auch in allen anderen Städten eine entsprechende Arbeitszeitverkürzung.

Schon bei früheren Vertragsabschlüssen ist in einzelnen Fällen eine Regelung der Arbeitszeit für die Dauer von zwei Vertragsperioden erfolgt. Dieser Gedanke ist diesmal weitergeführt worden in der Weise, daß mit wenigen Ausnahmen für alle Städte eine Regelung der Arbeitszeit bis zum Jahre 1921 erfolgte, während der Vertrag im übrigen nur bis zum 15. Februar 1917 läuft. Diese Arbeitszeitregelung bedeutet, daß für eine Reihe von Städten eine weitere Arbeitszeitverkürzung innerhalb des Zeitraumes von 1917 bis 1920 eintritt. Dadurch wird erreicht, daß zu diesem Zeit-

punkt, abgesehen von drei kleinen Orten, die dann noch 55 Stunden arbeiten, die Arbeitszeit in den Vertragsorten nur höchstens 54 Stunden beträgt.

Die Stundenlöhne werden in allen Orten am 1. März 1913 und am 1. März 1914 um je 2 Pf. erhöht. Für die große Mehrzahl der Städte tritt am 1. März 1915 eine weitere Lohnerhöhung ein, die an einigen Orten 2 Pf. in den meisten 1 Pf. pro Stunde beträgt. Grundsätzlich wird ausgesprochen, daß für jede Stunde Arbeitszeitverkürzung als Ausgleich eine Lohnerhöhung um einen Pfennig eintritt. Einschließlich dieses Ausgleiches schwanken somit die Stundenlohnerhöhungen für die vierjährige Vertragsdauer zwischen 5 und 7 Pf. Um diese Beträge werden auch die in den Verträgen festgelegten Minimal- bzw. Durchschnittslöhne erhöht und ebenso ferner diese Lohnerhöhungen auf die Affordiarie und Affordpreise entsprechende Anwendung. Da für Berlin insgesamt einschließlich des Ausgleiches für eine Stunde Arbeitszeitverkürzung eine Lohnerhöhung um 5 Pf. pro Stunde in Betracht kommt, so würde das eine Erhöhung der Affordpreise um etwa 7 Proz. entsprechen.

Mit dem gefällten Schiedsspruch ist die Tarifbewegung in der Holzindustrie noch nicht beendet. Zunächst ist der Schiedsspruch den Vertretern der örtlichen Parteien unterbreitet worden. Gestern nachmittag hatten sowohl der Deutsche Holzarbeiterverband als auch der Arbeitgeber-Schutzverband ihre Städtevertreter nach Berlin berufen, die, natürlich in getrennten Versammlungen, über die Annahme des Schiedspruches berieten. Ueber die definitive Annahme oder Ablehnung entscheiden aber die örtlichen Parteien direkt. Es ist in Aussicht genommen, die Versammlungen zu diesem Zweck allgemein am 12. Februar stattfinden zu lassen; über ihr Ergebnis läßt sich im voraus schwer eine Vermutung äußern.

Aber selbst wenn der Schiedsspruch überall angenommen werden sollte, wäre damit die Tarifbewegung noch nicht beendet. Es sind noch eine ganze Reihe von Punkten vorhanden, die der Erledigung harren. Ueber diese soll, unter der Voraussetzung, daß die Schiedsprüche angenommen werden, zunächst örtlich verhandelt werden. Es wurde vereinbart, daß etwa dann noch sich ergebende Differenzen den Zentralvorständen unterbreitet werden, welche sie, eventuell unter Mitwirkung des Freiherrn v. Berlepsch als Unparteiischen, entscheiden sollen. Mit Rücksicht darauf, daß die in Betracht kommenden Verträge am 15. Februar ablaufen, der Arbeitgeber-Schutzverband die für diesen Zeitpunkt bevorstehende Aussperrung bereits öffentlich angedroht hat und die Unternehmer in einzelnen Städten auch schon ihren Arbeitern gekündigt haben, wurde beschlossen, daß bis 1. März weder Aussperrungen noch Streiks injiziert werden dürfen, vorausgesetzt, daß die Versammlungen der Städtevertreter am Sonnabend den Schiedsspruch annehmen.

Die Dinge liegen nun in der Holzindustrie so, daß die Gefahr eines großen Kampfes, der in der letzten Zeit recht nahe gerückt ist, weniger groß erscheint; ganz abgesehen ist aber diese Gefahr nicht. Nicht nur, daß die Annahme der Schiedsprüche noch keineswegs gewiß ist; unter den noch zu erledigenden Streitpunkten befinden sich manche, die noch Anlaß zu sehr schweren Auseinandersetzungen geben dürften. Man wird also die nächsten Wochen abwarten müssen, ehe man definitiv beurteilen kann, ob die Tarifbewegung in der Holzindustrie einen friedlichen Verlauf nimmt.

Deutsches Reich.

Achtung, Maschinenist und Geiger! Die Maschinenist und Geiger der Elbe- und Oder-Schiffahrt und auf den märkischen Wasserstraßen stehen in der Lehnbewegung. Arbeitsangebote von den Reedereien der Elbe, Oder, Havel, Saale, märkischen Wasserstraßen sind für organisierte Maschinen- und Kesselpersonal gesperrt. Zentralverband der Maschinenist und Geiger.

Achtung! Former und Viehzeiger! Veranlaßt durch fortgesetzte Lohnsenkungen und Schikanierung der Kollegen sowie Brückung der Organisation, sind die Aluminiumformer der Firma Rudolf Kautenbach in Solingen in den Streik eingetreten. Zugang von Former und Viehzeigern ist von Solingen fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.

Ausland.

Obligatorisches Schiedsgericht in Arbeitskonflikten?

Christiana, 7. Februar. (Fig. Ber.) Die neue (liberale) Regierung Norwegens hat beschlossen, den von ihrer Vorgängerin dem Parlament unterbreiten aber nicht erledigten Antrag auf obligatorische Vermittlung in Arbeitskonflikten zurückzuführen. Die bürgerliche Presse meldet, daß die Regierung beabsichtigt, an Stelle der obligatorischen Vermittlung das obligatorische Schiedsgericht zu fordern. Das würde zwar nur dem Programm der Linken entsprechen, aber doch ein Schlag ins Gesicht sowohl für die Unternehmerorganisationen als die Arbeitergewerkschaften bedeuten, die beide entschieden das obligatorische Schiedsgericht ablehnen. Die konservative Regierung begnügt sich daher mit der Forderung der obligatorischen Vermittlung; nur in gewissen Fällen, wenn besondere Interessen der Allgemeinheit auf dem Spiel ständen, wollte sie das schiedsgerichtliche Verfahren anordnen lassen. Die Linken, die die bürgerlichen und bauerlichen Mittelstufen vertritt, sieht aber in den Kämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern eine Belastung und will nun mit Hilfe der Gesetzgebung diese Kämpfe aus der Welt schaffen.

Gegen diese Unterbindung der gewerkschaftlichen Aktion und Bureaufkräftigung der Arbeitsverhältnisse wird sich die norwegische Arbeitererschaft zur Wehr setzen. Die Liberalen verfügen allerdings über die parlamentarische Majorität, so daß sie augenblicklich die Macht haben, ihr Ziel zu erreichen. Ein derartiges Gesetz würde jedoch wahrhaftlich dazu beitragen, seine Schöpfer bei den nächsten Wahlen wegzufegen.

Letzte Nachrichten.

Die Kämpfe vor der Tschataldjalinie.

Sofia, 8. Februar. Die türkischen Truppen rücken gestern aus der Tschataldjalinie in drei Richtungen vor. Eine aus sechs Bataillonen bestehende Kolonne marschierte, unterstützt von der Artillerie des Forts Gaur-Bajir und den Kanonen zweier Kreuzer und zweier Torpedoboote, welche vor Buljul-Tschelmedsche verankert lagen, um 9 Uhr früh gegen die bulgarischen Truppen, welche die Positionen bei Armanitof besetzt hielten. Diese warfen den Feind durch einen energischen Angriff gegen die Brücke von Buljul-Tschelmedsche zurück. Eine zweite, aus zwei Bataillonen bestehende, Kolonne rückte vorgestern von Batschkef vor, zog sich aber vor dem Infanterie- und Artilleriefeuer der Bulgaren über den Karafu zurück, ohne den Gegenstoß abzuwarten, zu dem die Bulgaren sich anboten. Endlich setzte sich ein türkisches Regiment mit einer Kavallerieabteilung und einer Gebirgsbatterie von dem Dorfe Gultschel her in Bewegung, wurde aber von den bulgarischen Truppen mit dem Bajonett angegriffen und zu einem Rückzug in größter Unordnung gezwungen, wobei es seine Toten und Verwundeten auf dem Schlachtfelde zurückließ. Außerdem sind alle Versuche der Türken, auf der Linie Jendzsch-Bazantof in der Gegend von Verlos zur Offensive überzugehen, gescheitert; der Feind ging überall in seine ursprünglichen Stellungen zurück. Während des ganzen Tages mochten bulgarische Flugzeuge Erkundungsflüge über der Tschataldjalinie.

Reformpläne der neuen türkischen Regierung.

Konstantinopel, 8. Februar. (W. Z. B.) Der Minister des Inneren äußerte sich in einem Interview über die vielen Tagesfragen dahin, daß die Gerüchte, wonach der Ministerrat den Friedensschluß auf Grund der Abreise von Adrianopel unter einfacher Zulassung eines Vertreters des Kalifen oder eines Kais es Sullans beschloffen hätte, vollständig unbegründet seien. Das gegenwärtige Kabinett sei entschlossen, die nationale Würde aufrechtzuerhalten. Das Zugeständnis eines Kais es Sullans wäre keine Kompensation für die nationale Würde. Diese Frage werde entweder durch Blut entschieden werden oder die ottomanische Souveränität und die ottomanische Flagge werden aufrechterhalten werden. Der Minister dementierte in kategorischer Weise die Gerüchte von Zwangsleistungen in der Armee. Der Geist der Truppen in Adrianopel sei ausgezeichnet.

Der Minister sagte ferner, daß die Grundzüge des im Ministerium des Inneren in Vorbereitung befindlichen Entwurfes betreffend die Reformierung der Vilajetsverwaltung ausbleiben. Die Reformen, welche den lokalen Bedürfnissen jeder Provinz nach deren sozialer und wirtschaftlicher Lage entsprechen, würden im Wege provisorischer Reordnungen eingeführt werden. Sofort nach Veröffentlichung des Gesetzes würden im ganzen Reiche Generalräte einberufen werden, ein viergliedriger Ausschuss des Generalrats werde dauernd beisammen bleiben, um die Durchführung der Beschlüsse der Generalräte zu kontrollieren. Das Gesetz sichere die ottomanische Staatseinheit. Die Regierung werde ausländische Fachmänner zur Durchführung der Reformen in allen Ministerien berufen. Der Minister kündigte dann noch die bevorstehende Veröffentlichung eines Gesetzes an über die Anerkennung der Beerbtene als juristische Personen, welche Eigentum erwerben können. Das Gesetz werde die Schaffung einer Bodenkreditbank und von Baugenossenschaften erleichtern.

Eine offiziöse englische Stimme zur Frage der Rüstungsverhandlung.

London, 8. Februar. (W. Z. B.) Die Westminster Gazette betont, daß die auswärtige Lage die Flottenfrage beherrschend müsse. Das Blatt hofft, daß gewisse deutliche und notwendige Tendenzen künftig auf beiden Seiten berücksichtigt werden. Es ist besser für uns, so heißt es weiter, daß Deutschland seine Interessen und seine Macht gleichmäßig über die Welt verteilt hat, wie wir selbst, als daß es in einem einzigen Meer mit seiner gesamten Flotte eingeschlossen ist mit der Front gegen die Macht, die ihr den Ausgang zu versperren scheint. Andererseits ist es besser für Deutschland, daß wir eine Seemacht mit kleiner Armee und soweit als möglich mit freien Händen in der europäischen Politik bleiben, als daß wir durch seine Seerüstungen veranlaßt werden, eine Kontinentalmacht mit einem starken Meer und festländischen Bündnissen zu werden. Diese Erwägungen müssen die Politik beider Länder bestimmen. Wenn man sie im Auge behalte, dürfte es nicht schwer sein, an einer befriedigenden Politik festzuhalten, die beiden zusagt.

Paul Singer & Co., Berlin SW.

Gierzu 4 Beilagen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Gemeindegewerkschaften.

In einer außerordentlich stark besuchten Generalversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, die am Freitagabend im Gewerkschaftshaus stattfand, berichtete Emil Wuyh über den Stand der Tarifbewegung. Als der Verband im vorigen Sommer die Frage aufrollte, ob es nicht möglich sei, zu tariflichen Vereinbarungen zwischen der Organisation der Arbeiter und den Gemeindeverwaltungen in Groß-Berlin zu gelangen, war er sich der großen Schwierigkeiten, die im Wege standen, wohl bewußt. Der Tarifvertrag ist für die Arbeiter die Voraussetzung für ein leidliches Arbeitsverhältnis in den Gemeindebetrieben und sogar eine bittere Notwendigkeit, um Sicherungen zu schaffen gegenüber den zahlreichen Vorgesetzten und Beamten. Ein großes Hindernis auf dem Wege zu einem Tarifvertrag liegt in der Haltung der Liberalen in den Gemeindevertretungen. Sie unterstützen die bestehende Verschleppungspolitik der Behörden, so daß die Geduld der Arbeiter auf eine harte Probe gestellt wird. Der Redner besprach eingehend die Bemühungen der Verbandsleitung, den Berliner Magistrat zu einer bestimmten Stellungnahme in der Frage der Tarifverträge zu veranlassen. Ein Verbandsvertreter habe schließlich versucht, bei dem Oberbürgermeister vorstellig zu werden, sei aber nicht vorgelassen worden. Eine Unterredung mit Stadtrat Fischbeck, dem Delegierten für Arbeiterangelegenheiten, ließ die Frage der Tarifverträge noch offen, aber Herr Fischbeck erklärte doch, daß eine Erhöhung der Löhne nach der Bewilligung der Teuerungszulage selbstverständlich sei, freilich dachte er dabei nur an die am schlechtesten gestellten Arbeiter, während der Verband eine allgemeine Lohnerhöhung fordert.

In den Vororten ist die Frage der Tarifverträge auch nicht weiter gediehen wie in Berlin. In Charlottenburg wird die Angelegenheit nach dem Muster von Berlin möglichst hinausgeschoben. In Neukölln war die Stimmung erst etwas freundlicher, dann wieder abweisend. In Lichterberg wurden Verhandlungen mit der Organisation vom Magistrat abgelehnt, dagegen beschloß man in der Sitzung der Gemeindevertreter, der Frage der Tarifverträge näher zu treten. — Auf der ganzen Linie liegen die Dinge noch im Stadium der Erwägungen, aber die Arbeiter werden nicht nachlassen, ihre Forderungen geltend zu machen, wenn auch die Liberalen mit den übrigen Parteien das „schlechte Beispiel“ für die Privatindustrie fürchten, das die Gemeinden dadurch geben sollen, daß sie mit Arbeiterorganisationen Tarifverträge abschließen.

Eine lebhafte Diskussion setzte nach dem Bericht ein. Sehr übel bemerkt wurde von mehreren Rednern, daß der Verbandsvertreter bei dem Oberbürgermeister nicht vorgelassen wurde. Der Verbandsleitung sollte man für ihre Tätigkeit viel Anerkennung geben, aber sie wurde von einigen Seiten auch getadelt, daß sie nicht scharf genug vorgehe. Energisch forderte man eine allgemeine Lohnerhöhung. Als Wangel bezeichnete ein Redner, daß kein Vertreter der städtischen Arbeiter im Berliner Rathaus sitze. Wuyh wendete sich in seinem Schlusswort auch gegen den Vorwurf eines Diskussionsredners, daß Glöde in der Berliner Stadtverordnetenversammlung die Gemeindegewerkschaft in ungünstiger Weise ver-

treten habe. Den in der Diskussion gemachten Vorschlag, mit den Hirsch-Dunderschen, die unter den Straßenreinigern großen Anhang haben, enger zusammenzugehen, lehnte Wuyh ab, denn man habe bereits zu schlechte Erfahrungen damit gemacht. Er empfahl zum Schluß den Versammelten, nicht der Verbandsleitung allein alle Arbeit der Tarifbewegung aufzubürden, sondern mitzuwirken, jeder in seinem Kreise und im Interesse aller, besonders auch die Unorganisierten heranzuziehen.

Die folgende Resolution fand einstimmige Annahme in der Versammlung:

„Die Generalversammlung der Filiale Groß-Berlin am 7. Februar 1913 entnimmt aus dem Bericht der Ortsverwaltung, daß der im September 1912 bereits von den Arbeiterausschüssen und der Gewerkschaftsleitung eingereichte Antrag auf Abschluß tariflicher Lohn- und Arbeitsbedingungen bei den in Frage kommenden Stadtverwaltungen Groß-Berlins nicht die ernste Würdigung findet, welche diese soziale Forderung verdient. Es verlorziet wieder etwas von einer Stellungnahme der Magistrat, noch ist den Arbeitervertretungen bis jetzt eine definitive Kundmachung bezüglich der vor Monaten übermittelten Anträge zugegangen.“

Die Versammelten mißbilligen eine solche schleppende Behandlung ihrer wohl begründeten und berechtigten Anträge auf Abschluß eines Tarifvertrages unter gleichzeitiger Erhöhung der jetzigen Löhne auf das Lebhafteste. Sie stellen noch einmal fest, daß die städtischen Arbeiter entschieden an diesen Forderungen festhalten, und beauftragen die Ortsverwaltung, zur Förderung derselben unermüdet erneut bei den Herren Oberbürgermeistern vorstellig zu werden.“

Ueber die nächsten Resultate der Bewegung werden die Vertrauensmänner unterrichtet werden. In gemeinsamer Beratung wird man dann die Richtlinien festlegen, die geeignet scheinen, in der Tarifbewegung Fortschritte zu machen.

Drohender Lohnkampf in der Berliner Herrenkonfektion.

Die in der Berliner Herrenkonfektion bestehenden Tarifverträge sind bekanntlich von den Arbeitern am 1. Dezember zum 1. März d. J. gekündigt worden. Von den Arbeitern wurden neue Tarifvorlagen ausgearbeitet, die den in Frage kommenden Unternehmern unterbreitet wurden. Die Lohnforderungen bewegten sich in mäßigen Grenzen und betragen durchschnittlich 10 Proz. Auf Grund der neuen Tarifvorlagen fanden am 5. und 6. Februar Verhandlungen zwischen Vertretern beider Parteien statt. Die Verhandlungen mühten resultatlos abgebrochen werden, da die Unternehmervertreter keinerlei Zugeständnisse in bezug auf die Lohnfrage machten. Die Arbeitervertreter erklärten daraufhin, daß unter diesen Umständen alles weitere Verhandeln zwecklos sei. Von seiten der Unternehmer wurde dann erklärt, daß diese ihren Auftragnehmern nochmals Bericht erstatten wollen. Sollten die Unternehmer ihren Standpunkt ändern, so werden die Verhandlungen nächste Woche wieder aufgenommen werden. Die Situation ist in diesem Jahre eine andere als bei der Lohnbewegung 1910. Während damals mit den Unternehmern einzeln verhandelt wurde, sind jetzt familiäre Firmen der besseren Engroskonfektion — auch die tariflosen — in einer Organisation vereinigt. Geben die Unternehmer ihren ablehnenden Standpunkt nicht auf, so dürfte der Kampf unvermeidlich sein.

Heute, Sonntag mittag, werden die beteiligten Arbeiter in einer Versammlung in der Brauerei Friedrichshain Stellung nehmen zu dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen.

Reichstag.

107. Sitzung. Sonnabend, den 8. Februar 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Lisca.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort zu einer Erklärung Abg. Dr. Dertel (l.): Meine Ausführungen in der Sitzung vom 16. Januar über die Stellung des Reichslanzlers und des Staatssekretärs des Innern zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sind dahin aufgefaßt worden, daß ich dem Reichslanzler und dem Staatssekretär des Innern Rang und Ansehen persönlichem Mut vorgezogen hätte. In meiner Absicht hat das nicht gelegen. Weiden habe ich eine entsprechende Erklärung zugleich mit meinem Bedauern über das Mißverständnis abgegeben, und stelle das hiermit öffentlich fest. (Große Heiterkeit links.)

Etat des Reichsjustizamts.

Die allgemeine Beratung steht ein beim Titel „Staatssekretär“. Hierzu liegt eine Resolution Wassermann (natl.) vor, die dem Staat und dem Reich sowie den Gemeinden bei allen Zwangsversteigerungen von Grundstücken ein kurz befristetes Vorkaufrecht einräumt, sowie eine Resolution Dr. Welzer (l.), die einen Gesetzentwurf über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses wünscht.

Abg. Dr. Cohn (Soz.):

Meine Freunde werden den Titel „Staatssekretär“ nicht bewilligen, nicht etwa, weil sie gegen die Person des gegenwärtigen Staatssekretärs erhebliches einzuwenden hätten, sondern das entspricht unserer Stellung zur heutigen Gesellschaftsordnung und Regierung. Ueber den außergerichtlichen und Zwangsvergleich beabsichtige ich ebenfalls nicht zu reden; wenn die Regierung eine entsprechende Vorlage einbringen will, werden meine Freunde sie wohlwollend prüfen. In der Tat kann ja dadurch die infamierende Wirkung, die jeder Bankrott hat, gemildert werden. Viel wichtiger aber ist ein anderer Gegenstand, der auch mit einem gerichtlichen Bankrott zusammenhängt, ich meine die

Erscheinung der Klassenjustiz.

die einen Bankrott unserer Justiz nach der Meinung weiter Volkskreise darstellt. Die konservativen Parteien versuchen ja, die Erscheinung der Klassenjustiz überhaupt aus der Welt zu reden, und in diesem Bestreben vereinen sich mit ihr sogar Arbeitervertreter der christlichen Gewerkschaften. Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften verlangt neue oder doch zum mindesten schärfere Anwendung der bestehenden Bestimmungen gegenüber dem Terrorismus. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Graf Westarp hat hier geradezu das Loblied des braven Arbeitwilligen gesungen, der vom bösen Sozialdemokraten gehindert werde, seine gesellschaftliche und ethische Pflicht, um seine Familie zu ernähren, zu erfüllen. Die wahre Natur dieser nützlichen Elemente der Arbeitwilligen ist doch etwas anderes und in zahlreichen Gerichtsverfahren ist festgestellt worden, mit was für einer Sorte von Menschen man es bei diesen Arbeitwilligen zu tun hat, die heute hier und morgen da das „behörlich geschulte Amt“ eines Arbeitwilligen versehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Nur ein Beispiel. In einem der vielen Prozesse anlässlich des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet stellte sich heraus, daß

eines dieser nützlichen Siebenmonatskinder

zunächst mit 4 Jahren Zuchthaus wegen schweren Diebstahls vorbestraft war, dann mit 2 Jahren 6 Wochen Zuchthaus wegen Drohung und Verleumdung, dann wieder mit 1 Jahr Zuchthaus, und so folgten noch eine Reihe schwerer Strafen. In einem Fall haben diese „ruhigen, ordentlichen Arbeiter“ in Lübeck ein Bordell demoliert und bei der Verhandlung äußerte einer der Beteiligten feilenruhig: „Während Blut ist noch keine Buttermilch“. Die Vermittlung von Streikbrechern ist heute ein Geschäft wie jedes andere, es ist ein moderner Menschenhandel. Die Arbeitwilligen selbst finden einen Lohn ein, der meist über das weit hinausgeht, was ehrliche, anständige Arbeiter bekommen. Außerdem genießen sie strafrechtliche Privilegien, einen besonderen Schutz der Staatsanwaltschaft, der sogar über den hohen Beamten hinausgeht. Im Ruhrrevier bekam von derselben Kammer ein Arbeiter wegen Verleumdung des Regierungspräsidenten 50 Mark Geldstrafe, ein anderer wegen Verleumdung von Arbeitwilligen zehn Tage Gefängnis. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Konservativen und die christliche Gewerkschaftspressen der Meinung sind, daß das bestehende Recht gegen den so-

genannten Streikterrorismus nicht ausreichend angewandt werde, so lehrt die tägliche Erfahrung nicht nur bei großen Arbeitskämpfen, sondern bei den kleinsten Ausperrungen schlagend das Gegenteil. Das ist gerade ein Hauptbestandteil der Klassenjustiz, daß das bestehende Recht besonders scharf angewandt wird, sobald es sich um Arbeiter handelt. Das hat auch ein Blatt, wie die „Soziale Praxis“ des Professor Franke bestätigt. Für das Wort Streikbrecher hat sich

ein Normalmaß zur Bestrafung

herausgebildet, das offenbar unter dem Einfluß der Hysterien von scharfmacherischer Seite im Laufe der Zeit in die Höhe gegangen ist. Während es vor 15 Jahren 1 Woche Gefängnis, vor 8 bis 10 Jahren 14 Tage Gefängnis betrug, ist das jetzige Normalmaß 4 Wochen Gefängnis, nur beim Ruhrrevierprozess erhöhte es sich auf 6 Wochen bis 2 Monate. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Bei Verleumdungen von Arbeitwilligen ist im Gegensatz zu anderen Verleumdungen für die Staatsanwaltschaft stets das öffentliche Interesse gegeben. Bei einem Streik, der bei einer Groß-Berliner Kartonfabrik ausbrach, wies eine Arbeiterin den Vorwurf, daß sie Streikarbeit geleistet habe, zurück und erwähnte dabei, daß vielleicht eine andere im Hause wohnende Frau die betreffende Streikarbeit gemacht habe. Diese Äußerung wurde der anderen Frau hinterbracht, sie stellte Strafantrag wegen Verleumdung, und der Staatsanwalt erhob die Anklage im öffentlichen Interesse. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Ruhrrevier wurde Anklage erhoben gegen einen Bergmann, weil er in einer Art gepiffen habe in Anwesenheit von Arbeitwilligen, daß es wie Pfuißgellungen habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gegen einen weiteren Bergmann, weil er das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ in Gegenwart von Arbeitwilligen gesungen hatte.

Man muß aus diesen und ähnlichen Vorwürfen zu dem Schluß kommen, daß die Justiz nicht so von dem Bestreben ausgeht, den Sachverhalt womöglich klar zu stellen und die Jamesung von Schuld und Sühne gerecht zu bemessen, als von ihr an sich ganz fernliegenden Erwägungen im Interesse der Staatshoheit und Staatsraison. Im Ruhrrevier entschuldigte sich ein Staatsanwalt gegen den Vorwurf der ungenügenden Vorbereitung der Anklage damit, die Staatsanwaltschaft habe bei diesem Streikprozess im Ruhrrevier höhere Pflichten zu erfüllen gehabt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die besondere Verschleppung sei notwendig gewesen, um das moralische Gewissen der Streikenden zu härten.

Ein besonderes Kapitel ist die

Anwendung des Erpressungsparagrafen

auf die Auseinandersetzungen zwischen Organisierten und Nichtorganisierten. Es ist einer rücksichtslosen Auslegungskunst gelungen, gegenüber ehrlichen Arbeitern, die ihrem Verbande Mitglieder zuführen wollten, die ihre Kollegen auf die Pflicht zur Organisation aufmerksam machten, den Erpressungsparagrafen zur Anwendung zu bringen. Seitdem das Reichsgericht damit den Anfang gemacht hat, gehen die unteren Gerichte prompt mit. Dieses Einschwenken der unteren Instanzen kennzeichnet die außerordentlich militärische Schulung unserer Beamten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Aufgabe, daß ein paar Maurer nicht mit einem anderen zusammenarbeiten wollten, der früher wegen großer Beitragschulden gestrichen war, dann versprochen hatte, wieder beizutreten, aber dies Versprechen nicht hielt und an den Delegierten der Organisation die belannte Aufforderung des Götz von Becklängen richtete, genügte dem Gericht in Nordhausen, zwei Maurer wegen versuchter und vollendeter Erpressung zu zwei Monaten Gefängnis zu verurteilen. (Hört! hört!) Es wurde angenommen, daß es sich nur darum gehandelt habe, dem Verband einen rechtswidrigen Vermögensvorteil, nämlich durch Zuführung der Beiträge, zu verschaffen. Besonders interessant ist, daß die Anklage in diesem Fall vertreten wurde von einem Staatsanwalt, der als Hauptagitor des nationalen Wahlvereins mit dem Verlangen nach erhöhtem Arbeitwilligen und Bekämpfung der Sozialdemokratie im ganzen Wahlkreis umherzieht. Man wird es den Rohrbauer angeklagten Arbeitern nachfühlen, wenn sie zu einem Gerichtshof nicht übermäßiges Vertrauen haben, dessen Mitglieder zum erheblichen Teil ebenfalls diesem nationalen Wahlverein angehören. Die Volkskreise werden immer zahlreicher, die angelegentlich derartiger Ereignisse der Jubilation den Glauben an die unbewußte ungleiche Behandlung von Arbeitwilligen und „Streikterroristen“, von Angehörigen der höheren und niederen Klassen verlieren. Wie es in den Köpfen derartiger Richter aussieht, hat Helmut v. Gerslach in den Erinnerungen aus seiner Referendarzeit sehr treffend dargelegt. Er erzählt da, wie

scheidend für die Gewährung einer „Ehrengabe“ aus der Schillerstiftung.

Unterzeitige Stiftungen? O, es existieren noch verschiedene. Eine der jüngsten ist die Faskentrath-Stiftung in Köln. Zwar hat der Testator ausdrücklich bestimmt, daß für die Zuwendung einer Ehrengabe aus dem Zinsvertrage des Kapitals weder konfessionelle noch parteipolitische Standpunkte in Frage gezogen werden sollen. Dabei ist der jeweilige Kölner Bürgermeister Kurator der Stiftung. Und in der Praxis hat sich bis hierher gezeigt, daß unter Umgehung der wichtigsten Paragraphen des Stiftungsstatuts Autoren, auf die man ein Auge geworfen hat, vorher brieflich eingeladen wurden, sich an der Bewerbung um ein Stipendium zu beteiligen. Die bürgerliche Presse hütet sich wohlweislich, irgendeine Kritik an solcherlei Praktiken zu üben. Und noch ängstlicher ist sie bemüht, die Schriftsteller im Gefühl der Abhängigkeit vom Verlegerkapitalismus zu erhalten. Solange jene sich aber nicht gewerkschaftlich organisieren gegen jedwede kapitalistische Ausbeutung, wird zu dem Mittel öffentlicher Ausrufer zur Rettung einzelner gegriffen werden. Und das Ergebnis wird, wie im Falle Rosler-Schüler, immer ärmlich und immer beschämend sein.

Theater.

Deutsches Theater. Der lebende Leichnam. Von Leo Tolstoj. Die Aufführung war eine Meisterleistung Reinhardt's und seiner Schauspieler. Wer das aus Tolstoj's Nachlass herausgegebene Stück gelesen oder es in der vorjährigen Darstellung des Neuen Volkstheaters gesehen hat, dürfte von dem Abend nicht eben viel erwartet haben. Die Hemmungen schienen unüberwindlich. Wenn Tolstoj's anderes (unvollendetes) Nachlassdrama „Das Licht scheint in der Finsternis“, das seine tiefsten Bewußtseinskämpfe widerspiegelt, durch einheitliche Konzentration bei allem Fehlen dramatischer Handlung die Hörer bis zum Schluß in Spannung hält, fehlt dem „Lebenden Leichnam“ ein solcher Einheit gebender Zusammenhang. Das Stück zerfällt sich; und wie die Szenen alle Augenblicke den äußeren Schauplatz wechseln, springt auch die Schilderung von Gegenstand zu Gegenstand. Daß der im Vordergrund so zart empfindende, so lebenswichtig gütige Fedja der in klarer Erkenntnis der eigenen Lebensunfähigkeit seiner Frau zu einer glücklicheren Ehe mit einem besseren Mann verheiratet will, sich dennoch, unter Verhüllung auf seinen Wahnsinnigkeitsstand, der Erfüllung der notwendigen Scheidungsformalitäten widersetzt und lieber zur Komödie eines scheinbaren Selbstmordes greift, erscheint im Wilde dieses Unglücklichen als fremder Zug, fehlt das Mitgefühl für ihn herab. Niemand erfährt, warum der Selbstmordbetrug Fedja's Geistes weniger belastend dünkt als die Aussage vor Gericht. Der Schwächling, den wir noch verstehen und lieben konnten, erhält so gerade an dem entscheidenden Punkte Züge eines rein pathologischen Narren.

ein Amtsrichter auf die Frage, ob er auf dieselbe Strafe erkennen würde, wenn er hintereinander die gleiche Tat von Arbeitern und von Studenten, Verletzung von Eigentum im Kampf und Mißhandlung zu beurteilen hätte, erwidert hat: Das würde ich selbstverständlich nicht tun, denn in einem Falle handelt es sich doch um einen übermäßigen Streich überflüssiger Jugendlust und in dem anderen um den Ausfluß angeborener Roheit ungebildeter Elemente. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist wohl 25 Jahre her, aber die tägliche Erfahrung lehrt uns, daß derartige Auffassungen zwar in den Urteilsgründen nicht mit derselben Klarheit und Brutalität ausgesprochen, aber jedenfalls von den Richtern gehegt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das beweist der Fall aus neuester Zeit wieder, wo in Erlangen zwei Studenten, die einen Arbeiter auf roheste mißhandelt hatten, von dem Schöffengericht zu 40 und 50 Mark Geldstrafe verurteilt wurden, während unmittelbar darauf dasselbe Gericht einen Arbeiter, der nachts auf der Strafe einem Studenten einen Stodbiß verlegt hatte, auf drei Monate ins Gefängnis schickte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Diese

Ungleichheit in der Rechtsprechung

tritt auch hervor, wenn es sich um Anklage von besonderem Stande oder besonders privilegierte Beamte handelt. Ein Amtsrichter in Jlimenau nannte einen Angeklagten den frechsten verlogensten Gauner von Jlimenau, der keinen Anspruch auf Glaubwürdigkeit habe. Wegen Verleumdung deshalb verurteilt, wurde er freigesprochen, das Gericht war der Meinung, ein Richter dürfe sich so ausdrücken. Ein Schankwirt gab wegen Uebertretung der Volkseigenschaft angeklagt an, er habe die Gäste aufgefordert, das Lokal zu verlassen und sogar einen Schankmann hereingehtolt, um sie hinauszubefördern. Aus Versehen war ein anderer Schankmann geladen, und der Richter erklärte den Einwand des Angeklagten als ganz unerschämte freche Lüge. In der zweiten Instanz stellte sich die unerschämte freche Lüge als Wahrheit heraus, und der Angeklagte wurde freigesprochen. Er stellte nun Strafantrag gegen den Richter, aber Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt lehnten ein Einschreiten ab. Bei einem Streit, den ein Richter mit der Chemnitzer „Volkstimme“ hatte und der zur Privatklage gegen den Redakteur führte, erklärte das Gericht ganz offen, wir müssen auch auf den Stand des Privatklägers Rücksicht nehmen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere auch an den noch immer unerledigten Fall des Fürsten Eulenburg, dem es immer und immer wieder gelingt, milde Richter und Staatsanwälte zu der Auffassung zu bringen, daß er den Aufregungen einer Schwurgerichtsverhandlung nicht gewachsen sei. Uebrigens wird mit mitgeteilt, daß seine Krankheit ihn nicht hindert, noch immer Amtsvorsteher und als solcher auch Chef der Sittenpolizei zu sein. (Große Heiterkeit.)

Zu welchen komischen Sprachverrenkungen diese Sucht, hoch und niedrig verschieden zu behandeln, führt, hat ein Konfiskationsbeweis, der in einer Sache verschiedene Zeugen zu vernehmen hatte. An einen Arbeiter schrieb er: „Ich habe Sie als Zeuge zu vernehmen, Sie haben sich da und dort einzufinden. Für den Fall des Richterfehlers werden Sie mit 30 R. Strafe belegt.“ An einen Kassendirektanten schrieb er: „Ich muß Sie als Zeuge vernehmen. Wollen Sie sich bitte um... Von den 30 R. Strafe ist nicht mehr die Rede. Dann hatte er auch einen Landrat zu laden und an diesen schrieb er: „Ich bin beauftragt, Sie als Zeuge zu vernehmen. Würden Sie die Güte haben, eine Zeit zu bestimmen, die Ihnen zuzugibt, am besten in meiner Wohnung?“ (Heiterkeit.) Endlich mußte er auch einen Regierungspräsidenten laden. Man sieht förmlich die geschlossenen Häden, mit denen er das Schreiben diktiert hat, wenn man liest: „Euer Hochwohlgeborenen bin ich beauftragt als Zeuge zu vernehmen. Würden Sie die Güte haben, eine Zeit zu bestimmen, in der ich Sie in Ihrer Wohnung in Potsdam aufsuchen kann.“ (Große Heiterkeit.)

Besonders auffallend ist die Rücksichtnahme der Justiz auf die Staatsraison, auf dem Gebiete der Beamtenverleumdungen (Sehr wahr bei den Sozialdemokraten). Die Justiz fühlt sich offenbar als Teil der ganzen Staatsverwaltung und glaubt, die Verschlingung zu haben, auf

Wahrung der Staatsautorität

zu halten, auch wenn sie im kleinsten Gliede in der Person irgend eines Schankmanns angegriffen wird. Solche Erwägungen haben aber natürlich mit den eigentlichen Aufgaben der Rechtsprechung nichts zu tun. In Weuthen in Oberhessen hatte eine Frau einen Sergeanten beschuldigt, er habe sie, als er dienstlich in ihrer Wohnung war, vergewaltigen wollen. Geizig eine schwere Verleumdung, aber die Frau bewies vor Gericht selbst durch ihr

Dennoch, all' diesen im Bau des Dramas und in der Charakterzeichnung liegenden Mißverständnissen zum Trost, hauchte die Aufführung des Deutschen Theaters den Einzelheiten eine wunderbare Weisheit ein. So gab es, wenn auch das Ganze nicht zur Einheit zusammenwuchs, doch Eindrücke von einer Intensität, wie sie der Zuschauer selbst bei Kunstwerken hohen Ranges in guter Darstellung nicht oft empfängt. Die raschen, bei vermindertem Theater durch die Drehbühne erfolgenden Verwandlungen passten in ihrem Tempo vortrefflich zu der stützenhaft vorübergehenden Art der Szenen.

Nach einem kurzen Auftakt im Hause von Fedja's verlassener Gattin, rollt sich auf der Bühne das farbige bunte Bild einer russischen Orgie auf, zu der Zigeuner ihre wild-fröhlichen und sentimentalen Weisen singen. Tausend, umschlagend in Hebersättigung, Melancholie und Sehnsucht. Das ist die Welt, in die sich Fedja flüchtet. Moissi übertrifft sich in der Rolle selbst. Die verschlossenen schneue Schwärmerin, vom Schmutz leichtsinnigen Treibens unterfesselt Lauterkeit in jedem Worte, jeder Miene durchschimmernde, wie das milde blaue Ankleid bei dem Zigeunerlied vom Abendrot verkündet, das war von unwiderstehlichem Reize der Wahrheit. Ebenso überzeugend prägte sich die hoffnungslose Willensschwäche aus. In allen Stadien des Niedergangs blieb diese Kraft unmittelbar Verfühlung sich gleich. Die beiden Mütter aus der feinen Gesellschaft wurden von Rosa Vertens und Margarete Kupfer glänzend dargestellt. Lucie Höllich zeigte in der Figur von Fedja's Gattin ganz eigenartige, aus den Tiefen quellende Leidenschaft; die zärtliche Liebe und vornehme Zurückhaltung des Freundes, der ihre Hand gewinnt, fand überaus seinen Ausdruck im Spiele Wintersteins. Wolte man alles Lebenswürdige erwähnen, der lange Fettel müßte abgeschrieben werden. Sogar kleinste Epifodenfiguren waren bis zu ganz individueller Plastik herausgearbeitet, so um ein Beispiel zu nennen, Herrn Eberts verbummelter Vater, der nur in mitleidigem Verständnis die Erzählung Fedja's in der Oberberge mit anhörten hat.

Humor und Satire.

Nach dem Fasching.

Wenn nun der Fasching aus ist, wist' ich, Darf sich auch der Herr Kriegsminister Nicht länger mehr so zieren Und muß sich demaskieren.

Er hat im Separé gemunkelt Und brünstig hin- und hergeschunkelt Mit unsern Nationalen — Nun geht es an's Bezahlen!

Die Wacke fällt. Au! diese Pleite! Die Leute drücken sich beiseite — Das Ende vom Geleise: Das Volk bezahlt die Schöfe! (Ri ch e l.)

Kleines Feuilleton.

Literatencensur. Unlängst hat ein Komitee von Mäusern Namen — darunter auch eine Prinzessin — einen Aufruf für die nicht unbekannt Dichterin Elise Lasker-Schüler, die sich in größter Not befinde, erlassen. Zahlreiche „erste“ Zeitungen, die wegen ihrer Vorsichtsurteile ausschließlich vom kapitalistischen Bürgertum gehalten werden, haben jenen „Appell an die Wohltätigkeit“ verbreitet. Jetzt, nach Verlauf mehrerer Wochen, veröffentlicht das „Berliner Tageblatt“ das Resultat der bei ihm eingeleiteten Gelder: Zwei ganze Leute schickten zusammen ganze 115 Mk! Ein schläglicheres Resultat läßt sich nicht wohl denken. Und doch sitzen in Berlin allein viel hundert Rabobs, die ein Vermögen von Millionen kommandieren, Proben, die sich nicht eine Minute bestümen, Tausende hinauszuwerfen, wenn es gilt, ihrer Großmännlichkeit zu schmeicheln oder ihrem Reichtum zu fröhnen! Zur das darübende Kunstproletariat aber haben sie nichts übrig — höchstens einige Beittelgroßen, wie sie sie einem gewerkschaftlichen Schnorrer aus der sogenannten besseren Gesellschaft niemals zu verabschieden sich getrauen würden.

Ab und an verspürt die großkapitalistische Presse freilich auch selbst den Ehrgeiz, etwas für die Literatur und Kunst zu tun. So hat beispielsweise gerade das „Berliner Tageblatt“ seinen Lesern schon zwei Dichtertalente aus dem Handwerkerstande vorgelesen. Das lehtmal war's ein Schneider aus der Mark. Vorzugsweise wurde da seine blondgermanische, schöne kräftige Männlichkeit in höchsten Tönen gepriesen. Man ahnt, warum. Weiter ward aber nicht mehr von diesem Meister Zwirn berronnen.

Der andere — einige Jährchen zuvor — war Zimmermanler seines Zeichens. Nachdem man ihn auf den dornigen Weg des Schriftstellers verleitet hatte, wurde er seinem Schicksal überlassen. Als er dann vernünftigerweise zu seinem erlernten Beruf zurückkehrte und die Firma Rosse um Arbeitsaufträge anzugeben wagte, wurde ein Kostenanschlag von ihm eingefordert. Da aber noch ein anderer Kalermeister sein ohnehin schon niedriges Angebot unterboten hatte, so war nichts zu machen. O ja — die Kunst geht nach Brot!

Wozu ist denn aber schließlich die Deutsche Schillerstiftung in Weimar? Nun, sie besitzt ein großes Vermögen, das fortlaufend durch Schenkungen vermehrt wird. Haben doch zuletzt anlässlich der hundertjährigen Geburtstagsfeier Schillers deutsch-amerikanische Frauen allein eine Viertelmillion Mark beigeuert! Seitdem aber ein Mann des Redakteurstandes zum Generalsekretär ernannt wurde, scheint die Würdigkeit noch verhältnißmäßig gemacht zu sein von der „vaterländischen Gesinnungstüchtigkeit“. Nicht, ob ein Dichtersmann unterstützungsbedürftig, sondern ob er sich für's und immer patriotischer Tugenden besleißigt hat, ist ent-

Benennen, daß sie hochgradig hysterisch war und trotzdem wurde sie auf zwei Jahre ins Gefängnis geschickt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Unternehmen mit anderem Wagnis gemessen werden als Arbeiter, ist für diese Klassenjustiz selbstverständlich. In Hamburg wurden von demselben Gericht gegenüber Unternehmern, die den Mitgliedern ihrer Organisation mit der Materialspende, dem Wohlstand in nachster Form, gedroht hatten, ein Einverständnis von der Staatsanwaltschaft abgelehnt, weil es sich lediglich um ein im wirtschaftlichen Kampf erlaubtes Mittel handle; während bei dem mit ihnen im Streit liegenden Holzarbeiterverbande, da über einen Betrieb die Sperre verhängt hatten, wurden zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Neuerdings erleben wir eine Art

Klassenjustiz in zweiter Potenz,

eine direkte Parteijustiz. Im letzten Wahlkampf hatte ein konservativer Politiker einem Wähler den konservativen Stimmzettel mit den Worten ausgehändigt: „Du dummes Kalb, nimm diesen Zettel“. Er wurde wegen Verleumdung verurteilt, und das Gericht sprach ihn frei, indem es der Motivierung des Staatsanwalts folgte, der Angeklagte habe aus edlen Motiven gehandelt. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich bin gespannt, wie die Herren, die hier immer vorgetragen, daß die Richter sich von rein objektiven Erwägungen leiten lassen, diese Behauptung mit der neuesten Entwicklung unserer Justiz noch vereinbaren wollen.

Auf dem Gebiete des Strafvollzuges haben sich Beispiele ereignet, die uns die Schamröte ins Gesicht treiben müßte. Ich erinnere an den Beamten, der im Auftrage einen Säugling mit ins Gefängnis bringen ließ — er hat sich nebenbei damit eine Freiheitsberaubung zuschulden kommen lassen, die mit Justizhaus zu bestrafen wäre. Im Ruhrrevier hat ja die Klassenjustiz überhaupt Organe gefeiert.

Die Untersuchungschaft ist systematisch ohne Ansehen des Alters aus nicht in der Sache liegenden Gründen angeordnet worden, „um den Ernst der Sache und der Strafe der Bevölkerung vor Augen zu führen“. Die Behandlung der Untersuchungsgefangenen mußte natürlich zu wünschen übrig lassen, da die Gefängnisse für eine solche Masse nicht ausreichen konnten. Wie kommen da zu Zuständen, wie sie von der russischen Untersuchungschaft unter der Entzweiung aller wahren Menschenrechte festgestellt worden sind. Die Handhabung der Untersuchungschaft bewegt sich in derselben Richtung wie die Rechtspflege überhaupt, die Rechtspflege wird aus einem Institut zur Ermittlung der Wahrheit zu einem Verwaltungsinstitut. Die Untersuchungschaft als Klassenrechnung läßt sich gar nicht anders als aus politischen Gründen erklären. Das Schlimmste ist, daß die Richter sich dem Mißbrauch der polizeilichen Gewalt fügen; das erschüttert das Vertrauen zu den Richtern am meisten, daß sie ohne eigene Prüfung blind die Polizeigebote und die Staatsanwaltschaft und deren Anordnungen durch ihre Unterschrift beden. Das einfache Volk muß den Eindruck bekommen, als ob die Justiz eben auch nur ein Teil der Verwaltung ist. Daß die Untersuchungschaft in ihrer jetzigen Gestalt nicht aufrecht zu erhalten ist, ist die einhellige Meinung aller namhaften Juristen, und auch der 1908 hier vorgelegte Entwurf zur Veränderung der Strafprozessordnung spricht das klar aus. Da die Reform des Strafprozesses noch in weite Zukunft gerückt ist, so sollte man überlegen, ob man bei diesem freiziehenden Mißstand nicht mit einem besonderen Gesetz eingreifen soll. Die Tendenz zur Verhängung der Untersuchungschaft wird bei politischen Prozessen noch verschärft, da wird sie auch ohne weiteres über jugendliche verhängt, was

eine sinnlose Barbarei

ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere an den Moskauer Prozeß. Die beste Note in ihm, die Petroleuse, die einem Polizeileutnant eine Petroleumlampe ins Gesicht geworfen haben sollte, war die Frau Reinhard, die man auch wochenlang in Untersuchungschaft behalten hatte, und in der Hauptverhandlung ergab sich, daß es eine schwermütige Frau war, die nicht verhandlungsfähig war, so daß ihr Fall von den anderen abgetrennt werden mußte. Dieser Fall bietet das Gegenstück zu dem Fall Eulenburg. Im Fall Eulenburg will man dem Angeklagten keine Ungelegenheiten bereiten, im Fall Reinhard aber wohl der Staatsanwaltschaft; auch dieser Fall ist jetzt nach 2 1/2 Jahren noch immer unerledigt. (Vizepräsident Dr. Paasche ersucht den Redner, nicht auf einzelne Fälle, die der richterlichen Beurteilung unterliegen, einzugehen.) Ich sage nicht, aber gerade deshalb mußte ich den Fall Reinhard vorbringen, denn er unterliegt eben nicht der richterlichen Beurteilung, und wird vielleicht so lange hinausgeschoben, bis er verjährte ist. Auch der Fall Sattler ist der richterlichen Beurteilung bereits entzogen. Frau Sattler war auf die Denunziation eines ungenannt bleibenden wolkenden Zeugen hin angeklagt und in Untersuchungschaft genommen, aus einer festen Wohnung von ihrem Mann und ihren Kindern fortgenommen wegen Fluchtverdachts. Und die Staatsanwaltschaft begründete den Fluchtverdacht damit, daß sie einmal mit 10 Mk. wegen Liebetretung der Straßen-

Platzgen.

— Vorträge im Institut für Reereskunde: Montag, Dr. G. Spehmann: Das Gesamtbild der europäischen Rassen (ausverkauft); Dienstag, Oberlehrer G. Schütz: Deutschlands Seebügel und die Beschränkungen für ihren Schut; Freitag, Dr. L. Brühl: Eis und Räteindustrie in der Biskaya.

— Musikchronik. Im Deutschen Opernhaus gastiert am Dienstag als Tatjana in „Eugen Onegin“ die Petersburger Künstlerin Xenia Porliac.

— Die Zirkusvorstellungen des Deutschen Theaters (im Circus Schumann) sind auf Mittwoch, den 26. Februar („König Dedysus“) und Mittwoch, den 5. März („Jedermann“) festgelegt. Der Verkauf beginnt Sonntag, den 9. Februar, im Deutschen Theater, Montag, den 10. Februar, bei A. Wertheim.

— Paarschiedsprotokoll. Zwischen dem plötzlich in Ungnade geratenen Kapellmeister Paur und dem Generalintendanten Hülken, der seine Kläntheit zu bekräften hätte (sollte man meinen), hat sich ein geräucherter Abschiedsbriefwechsel abgespielt. Herr Hülken beschränkt sich auf die landläufige Phrasologie, aber Paur bemerkt unter anderem:

„Ich bedauere lebhaft, daß ich mich veranlaßt fühlen mußte, plötzlich aus dem Verbands Ihres vortrefflich geleiteten Instituts auszuscheiden; die sehr freundliche Aufnahme, der ich mich bei meinem Eintritt der Stellung als erster Kapellmeister am Königl. Opernhause von Ihrer Güte sowie von der Ihres vortrefflichen künstlerischen Personals, der Presse und des Berliner Publikums zu erfreuen hatte, macht mir das Ausscheiden aus meiner Tätigkeit doppelt schwer.“

Intendant, Künstlerchaft, Presse, Publikum — alles liepe. Paur hat, seinem König nicht gefallen.

— Eine Veranstaltung für Eise Vaster-Schüler, in der die Pianistin Ella Jonas-Stodhaußen, der Kammerfänger Lottist Hoffmann und der 12-jährige Violoncellist Dazilo Polty aufzutreten werden, findet Sonntag um 4 Uhr im Harmoniumsaal statt. Eise Vaster-Schüler wird aus eigenen Werken vortreten.

— Berichtung. Die Berliner Erstaufführung von Ernst Gardis Drama „Der Kampf um Rosenrot“ fand nicht, wie versprochen in der Kampfabendnummer stand, im Deutschen Theater, sondern im Deutschen Schauspielhaus statt.

— Eine Blumen- und Pflanzenausstellung veranstaltet die „Deutsche Gartenbauvereinschaft“ im Landwehrschloßpark in Charlottenburg am 12. Februar. Insbesondere werden Dahlien, Rosen, Akeben, Schneebälle und andere Treibstränder, ferner Tulpen, Krokusse und Aaleen in einzelnen Gruppen wie auch in dekorativer Verwendung vorgeführt. Die Eröffnung erfolgt Montag mittags 2 Uhr.

— Radiotelegraphische Verbindung der Ostseeländer. Die Telegraphenverwaltungen von Schweden und Rußland beabsichtigen, eine radiotelegraphische Verbindung zwischen den Ostseeländern einzurichten.

polizeiordeung „aus Anlaß eines Streiks“ und mit 15 Mk. aus einem ähnlichen Anlaß bestraft war. Die Strafkammer hielt die Untersuchungschaft aufrecht, erst das Kammergericht hob sie auf. Der dringende Verdacht gegen Frau Sattler verdrängte sich in der Hauptverhandlung — zur Freisprechung. Auch ihre 16-jährige Tochter, die ebenfalls freigesprochen wurde, wollte die Staatsanwaltschaft mit Rücksicht auf die Höhe der Strafe, die im Maximum sechs Wochen Gefängnis sein konnte, in Haft nehmen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn es sich um die Entschädigung unschuldig erlittener Untersuchungschaft handelt, ist der Fiskus natürlich recht schuldig. Wie sich die Behörden zum gewerblichen Arbeiterrecht stellen, erfährt man aus der Instruktion für einen Gendarmen, der aus Anstaltsnachricht geschickt wurde, mit der Aufforderung: „Sie werden hiermit nach List zur Unterdrückung eines Streiks gefendet. Karabiner ist mitzubringen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn solche verkehrte Auffassung besteht, daß ein Gendarm dazu da ist, einen Streik zu unterdrücken, kann man sich nicht wundern, wenn es bei Arbeitseinstellungen zu Zusammenstößen zwischen den Streikenden und den so falsch informierten Polizeibeamten kommt. Die Kriminalpolizei fühlt sich geradezu als Schutztruppe der Unternehmung. Das zeigte sich auch in Leipzig, wo Kriminalbeamte als Kutscher verkleidet die Wagen einer bestrittenen Firma führten, und bei Zusammenstößen mit den Streikenden sich dann als Beamte legitimierten. Damit kommen wir schon von der heimlichen zur unheimlichen Tätigkeit der Polizei, von der legalen zur illegalen.

vom Epizeltum zum Vespizeltum.

Manche Richter haben ja eine merkwürdige Auffassung über die Ehrenhaftigkeit eines Epizels, so sagte in Breslau ein vorstehender Richter zu den Geschworenen: „Dem Zeugen Erdmann ist nachgesagt worden, ein Polizeispitzel zu sein. Ich sehe nicht an, zu erklären, daß er ein ehrenhafter Mann ist. Es ist durchaus ehrenhaft, der Polizei Dienste zu leisten, und daß er das getan hat, spricht nicht gegen ihn, sondern für ihn.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im März v. J. hat der Staatssekretär Delbrück hier gegen mich für Herrn v. Dallwig die Erklärung abgegeben: „Es ist ausgeschlossen, daß ein preussischer Ministerpräsident Beamte, die schwerer Verbrechen überführt sind, pflanzlich im Amte hält.“ Ich hatte derartige nämlich vom preussischen Minister des Innern v. Dallwig behauptet. Ich will nun nicht an die Fälle Walsow, Raporra, Jöring, erinnern, auch nicht daran, daß die Postische „Freiheit“, die in jeder Nummer zum Königsmord aufforderte, mit dem Geld des Berliner Polizeipräsidiums gedruckt worden ist, sondern ich will nur von Fällen aus der Amtszeit des Herrn v. Dallwig sprechen, Kriminalkommissar Schöne hat 1906 aus den Vahbeständen des Polizeipräsidiums ein Exemplar genommen, mit falschem Namen versehen, und einem russischen Staatsangehörigen übergeben, damit er nach Rußland fahre, und dort für Deutschland Spioniere. Anderenfalls drohte er ihm die Ausweisung an. Kriminalkommissar Schöne hat also eine schwere Urkundenfälschung begangen. Trotzdem war er bis zum Anfang 1913 im Dienste, und wurde zur Dekoration vorgelassen, und hat auch den Roten Adlerorden 1. Klasse erhalten. Weiter: der Polizeioberst Hansch in Essen hat einen ihm unterstellten Beamten dazu bestimmt, in die Geschäftsräume des Steigerverbandes einzubrechen, die Mitgliederliste zu entwenden, und er hat dann diese Liste dem Arbeitgeberverband gegen Bezahlung für 1900 Mk. ausgehändigt. Was mit dem Gelde geschehen ist, weiß man nicht. Auf die eingelegte Beschwerde ist dieser Polizeioberst im Disziplinarwege zwar mit einer Geldstrafe belegt worden, aber im Amte ist er geblieben, trotz der im vorigen Jahre vom Staatssekretär Delbrück abgegebenen Erklärung. Aber „wie soll man die Diener loben, kommt doch das Vergernis von oben.“ Ich habe hier einen Brief an den Ministerpräsidenten v. Bismarck, worin auf den Polizeioberst Stieber hingewiesen wird, daß er wohl die geeignete Persönlichkeit ist, eine Verschwörung anzuführen, um dem Publikum dann das langentbehrte Schauspiel einer aufgebehten und bestrafte Verschwörung zu geben. Untergelinet ist der Brief von dem König Friedrich Wilhelm IV. Also

ein königlicher Vespizel.

(Unruhe rechts.) Ein preussischer König als Instigator (Anstifter) einer der gemeinsten Vespizelektionen in der Geschichte. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Das Probefeld des Herrn Stieber war der Kölner Kommunistenprozeß, in dem einer der Hauptangeklagten Karl Marx war. Die Vespizelektion ist also geradezu zu einer Staatsinstitution geworden; durch solche immer wiederholten Tatsachen muß natürlich in immer weiteren Volksteilen das Vertrauen zur Rechtsprechung schwinden. Justitia fundamentum regnum! (Die Gerechtigkeit ist das Fundament der Königreiche.) Aber dieses Fundament ist verfaultet und es wird länger und schwerer Arbeit bedürfen, um es wieder auszugraben und wieder zu Ehren zu bringen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Welzer (Z.): Die Angriffe des Vorredners gegen den Richterstand gehen zu weit. Er hat es so dargestellt, als ob Richter und Staatsanwälte eigentlich eine Bande von Verbrechern sind. Gegen diese übertriebenen Angriffe des Vorredners muß ich protestieren. (Bravo! rechts und im Zentrum.) Die Aktion zur Entlassung des Reichsgerichts ist erfolgreich gewesen. Auf die Reform des Strafgesetzbuchs werden wir noch gut zehn Jahre zu warten haben; daher wäre es gut, schon vorher eine Lücke auszufüllen und der Gesellschaft einen größeren Schutz gegen geistreiche Verbrecher zu gewähren. Die Neuregelung der Gebühren für Zeugen und Sachverständige ist dringend geboten. Weiter frage ich, wann ein neues Spionagegesetz kommt. — Eine Stützung der Polizeiverordnungen ist dringend nötig; es gibt Polizeiverordnungen, die direkt gegen ein Reichsgesetz verstoßen.

Der Resolution Wasser mann, die Reich, Staat und Kommunen ein Vorkaufsrecht bei Zwangsversteigerungen geben will, kann ich mich nicht freundlich gegenüberstellen. Wenn Staat und Gemeinden ein Grundstück haben wollen, werden sie es in der Regel zu angemessenem Preise erhalten können. Das Vorkaufsrecht aber würde den Gemeinden die Macht geben, ihnen mißliebige Käufer auszuwählen. — Schließlich empfehle ich unsere Resolution, die ein Gesetz über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses wünscht. Der gesamte Mittelstand und fast die gesamte Anwaltschaft halten ein solches Gesetz für notwendig.

Bei der ersten Stützung hat Dr. Paasche ausgesprochen, daß die Streikprozesse viel mehr Mißbraucher und Anhänger der Sozialdemokratie schaffen als die sozialdemokratische Propaganda. Ein Streikender wurde verurteilt, weil er einem Arbeitswilligen die mysteriösen Worte zugerufen hatte: „Dui Dui, Bau Bau, Rauch Rauch.“ (Große Heiterkeit.) Ich bin weit entfernt, zu glauben, daß die strengen Urteile in den Ruhrrevierprozessen Ausfluß einer Klassenjustiz sind. Aber die Richter können sich dem Einfluß ihres Mißbrauchs nicht entziehen. (Laut bei den Sozialdemokraten: Daraus entipetigt eben die Klassenjustiz.) Die Urteile wären kaum so streng ausgefallen, wenn die Richter dem Mißbrauch im Ruhrgebiet entzogen gewesen wären: Böses Blut macht es, daß bei Erhebung öffentlicher Anlagen auf den Stand des Angeklagten Rücksicht genommen wird. Auch das Schöfflein nach dem Verfasser von Zeitungsaufstellungen sollte bleiben. Es ist wahrlich schlimm, wenn hochstehende Beamte nicht wissen, was das erste Gebot der Ehrenpflicht für eine deutsche Redaktion ist. Dann frage ich den Staatssekretär noch, wie es mit dem Prozeß Eulenburg steht. Der eine Belastungszeuge soll gestorben sein. Es müßte doch alles gechehen, um den Prozeß noch zur rechten Zeit zur Verhandlung zu bringen.

Staatssekretär Dr. Liden: Im Dezember vorigen Jahres hat erneut eine Untersuchung über die Verhandlungs- und Haftfähigkeit des Fürsten Eulenburg stattgefunden; es ergab sich, daß er

weder verhandlungs- noch haftfähig war. Sein Gesundheitszustand wird dauernd kontrolliert, und wenn eine Veränderung eintritt wird, wird eine erneute Verhandlung stattfinden. (Laut bei den Sozialdemokraten.) Amtsdirektor in Liebenberg ist er nicht. Die Angeiffe des Abg. Dr. Cohn auf die Richter weise ich zurück. Das Vertrauen zu den Richtern im Volke ist so groß, daß solche Angriffe nicht maßgebend sind. (Laut bei den Sozialdemokraten: Na, na!) Das Volk vertreten nicht bloß Sie. Zum Volke gehören wir auch. Daß Herr Cohn über einen früheren Träger der preussischen Krone Audienz gebraucht hat, wie wir sie haben anhören müssen, kann ich nur tief bedauern. (Zustimmung rechts.) — Die Bedenken gegen die Einführung eines gerichtlichen Zwangsvergleiches sind sehr erheblich. Immerhin sind wir bereit, die Sache weiter zu prüfen.

Ein Entwurf über die Neuordnung der Gebühren für Sachverständige und Zeugen wird dem Hause noch im Laufe der Session zugehen. Ein Antrag auf Einführung von Diäten für Schöffen und Geschworene liegt dem Bundesrat vor; ein Entwurf wird dem Hause hoffentlich demnächst zugehen können. (Bravo!) — Mit der Ausarbeitung eines neuen und verschärften Spionagegesetzes sind wir beschäftigt.

Abg. Dr. Schiffer (nalk.): Die Verbesserung der Sozialdemokraten für das Vorhandensein einer Klassenjustiz ist bekräftigt. Ich erinnere an den Fall der hohen Bestrafung eines Regierungspräsidenten gegenüber der geringen Bestrafung eines Arbeitswilligen, den der Abg. Cohn vortrugte. Wäre es umgekehrt gewesen, hätten Sie (zu den Sozialdemokraten) sicher gesagt: Der Arbeiter wird natürlich höher bestraft als der hohe Beamte. Daß dies hier nicht geschehen ist, beweist doch, daß die Richter nicht nach dem Stande des Angeklagten sehen. Also Sie sehen, Ihr Material kann auch gegen Sie verwendet werden. In das pflichttreue Streben unseres Richterstandes nach Unparteilichkeit legen Sie nach Ihren früheren Erklärungen ja auch keinen Zweifel und was sonst noch übrig bleibt, ist schließlich die recht alte Wahrheit, daß niemand aus seiner Haut heraus kann. Sie würden als Richter proletarische Klassenjustiz treiben. Jeder ist ein Kind seiner Zeit, seiner Umgebung, seiner Traditionen, bei Ihnen würden z. B. Revisionisten und Radikale ganz andere Urteile fällen. Für uns kommt es darauf an: sind unsere Richter besessenen, sich dieser Herrschaft der Umgebung usw. nach Möglichkeit zu entziehen und sind sie so geschult, daß ihnen dabei ein großer Erfolg nicht vermag ist? Und da sind wir der Meinung, daß gerade die Traditionen unseres Richterstandes ihn dazu befähigen. Daß im einzelnen Fehler vorkommen, daß auch Richter wie alle Menschen irren, daß unsere Justiz Mängel hat, gibt jeder zu. Aber auch dagegen muß ich mich wenden, daß aus einer gehäuften Darstellung von Einzelfällen allgemeine Schlüsse gezogen werden. Wir müssen wieder ein gesundes Verhältnis zwischen Recht und Volk herstellen. Unser Reichsgesetz entspricht nicht ganz der Stellung, die bei seiner Schaffung beabsichtigt war. Die in ihm vorhandenen hervorragenden Kräfte kommen nicht zur Geltung. Sehr bedauerlich ist, daß wir noch 10 Jahre auf die Reform des Strafgesetzbuchs warten sollen. Die Frage des Strafkostenrechens sollte rein praktisch, losgelöst von allen politischen Nebengedanken, gelöst werden. Die Zulassung der Zeugen zu Schöffen und Geschworenen wird allgemein verlangt. Der Schutz des Wahlgheimnisses muß gesichert werden. Den verbrecherischen Juren darf unser Volk unter keinen Umständen noch zehn Jahre ausgeliefert sein. Die Zustände sind so schlimm, daß sie gar nicht schlimmer werden können. Sehr bezeichnend spricht das Volk von den Jagdschreibern, die diese Einmündigten haben. Auch darf es nicht vorkommen, daß eine Ermordung für geschäftlich erklärt werden, aber nachher Vernunft genug beweisen, um eine behagliche, geachtete gesellschaftliche Stellung einzunehmen. Dabei muß das Gefühl der Rechtssicherheit im Volke schweren Schaden leiden. Der Schutz der Werte sollte aus dem Strafgesetzbuch herausgenommen und besonders geregelt werden. Auch die Frage der Erpressung aus Notwendigkeit müssen dabei neu geprüft werden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Holtsche (konl., auf der Tribüne fast unverständlich) protestiert gegen die Behauptung einer Klassenjustiz und plädiert ausführlich für die Einführung der Präfektur.

Abg. Warmuth (Vpl.) spricht für einen erhöhten Schutz der Gläubiger. Die Gerichtswahlzettel sollten angewendet werden, nicht zu leicht vorzugehen. Andererseits muß auch der mittellose Schuldner geschützt werden. Pensionen und Altersrenten müssen vor Verfallung geschützt sein. Des weiteren bekräftigt er eine von seiner Partei eingebrachte Resolution, die Verfügung über den Miet- und Pachtzins dem Hypothekengläubiger gegenüber bei Zwangsversteigerungen auf das laufende Kalendervierteljahr zu beschränken. Redner wendet sich dann gegen die Bestrebungen auf Abschaffung der Todesstrafe, die das deutsche Volk nicht verstehen würde.

Abg. Vietmeyer (Wirtsch. Gg.) bekräftigt das Vorhandensein einer Klassenjustiz und wünscht, daß die Richter pensioniert werden, bevor sie zu alt werden.

Abg. Dr. Oegg (Erl.-Volkr. B.) bekräftigt sich darüber, daß der Abg. Wetterle mit 2 Monaten Gefängnis bestraft wurde, weil er Korruption über einen deutschen Gymnasialprofessor in seinem Blatte veröffentlicht. Diese Strafe stand in gar keinem Verhältnis zu der geringfügigkeit des Delikts; es wäre sehr wohl angegangen, Wetterle den Schutz des § 108 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zuzubilligen.

Dieser verlegt das Haus die Weiterberatung auf Montag 2 Uhr (vorher Wahsprüfungen, Rechnungssachen).

Schluß 5 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

128. Sitzung, Sonnabend, 8. Februar, vorm. 11 Uhr.
Am Ministertisch: v. Dallwig.

Das Medizinalewesen.

Abg. v. d. Osten (L.) will die schlechte Bezahlung der Krankenpflegerinnen nicht bekräftigen, aber das Hauptgewicht liegt auf dem Gebiet der christlichen Nächstenliebe. Die traurige Erscheinung des Geburtenrückgangs darf nicht vom Parteipunktstandpunkt, sondern muß vom nationalen Standpunkt betrachtet werden. Mit Schloßorten wie Unterrennau und verkehrte Wirtschaftspolitik läßt man die Frage nicht. Die Lebenslage des Volkes hat sich gehoben. Materielle Güter allein machen nicht reich, dem Reichtum verleiht erst der Mensch, der ihn besitzt, den wahren Wert. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der Rückgang der Sterblichkeit kompensiert nicht den Geburtenrückgang, sondern verleiht ihn nur. In Berlin gehen die Geburten schneller zurück, als die Sterblichkeit und ohne Bezug von außen würde Berlin langsam entvölkert. Der Geburtenrückgang ist doch am größten, wo am meisten sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden sind und dort am geringsten, wo das Volk noch religiös ist. (Hört! hört! rechts.) Der Geburtenrückgang bedeutet immer einen Niedergang der Kultur. Die Leiter der Sozialdemokraten stimmen nicht überein mit den Worten des Abg. Ströbel, daß die Sozialdemokratie ein möglichst hartes und zahlreiches deutsches Volk wüßte. In dem sozialdemokratischen „Rätschlichen Volkskalender“ finden sich gerade solche Inzerate, wie sie Abg. Ströbel gebrandmarkt hat und der Sozialdemokrat Dr. Rudolpher-Büchlich empfiehlt in einer Broschüre 70 Mittel zur Verhütung des Alterslebens. Also mindestens ein Teil der Sozialdemokratie beurteilt diese Frage vom engeren sozialdemokratischen Standpunkt aus. Es sollte eine Kommission zum Studium dieser Frage eingesetzt werden. Es bezieht die Gefahr, daß wir dem Kastrum der Slaven unterliegen. — Der Redner verurteilt dann scharf die Kampfmethode des Leipziger Ärzteverbandes, die die Sozialdemokratie noch übertrifft. Der Leipziger Verband hat auch einen Koalitionszwang ausgeübt und durch sein Ehrenvorsitzsystem verleiht er seine sozialen Pflichten. Ein ärztlicher Streik gefährdet wichtige allgemeine Interessen, ist also verwerflich. Er hat nicht in Berlin, aber in der Provinz hat der Leipziger Ver-

band die Hebermacht und könnte sie gebrauchen. Die erkennen aber an, daß eine Milderung des Kampfes eingetreten ist. Eine Verschärfung des Kampfes würde den Tod der freien Persönlichkeit bedeuten, deshalb lehnen wir sie ebenso ab, wie die Unterstellung der Ärzte unter das Nachtgebot des Leibesverbandes. (Beifall rechts.)

Abg. Borfner (H.): Den Frieden zwischen Ärzten und Krankenkassen sollte man besonders in Köln predigen.

Abg. Dr. Wagner (H.): Das großstädtische Wohnungszweck, das die Tuberkulose fördert, kann man nicht den Agrariern in die Schuhe schieben. Heutzutage hat Bredow schon 1847 festgestellt, daß auch bei miserablen Wohnungsverhältnissen die Tuberkulosehäufigkeit gering sein kann. Gegenüber dem Abgeordneten Ströbel bemerkt der Redner, daß in den Univeritätsstädten beinahe eine Entzündung vom Alkohol festzustellen sei. (Allgemeine Heiterkeit.) Herr Ströbel muß wissen, daß unsere Gerichte Krankenheilerergerichte mitleid beurteilen, auch die Arbeiter. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Der Impfschutz bewährt sich glänzend. Die Rot kommt als Ursache der Prostitution fast gar nicht in Betracht; die meisten Prostituierten waren Dienstmädchen, leiden denn die Rot? Wir sind nicht mehr das Jahrhundert des Kindes, sondern der Furchtbare in einem Kinde. Vielleicht würde es helfen, wenn der Staat alle unehelichen Kinder zur Erziehung übernehmen würde. Dann würde auch die wünschenswerte Rückflut von der Stadt auf das Land eintreten. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Mugdan (Sp.) wirft dem Abg. v. d. Osten vor, daß er sich auf die ärztefeindliche Presse gestützt habe. In diesem Streit gehen die Krankenkassen mit den Betriebskrankenkassen und sogar die Konventionen mit der Sozialdemokratie Hand in Hand. Der Leipziger Verband mag sich bei seinem Vorgehen nur den Bund der Landwirte zum Muster. (Hört! hört! und Heiterkeit links.) Der Redner tritt ausführlich für die freie Arztwahl ein, gegen die sich die Kassenverwaltungen nur aus Formalismus sträuben. Er tritt dann für die Verbesserung der Lage der Krankenpflegerinnen ein und bedauert, daß in der Armee die Militärärztleistungen zum großen Teil nicht besetzt sind. Der Bund deutscher Krankenpflegerinnen hat sich für den Kriegsfall zur Verfügung gestellt, ist aber abgewiesen worden. (Hört! hört!)

Abg. Ströbel (Soz.):

Ich habe bereits gestern nachgewiesen, daß von den ärztlichen Vereinsorganen mit dem Generalstreik gedroht worden ist. Wenn sich auch Konventionen und Betriebskrankenkassen dem Widerstand gegen die Ärzteforderungen des Leipziger Verbandes anschließen, so beweist das doch, daß diese Forderungen in der Tat unerfüllbar sind. Selbstverständlich wäre es das Beste, wenn Ärzte und Krankenkassen miteinander im Einklang und Vertrauen lebten. Aber leider ist das gegenwärtig nicht der Fall. Ich weise es zurück, daß Abg. Mugdan den Widerstand der Krankenkassen gegen die freie Arztwahl auf Formalismus zurückführt. Neben der geistlichen Krankenpflege ist die weltliche unentbehrlich, und so gut wie die Ärzte anständige Bezahlung beanspruchen, so gut gebührt sie auch dem Krankenpflegepersonal. Wir werden stets dafür eintreten. Dem Abg. v. d. Osten gegenüber stelle ich fest, daß ich selbstverständlich den Geburtenrückgang aus einem Komplex von Ursachen zurückgeführt habe, aber wer kann bestritten, daß auch die Ursache dabei ist, daß weite Kreise des Volkes nicht die Möglichkeit haben, ihre Kinder anständig und angemessen zu erziehen und daß die Geburtenzahl zunehmen würde, sobald eine Verbesserung der materiellen Lage des Volkes herbeigeführt würde? Daß in England die Geburtenzahl, wie Abg. v. d. Osten ausführt, trotz dem Freihandel nicht gestiegen ist, beweist gar nichts, sondern maßgebend ist, daß England ein einmündiger Industriestaat ist und deshalb der Geburtenrückgang dort ebenso zu verzeichnen ist, wie in Belgien, hier trotz dem Ueberwiegen des Katholizismus. Daß der Geburtenrückgang dort groß ist, wo die Sozialdemokratie besonders stark vertreten ist, beweist nur, daß diese Gegenden von einer besonders stark industrialisierten Bevölkerung bewohnt sind, und daß bei der industriellen Bevölkerung der Geburtenrückgang härter ist, bestritten wir gar nicht. Herr v. d. Osten hat keinen Beweis dafür beigebracht, daß Geburtenrückgang immer einen kulturellen Rückschlag bedeutet. Will man etwa behaupten, daß es ein Kennzeichen der Kultur sei, wenn irgendwo recht viel Kinder geboren werden? Auch wir beklagen den Geburtenrückgang, aber ihm ist nur abzuhelfen dadurch, daß

den breiten Volksmassen ausreichende Lebensbedingungen gewährt werden. Dies ist aber von den großen Parteien sowohl hier als im Reichstag noch immer verhindert worden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gegenüber der Beschuldigung des Abg. v. d. Osten, daß auch die sozialdemokratische Presse zur Verbreitung empfängnisverhütender Mittel beitrage, verweise ich nur auf die großen Blätter der staatsverhaltenden Presse. (Widerspruch rechts — Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jeder Blick in diese Blätter ist ein Beweis für die Wichtigkeit meiner Behauptung. Die im „Vorwärts“-Verlag erscheinende Broschüre, die v. d. Osten genannt hat, kann hier gar nicht mit jenen Aufzählungen auf eine Stufe gestellt werden. Wenn schon einmal aus sozialen, hygienischen und allen möglichen anderen Gründen der Wille vorhanden ist, Geburten zu verhüten, dann ist es, so sagt jene Broschüre, rationeller, Mittel zu verwenden, die die Befruchtung von vornherein unmöglich machen. (Hört! hört! rechts.) Das sagen auch viele Ärzte, und es ist selbstverständlich viel richtiger, als nachher lebensgefährliche Versuche zur Abtreibung zu machen. Es gibt in der Tat gesunde heilende Rückfälle, die dem Arzt zur Pflicht machen, eine Heilgeburt herbeizuführen, wenn Empfängnis eingetreten ist, zum Beispiel bei tuberkulösen Frauen. Da kommen solche Mittel in Frage, von denen die im „Vorwärts“-Verlag erscheinende Broschüre spricht. Auf einen Zuzug hat ja übrigens Herr v. d. Osten erklärt, daß er die Broschüre nicht gelesen habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist sehr bezeichnend für Sie, die Sie Ihre Angriffe auf irgendwelches Reichsverbandesmaterial

stützen. Am Schluß der Broschüre heißt es: Außer den angeführten dringenden Gesundheitsrückfällen, gibt es auch noch andere, weniger gesundheitsliche, als sozial wirtschaftliche Gesichtspunkte, die besonders bei der ärmeren Bevölkerung eine Verhinderung zu häufiger Schwangerschaften nötig machen können. (Hört! hört! rechts.) Solange die Wohnungen so eng sind, daß in ihnen kaum Raum für zwei Personen, geschweige denn für eine größere Familie ist, solange die Arbeiterfrauen so bald nach der Geburt wieder in Arbeit gehen und dem Neugeborenen die natürliche Nahrung vorenthalten müssen, solange Klassen von Proletariatskindern schon im ersten Jahr untergehen oder später an englischer Krankheit, Skrophulose usw. leiden müssen, so lange wird kein Einsichtiger — Sie (nach rechts) sind also nicht gemeint! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) an einer Vermeidung zu häufiger Schwangerschaften in der ärmeren Bevölkerung Anstoß nehmen können.

Die Sozialdemokratie sieht auf dem Standpunkt, daß der Geburtenrückgang nur durch die Beseitigung seiner Ursachen vermieden werden kann, aber von jenen Insuraten der bürgerlichen Blätter hält sich unsere Presse fern.

Abg. v. d. Osten hat die Verstaatlichung des Arztwesens als den Tod der freien Persönlichkeit erklärt. Diese Worte werden sich die Staatsbeamten merken müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie läßt allerdings durch Ihren Terror die freie politische Persönlichkeit im Staatsbeamten, aber daß die Verstaatlichung des Arztberufs die Ärzte selbst schädigen könnte, das können Sie nicht nachweisen. Erst dann würde der Arzt befreit von dem Streben nach ständiger Steigerung seines Einkommens, ja vielleicht erst nach einem halbwegs ausreichenden Einkommen überhaupt, keinen Unterschied in der Behandlung von Krankenkassen- und begüterten Patienten machen müssen. — Der Abg. Dr. Wagner hat bestritten, daß die Tuberkulose eine Proletariatskrankheit ist. Das ist aber schon von vielen Ärzten, zuletzt von dem von mir zitierten Professor Roffe festgestellt worden. Dieser hat auch die bringende Notwendigkeit umfassender Wohnungsreform betont. Wenn die einflussreichen Parteien dieses Hauses es nur gewollt hätten, hätten wir längst

ein gutes Wohnungsgezet.

Sie tragen die Verantwortung dafür, daß das Hausbesitzerprivileg in den Gemeinden noch nicht beseitigt ist. Bei meiner vom Abg. Dr. Wagner in Zweifel gezogenen Darstellung der Rarburger Studentenrevolte habe ich mich auf die dortige bürgerliche „Westfälische Landeszeitung“ gestützt, die festgestellt hat, daß die Unruhen entstanden sind, weil die Polizeistunde für die Wirtschaften am Faschingsdienstag auf 1 Uhr festgesetzt worden war. Ich habe nicht bestritten, daß auch in der Studentenschaft gegen den Alkoholismus gekämpft wird und auch in Marburg ernst strebende wissenschaftliche Studentenvereine bestehen. Aber andererseits steht fest, daß gewaltige Summen angelegt wurden, um in Marburg Studentenknippen in großer Zahl ins Leben zu rufen, und daß so manche Existenz dort auf den Alkoholismus der Studenten gegründet ist. Ich habe auch nicht die Rot als einzige Ursache der Prostitution hingestellt, sondern nur als eine Hauptursache und das kann nicht bestritten werden. Angehörige der besitzenden Klassen, die, vielleicht aus pathologischer Veranlagung, das Bedürfnis fühlen, sich dem anderen Geschlecht hinzugeben, werden nicht zur Prostitution herabzinken, aber daß Dienstmädchen, die vielleicht aus Unkenntnis Kinder bekommen, entlassen werden, abzuwaschen dastehen, die Kinder Pflegermüttern übergeben und dafür schwer bezahlen müssen — das ist auf den abschüssigen Weg geraten, der zur Prostitution führt. Ich sehe leicht erklärlich. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Gewiß kommt auch Degeneration und pathologische Veranlagung in Frage, aber auch die Degeneration hat ihre sozialen Ursachen und ist häufig eine Folge wirtschaftlicher Not. — Wenn Sie den Volksfeinden ernstlich zu Leibe gehen wollen, so kurieren Sie nicht an den Symptomen herum, sondern beweisen Sie Ihre ernste Absicht, indem Sie gegen die Ursachen kämpfen, dessen Sie uns, für die Lösung der breiten Massen des Volkes einzutreten. (Wapoi! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schmedding (Zent.) billigt die Stellung Ströbels zum Geburtenrückgang nicht. Hierbei kommen auch moralische Gesichtspunkte in Betracht. Wir bebauern, daß über ein derartiges Thema hier so ausführlich gesprochen wurde. (Beifall im Zentrum.)

Die allgemeine Besprechung ist damit beendet, in der Einzelbesprechung werden nur lokale und Beamtenfragen besprochen.

Der Bauetat.

Beim Ministergehalt findet die allgemeine Besprechung statt. **Abg. Schmedding (Zent.)** billigt es, daß die Rainkanalisation nicht von der Einführung der Rheinschiffabgaben abhängig gemacht wird, hofft aber, daß der Minister sich um die Zustimmung Hollands zur Einführung von Schiffabgaben weiter bemühen werde.

Abg. Frhr. v. Jellik (H.): So erfreulich die Vollendung des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin ist, so ist doch zum Ausgleich für Schlesien eine weitere Verbesserung des Oberlaus zu fordern.

Minister v. Breitenbach: Der Verkehr auf der Oder hat sich dank den Verkehrsverbesserungen über Erwarten gesteigert. In kürzester Frist wird ein neuer Entwurf über den Ausbau der Oder unterbreitet werden.

Abg. v. Bülow-Homburg (natl.) spricht über die Notwendigkeit der Erbauung gesunder und billiger Kleinwohnungen für die arbeitsbemittelte Bevölkerung. Das Haus verlag die Weiterberatung auf Montag 11 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Lohengrin. (Anfang 7 Uhr.) Montag: Restara. Dienstag: Figaros Hochzeit. Mittwoch: Die Stämme von Vortiel. Donnerstag: Tristan und Isolde. (Anfang 7 Uhr.) Freitag:

Sinfonie-Konzert. Sonnabend: Die Eugenolken. Sonntag: Restara. Montag: Fidelio. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Der große König. Montag: Die Gelehrten. Dienstag: Der Kauskaufleutnant. Mittwoch: 1812. Donnerstag: Prinz Friedrich von Homburg. Freitag: Freund Fritz. Sonnabend: Ody von Bellinigen. (Anfang 7 Uhr.) Sonntag: Der Kauskaufleutnant. Montag: Minna von Barnhelm. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Deutsches Opernhaus. Sonntag: Die Gelehrten. Montag: Der Kauskaufleutnant. Dienstag: Der Kauskaufleutnant. Mittwoch: Die Gelehrten. Donnerstag: Der Kauskaufleutnant. Freitag: Der Kauskaufleutnant. Sonnabend: Der Kauskaufleutnant. Sonntag: Der Kauskaufleutnant. (Anfang 8 Uhr.)

Deutsches Theater. Sonntag: Der lebende Leichnam. Montag: König Heinrich IV., 1. Teil. Dienstag: Der lebende Leichnam. Mittwoch: Der blaue Vogel. Donnerstag: Der lebende Leichnam. Freitag: König Heinrich IV., 2. Teil. Sonnabend: Der blaue Vogel. Sonntag: Der lebende Leichnam. Montag: Der lebende Leichnam. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Kammertheater. Sonntag: Schöne Frauen. Montag: Mein Freund Leddy. Dienstag: Schöne Frauen. Donnerstag: Schöne Frauen. Freitag: Mein Freund Leddy. Sonnabend, Sonntag, Montag: Schöne Frauen. (Anfang 8 Uhr.)

Vestling-Theater. Sonntag: Glaube und Heimat. Montag: Die große Liebe. Dienstag: Der Viberpelz. Mittwoch: Die große Liebe. Donnerstag: Die große Liebe. Freitag: Die große Liebe. Sonnabend: Die große Liebe. Sonntag: Die große Liebe. Montag: Die große Liebe. (Anfang 8 Uhr.)

Berliner Theater. Sonntag: Große Rosinen. Montag: Große Rosinen. Dienstag: Große Rosinen. Mittwoch: Große Rosinen. Donnerstag: Große Rosinen. Freitag: Große Rosinen. Sonnabend: Große Rosinen. Sonntag: Große Rosinen. (Anfang 8 Uhr.)

Kleines Theater. Sonntag: Die große Liebe. Montag: Die große Liebe. Dienstag: Die große Liebe. Mittwoch: Die große Liebe. Donnerstag: Die große Liebe. Freitag: Die große Liebe. Sonnabend: Die große Liebe. Sonntag: Die große Liebe. (Anfang 8 Uhr.)

Schiller-Theater O. Sonntag: Die große Liebe. Montag: Die große Liebe. Dienstag: Die große Liebe. Mittwoch: Die große Liebe. Donnerstag: Die große Liebe. Freitag: Die große Liebe. Sonnabend: Die große Liebe. Sonntag: Die große Liebe. (Anfang 8 Uhr.)

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag: Die große Liebe. Montag: Die große Liebe. Dienstag: Die große Liebe. Mittwoch: Die große Liebe. Donnerstag: Die große Liebe. Freitag: Die große Liebe. Sonnabend: Die große Liebe. Sonntag: Die große Liebe. (Anfang 8 Uhr.)

Friedrich-Wilhelmstadt Schauspielhaus. Sonntag: Die große Liebe. Montag: Die große Liebe. Dienstag: Die große Liebe. Mittwoch: Die große Liebe. Donnerstag: Die große Liebe. Freitag: Die große Liebe. Sonnabend: Die große Liebe. Sonntag: Die große Liebe. (Anfang 8 Uhr.)

Theater in der Königsgraben Straße. Sonntag: Die große Liebe. Montag: Die große Liebe. Dienstag: Die große Liebe. Mittwoch: Die große Liebe. Donnerstag: Die große Liebe. Freitag: Die große Liebe. Sonnabend: Die große Liebe. Sonntag: Die große Liebe. (Anfang 8 Uhr.)

Neues Volk-Theater. Sonntag: Die große Liebe. Montag: Die große Liebe. Dienstag: Die große Liebe. Mittwoch: Die große Liebe. Donnerstag: Die große Liebe. Freitag: Die große Liebe. Sonnabend: Die große Liebe. Sonntag: Die große Liebe. (Anfang 8 Uhr.)

Thalia-Theater. Sonntag: Die große Liebe. Montag: Die große Liebe. Dienstag: Die große Liebe. Mittwoch: Die große Liebe. Donnerstag: Die große Liebe. Freitag: Die große Liebe. Sonnabend: Die große Liebe. Sonntag: Die große Liebe. (Anfang 8 Uhr.)

Uffspielhaus. Sonntag: Die große Liebe. Montag: Die große Liebe. Dienstag: Die große Liebe. Mittwoch: Die große Liebe. Donnerstag: Die große Liebe. Freitag: Die große Liebe. Sonnabend: Die große Liebe. Sonntag: Die große Liebe. (Anfang 8 Uhr.)

Raubhaus. Sonntag: Die große Liebe. Montag: Die große Liebe. Dienstag: Die große Liebe. Mittwoch: Die große Liebe. Donnerstag: Die große Liebe. Freitag: Die große Liebe. Sonnabend: Die große Liebe. Sonntag: Die große Liebe. (Anfang 8 Uhr.)

Reifens-Theater. Sonntag: Die große Liebe. Montag: Die große Liebe. Dienstag: Die große Liebe. Mittwoch: Die große Liebe. Donnerstag: Die große Liebe. Freitag: Die große Liebe. Sonnabend: Die große Liebe. Sonntag: Die große Liebe. (Anfang 8 Uhr.)

Deutsches Schauspielhaus. Sonntag und Montag: Der Kampf um Rosenrot. Dienstag und Donnerstag: Der gute Ruf. Freitag: Der Kampf um Rosenrot. Sonnabend und Sonntag: Der gute Ruf. Montag: Der Kampf um Rosenrot. (Anfang 8 Uhr.)

Galio-Theater. Sonntag: Der Heimalose. Montag: Der Heimalose. Dienstag: Der Heimalose. Mittwoch: Der Heimalose. Donnerstag: Der Heimalose. Freitag: Der Heimalose. Sonnabend: Der Heimalose. Sonntag: Der Heimalose. (Anfang 8 Uhr.)

Wionis Operetten-Theater. Sonntag: Der Heimalose. Montag: Der Heimalose. Dienstag: Der Heimalose. Mittwoch: Der Heimalose. Donnerstag: Der Heimalose. Freitag: Der Heimalose. Sonnabend: Der Heimalose. Sonntag: Der Heimalose. (Anfang 8 Uhr.)

Theater am Nollendorfplatz. Sonntag: Die große Liebe. Montag: Die große Liebe. Dienstag: Die große Liebe. Mittwoch: Die große Liebe. Donnerstag: Die große Liebe. Freitag: Die große Liebe. Sonnabend: Die große Liebe. Sonntag: Die große Liebe. (Anfang 8 Uhr.)

Kurfürsten-Cyber. Sonntag: Die große Liebe. Montag: Die große Liebe. Dienstag: Die große Liebe. Mittwoch: Die große Liebe. Donnerstag: Die große Liebe. Freitag: Die große Liebe. Sonnabend: Die große Liebe. Sonntag: Die große Liebe. (Anfang 8 Uhr.)

Rose-Theater. Sonntag: Die große Liebe. Montag: Die große Liebe. Dienstag: Die große Liebe. Mittwoch: Die große Liebe. Donnerstag: Die große Liebe. Freitag: Die große Liebe. Sonnabend: Die große Liebe. Sonntag: Die große Liebe. (Anfang 8 Uhr.)

Uffen-Theater. Sonntag: Die große Liebe. Montag: Die große Liebe. Dienstag: Die große Liebe. Mittwoch: Die große Liebe. Donnerstag: Die große Liebe. Freitag: Die große Liebe. Sonnabend: Die große Liebe. Sonntag: Die große Liebe. (Anfang 8 Uhr.)

Metropol-Theater. Sonntag: Die große Liebe. Montag: Die große Liebe. Dienstag: Die große Liebe. Mittwoch: Die große Liebe. Donnerstag: Die große Liebe. Freitag: Die große Liebe. Sonnabend: Die große Liebe. Sonntag: Die große Liebe. (Anfang 8 Uhr.)

Urania-Theater. Sonntag und Montag: Die große Liebe. Dienstag: Die große Liebe. Mittwoch: Die große Liebe. Donnerstag: Die große Liebe. Freitag: Die große Liebe. Sonnabend: Die große Liebe. Sonntag: Die große Liebe. (Anfang 8 Uhr.)

Admiralpalast. Sonntag: Die große Liebe. Montag: Die große Liebe. Dienstag: Die große Liebe. Mittwoch: Die große Liebe. Donnerstag: Die große Liebe. Freitag: Die große Liebe. Sonnabend: Die große Liebe. Sonntag: Die große Liebe. (Anfang 8 Uhr.)

Girtas-Bühne. Sonntag: Die große Liebe. Montag: Die große Liebe. Dienstag: Die große Liebe. Mittwoch: Die große Liebe. Donnerstag: Die große Liebe. Freitag: Die große Liebe. Sonnabend: Die große Liebe. Sonntag: Die große Liebe. (Anfang 8 Uhr.)

Uffspielhaus. Sonntag: Die große Liebe. Montag: Die große Liebe. Dienstag: Die große Liebe. Mittwoch: Die große Liebe. Donnerstag: Die große Liebe. Freitag: Die große Liebe. Sonnabend: Die große Liebe. Sonntag: Die große Liebe. (Anfang 8 Uhr.)

Königstadt-Kasino. Täglich: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Wintergarten. Sonntag: Spezialitäten. Montag: Spezialitäten. Dienstag: Spezialitäten. Mittwoch: Spezialitäten. Donnerstag: Spezialitäten. Freitag: Spezialitäten. Sonnabend: Spezialitäten. Sonntag: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Apollon-Theater. Sonntag: Spezialitäten. Montag: Spezialitäten. Dienstag: Spezialitäten. Mittwoch: Spezialitäten. Donnerstag: Spezialitäten. Freitag: Spezialitäten. Sonnabend: Spezialitäten. Sonntag: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Follies Caprice. Sonntag: Die große Liebe. Montag: Die große Liebe. Dienstag: Die große Liebe. Mittwoch: Die große Liebe. Donnerstag: Die große Liebe. Freitag: Die große Liebe. Sonnabend: Die große Liebe. Sonntag: Die große Liebe. (Anfang 8 Uhr.)

Walhalla-Theater. Sonntag: Die große Liebe. Montag: Die große Liebe. Dienstag: Die große Liebe. Mittwoch: Die große Liebe. Donnerstag: Die große Liebe. Freitag: Die große Liebe. Sonnabend: Die große Liebe. Sonntag: Die große Liebe. (Anfang 8 Uhr.)

HAG



Leiser

- König-Strasse 34
- Tauchaer-Strasse 20
- Oranien-Strasse 34
- Friedenau, Rheinst. 14
- Leipziger Strasse 65
- Oranien-Strasse 47a
- Müller-Strasse 3a
- Neukölln, Bergstr. 7/8
- Moabit, Turm-Strasse 50

Keine kalten Füße

in unsern Stiefeln
mit Doppelsohlen
& Korksohlen
Goodyear-Welt



50



A. Wertheim



Leipziger Str. 126-30
132-37
König-Str. am Bahnhof
Alexander-Platz
Rosenthaler Strasse
Oranien-Strasse

Montag bis Mittwoch:

Extra-Preise

G. m. b. H.

Versand-Abteilung:
Berlin W. 66, Leipziger Strasse 132-137
Die Firma A. WERTHEIM
hat zu ähnlich laufenden
Firmen keinerlei Beziehung

Wollstoffe

Wollstoffe schwarz-weiss kariert, ca. 115 cm br., Mtr. 1.45
Original engl. Flannele Mtr. 1.50
Popeline in vielen mod. Farben, ca. 110 cm breit, Mtr. 1.80
Voile mit aparten Streifen, ca. 110 cm breit, Mtr. 1.75
Kostümstoffe in engl. Geschmack, ca. 130 cm br., Mtr. 2.90
Covert Coat ca. 110 cm breit Mtr. 2.10

Besonders preiswert:

Voile-Bordüren ca. 110 cm breit Meter 1.25
Elsasser Perkals für Oberhemden Meter 0.50
Wiener Zephirs für Blusen und Oberhemden Mtr. 0.75
Einfarb. Duchesse-Mousseline für Blusen und Kleider, ca. 90-100 cm breit Meter 3.90

Waschstoffe

Wollmousseline in aparten Mustern . . . Mtr. 0.80
Foulardine für Kleider und Blusen . . . Mtr. 0.85
Gestreifte Elsasser Perkals weissgrund. kleine Muster . . . Meter 0.75
Baumwoll-Voile gestreift, ca. 110 cm breit, Mtr. 1.25
Baumwoll-Voile-Bordüren ca. 110 cm br., Mtr. 1.45

Seidenstoffe

Schwarzer Taffet Meter 0.95
Taffet-Streifen für Blusen Meter 1.00
Reinseidene Paillette in vielen Farben, Meter 1.35
Messaline-Rayé weissgrundig Mtr. 1.60
Einfarb. Krepp für Kleider und Blusen, neue Farben, ca. 100 cm breit . . . Mtr. 2.75
Voile-Chappe bedruckt mit apartem Blumenmuster, ca. 110 cm breit . . Mtr. 3.40
Satin Grenadine ca. 100 cm breit . . . Mtr. 5.40

Uebergangshüte

Trotteur aus reinseid. Merveilleux schwarz und farbig, mit Tagalrand . . . 5.50, schwarz u. farbig, ganz aus Seide . . 6.50
Trotteur aus reinseidenem Duchesse schwarz und farbig mit Bauernband . 10.75, m. Tüllgarnitur 12.25
mit hochstehender Phantasie . . . 13.50, mit Straussfeder-Platte . . 14.50

Blusen

Wollmousselin-Bluse mit Passe aus Popeline u. Knopfgarnierung, gefüttert 3.25
Bluse aus merzerisiertem Mull oder Voile, verschiedene Fassons 3.90
Wollmousselin-Bluse in verschied. Fassons, gefüttert 4.10
Popelin-Bluse mit Pikeekragen und seidener Schleife, gefüttert 4.90
Tüll-Bluse mit gemustertem Tüll, mit Spachtel-Einsatz und Klöppel garniert . . . 4.25
Tüll-Bluse mit elegantem Spachtel-Einsatz und Cluny garniert 6.25
Wasch-Voile-Bluse m. Stick u. Klöppel garniert 3.90

Die von der Wäsche - Ausstellung noch vorhandene Leib- und Bettwäsche, Tischzeuge, Handtücher, Wäschestoffe, Schürzen usw., darunter besonders billige angestaubte Wäsche, wird bis Mittwoch zu Ausstellungs-Preisen weiter verkauft. Die zur Dekoration benutzten Hohlsaum - Taschentücher und Servietten* mit Fransen, nur gute Qualitäten *Nur Leipziger Strasse Dtz. 1.20

Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 35 Jahren bestehenden Möbelfabrik von A. Schulz, Reichenberger Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratenzahlung.

Gardinenhaus Bernhard Schwartz

Spinnlerstr. Berlin, Ballstr. 13 am Spittelm. u. Grünstr.

Gardinen

Stores, Portieren, Teppiche u.

Einzelverkauf zu Engrospreisen!

Sofortige, täuschend naturgetreue Anfertigung von beweglichen

künstl. Reformaugen

in Gegenwart der Patienten (auch über den erblindeten Augapfel).
L. Müller-Uri, NW. 6, Karlstr. 9
Lieferant der Ortskrankenkassen und Berufsgenossenschaften.



Wenn wir Sie sprechen könnten

würden wir Sie sicher überzeugen, dass Sie direkt aus unserer Fabrik Herren-Anzug-Stoffe

Paletot, Hosen, Joppen, Westenstoffe und Damenuche wirklich billig kaufen und noch andere Vorteile haben. - Stets letzte Neuheiten in grösster Auswahl

Lehmann & Assmy, Tuchfabrik Spremberg L. Postfach Nr. 142
Verlangen Sie sofort Muster, wir senden dieselben an jedermann franko ohne Kaufzwang.

1 Mark

wöchentliche Teilzahlung
liefere elegante

Herren-Moden

Ersatz für Maß

Maß-Anfertigung

Feinste Verarbeitung
Garantie: tadelloser Sitz

J. Kurzberg, Maß-Schneiderei

Rosenthaler Strasse Nr. 36, 1 Hackescher Markt

Frankfurter Allee Nr. 104, parterre Ecke Friedenstrasse

Reinickendorfer Str. Nr. 4, 1 am Weddingplatz



Möbel-Boebel

Nähr ges. gesch

SPEZIALITÄT:

Ein- u. Zwei-Zimmer-Einrichtungen

BERLIN S, Oranienstrasse (Moritzplatz) 58

Schlafzimmer, echt Eiche M. 326.-
Spiegelschrank, 1 Waschkommode, 2 Nachttische, 2 Bettstellen,
1 Kachelspiegel, 2 Stühle, Umbau extra M. 60.-

Verbandstag der Zimmerer.

Nach Eröffnung der Sitzung am Sonnabend legte die Kommission ihre Vorschläge über

Beiträge und Unterstützungen

Der Römmer-Hamburg erstattete Bericht über die Arbeiten der Kommission. Sie hat in einigen Punkten einen Mittelweg zwischen den bisherigen Bestimmungen und den Anträgen des Vorstandes eingeschlagen.

Table with 3 columns: Lohnklasse, Stundenlohn, and Zentralkasse/Lokalasse. Rows range from Lohnklasse 1 to 12.

von 1,50 M. in der ersten, 1,75 M. in der zweiten, 2 M. in der dritten Klasse.

Der Wochenbeitrag der erkrankten Mitglieder soll 15 Pf. in der ersten, 20 Pf. in der zweiten, 25 Pf. in der dritten Unterstützungs-Klasse betragen.

Die Frage, ob für die Berechnung des Stundenlohnes zur Festsetzung der Beitragsklasse der Tagesverdienst zugrunde zu legen sei, hat die Kommission offengelassen.

Durch Abstimmung wurde die Berechnung nach dem Tagesverdienst abgelehnt. Es ist also der wirkliche Stundenlohn für die Beitragsleistung maßgebend.

Hierbei gab Rube-Berlin den Bericht der Kommission, welche sich mit der

Gehaltsregulierung der Angestellten

beschäftigt hat. Die Kommission schlägt folgende Gehaltskala vor: Für den ersten Vorstehenden, den ersten Kassierer und den ersten Redakteur 2700 M. Anfangsgehalt, steigend um 100 M. jährlich bis 3800 M.

Die Kommissionsvorschläge wurden ohne Debatte mit großer Mehrheit angenommen.

Darauf beschäftigte sich der Verbandstag mit der Beratung der noch nicht erledigten Anträge, die sich meist auf geschäftliche Formalitäten der Organisation beziehen.

Ein anderer Antrag, der gleichfalls Annahme fand, wendet sich gegen rohe Gebräuche und wilde Ausschreitungen von aus der Jungerzeit stammenden Vereinigungen fremder Zimmerer-Gesellen und bedroht Mitglieder, welche sich an derartigen Verbindungen oder Ausschreitungen beteiligen sollten, mit dem Ausschluss aus dem Verbande.

Es wurde beschlossen, daß der

Sitz des Vorstandes in Hamburg

bleibt. Der bisherige Zentralvorstand wurde en bloc einstimmig wiedergewählt. Er besteht aus dem ersten Vorsitzenden Schrader, zweiten Vorsitzenden Ede, ersten Kassierer Römmer, zweiten Kassierer Friedrichs, Schriftführer Wolgast und Schumann, Redakteur Bringmann, Beisitzer Sperling und Schönfelder.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Die Generalversammlung wurde aber nicht geschlossen, sondern vertagt, um nach einigen Wochen wieder zusammenzutreten zur Entscheidung über die Lohnbewegung.

Franz-Petersen-Kopenhagen und Besselt-Bien hielten Ansprachen, in denen sie die Solidarität der von ihnen vertretenen Organisationen mit den Zimmerern Deutschlands betonten.

Der Vorsitzende Schrader warf einen Rückblick auf die Ergebnisse des Verbandstages. Im Hinblick auf die Lohnbewegung gelte es, die Rüstkammern des Verbandes noch einmal durchzusehen und, wo es notwendig sein sollte, zu ergänzen und zu stärken.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Veltchbureau

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, and another Wasserstand, am, seit. Lists various locations like Remel, Tüft, Reggel, Ansternburg, Weichsel, Thoru, Ober, Ralthe, Kreflen, Frankfurt, Baritz, Schrimm, Landsberg, Rehe, Boddamm, Elbe, Veltmeritz, Dresden, Barby, Ragdeburg, Saale, Großh, Qabel, Spandau, Mathenow, Spree, Spremberg, Weßtow, Weßtow, Rhein, Martiansau, Raub, Rölln, Redar, Heilbrom, Rain, Samau, Roßel, Arter.

+) bedeutet Waß, - Fall - *) Unterpegel - *) Eisstand. *) eisfrei. - *) Eisgang. Das Hochwasser im Aller- und Leinegebiet nimmt langsam ab.

Die noch vorhandenen

Inventur-Restbestände

bieten eine ganz besonders

Günstige Gelegenheit zu enorm billigen Einkäufen

Für Brautausstattungen.

- Hemdentuch 30 cm breit . . . Stück von 20 Meter 5.50
Fertige Bettbezüge Deckbett u. 2 Kl., fertig genäht 2.95
Louisianatuch für feine Wäsche . . . Stück 20 Meter 6.40
Damast-Bettbezüge Deckbett u. 2 Kl., fert. genäht 5.50
Fertige Bettinlette rot oder rosarot gestreift . . . 2.95
Küchenhandtücher bunt, gestümt u. gebänd. 1/2 Dis. 1.45
Gerstenkorn-Handtücher ges. u. gebänd. 1/2 Dis. 1.95
Stubenhandtücher kräftiges Dreifachgewebe . . . 1/2 Dis. 1.48
Damast-Tischtücher fertig gestümt . . . 1.35
Damast-Servietten fertig gestümt . . . 1/2 Dis. 1.95
Rolltücher mit eingewebten Figuren . . . 95 Pf.

Grosse Posten angestaubter Wäsche

und einzelne Exemplare Damen- u. Herren-Hemden, Nachjacketen, Beinkleider, Unterröcke, Kinderwäsche etc.

Bedeutend unter Preis!

Zum Selbstaussuchen:

- Matinee Gelbfarbe . . . 98 Pf.
Reinwollene Kimonoblusen m. Filzeinsätze 2.50
Sambblusen mit Tüllsaatz . . . 3.95
Reinseidene Taffetblusen modern verarbeitet 4.75
Schwarze Tüllblusen eleg. mit Seide garniert 5.50
Reinseid. Blusenhemden bis Grösse 50 . . . 5.45
Kostümröcke praktischer Sportrock . . . 1.95
Winterpaletots zurückgeesetzt . . . 2.95
Lodencapes ca. 130 cm lang, marengofarben . . . 5.85
Seiden-Unterröcke mit engem, hohem Plissee . . . 3.95
Samtmäntel ca. 130 cm lang, mit Garnierung . . . 19.75

Schwarze und farbige Seiden-Stoffe

- Reinseid. Taffet-Streifen aparte Must. jetzt Mir. 78 Pf.
Reinseid. Crepe de Chine imitiert . . . jetzt Mir. 85 Pf.
Reinseid. Foulards große Musterausw. jetzt Mir. 50 Pf.
Aparte Blusen-Seiden neueste Stoffen jetzt Mir. 60 Pf.
Reinseid. Bast-Stoffe gute Qualitäten jetzt Mir. 75 Pf.
Reins. Taffete nur schwarz, griffige Qual., jetzt Mir. 75 Pf.
Reins. Damassées griffige Qualitäten . . . jetzt Mir. 95 Pf.

Für Brautkleider

Reinseidene alfenbelfarbige Damassées . . . jetzt Mir. 95 Pf.

Ball- und Gesellschafts-Stoffe

- Reinw. Cheviots zur creme, doppeltbreit. jetzt Mir. 68 Pf.
Seidenglanz. Jacquardstoffe doppeltbreit Mir. 50 Pf.
Alpaka-Stoffe glänzende Qualitäten, doppeltbr., Mir. 75 Pf.
Aparte weiße Waschstoffe jetzt durchw. Mir. 25 Pf.
Weiße Stickerestoffe 130 cm breit . . . jetzt Mir. 95 Pf.
Grosse Posten Waschstoffe zur vollständigen Räumung
Washmusseline aparte schöne Muster . . . jetzt Mir. 20 Pf.
Zephir-Stoffe extra breit neue Dessins . . . jetzt Mir. 25 Pf.
Eleg. Waschstoffe früherer Preis bis 75 Pf., jetzt Mir. 30 Pf.
Reinwoll. Musseline 80 cm br., gr. Musterausw., jetzt Mir. 45 Pf.

Halbfertige Reinwollene Blusen jede Bluse 1.10 M.

Halbfertige Batist-Roben jede Robe 2.85 M.

Schwarze und farbige Kleiderstoffe

- Reinwoll. Cheviots Reithelände, doppeltbr., jetzt Mir. 55 Pf.
Aparte Voile-Stoffe eleg. Streifen, doppeltbr., Mir. 40 Pf.
Elegante Bordüren-Stoffe jetzt Mir. 48 Pf.
Reinwoll. Blusen-Flanelle Reithelände . . . Mir. 45 Pf.
Reinwoll. Voiles 110 cm breit nur schwarz . . . Mir. 90 Pf.
Schwere Kostümstoffe 170 cm br., zurückgeesetzt Mir. 68 Pf.
Reinwoll. glatte Stoffe feine Qualitäten . . . jetzt Mir. 68 Pf.
Reinwoll. Kostüm-Cheviots ca. 110 cm breit, Mir. 85 Pf.
Schwere Kostümstoffe 130 cm breit, neueste braune Melangen, elegante Qualitäten . . . Meter 95 Pf.
Reinwollene Kammgarn-Cheviots ca. 130 cm breit, schwarz u. marine, für Jackenkleider, jetzt Mir. 145 Pf.

Zum Selbstaussuchen!

- Gr. Sortim. Alpaka-Roben jede Robe 2.45
helle, mittlere u. dunkle Farben, eleg., glanzreiche Qual. 5 Meter doppeltbr. Stoff
Gr. Sortim. reinwoll. Roben jede Robe 3.25
einfarbig, helle, mittlere u. dunkle Farben, enthaltend 6 Meter doppeltbreiten Stoff
Schwere Kostümstoff-Roben jede Robe 2.45
Konfektionsstoffe, ca. 140 cm breit . . . Robe
Gr. Posten Blusen-Kupons jede Bluse 75 Pf.
Popeline- u. Tennis-Stoffe, aparte Streifen, helle, mittlere und dunkle Farben, jeder Kupon enthält 1 1/2 Meter Stoff

Kaufhaus Singer & Co Chausseest. 61-62

Zur gef. Orientierung sind fast alle hier angebotenen Waren in unseren Schaufenstern zur Ansicht ausgestellt.

Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.)
Freie Volkshöhle.
 Sonntag, den 9. Februar, nachm. 3 Uhr:
 Deutsches Schauspielhaus. 3. Abteilung (Gruppe 9-13): *Clotilde*.
 Thalia-Theater. 8. u. 9. Abteilung (Gruppe 36-39): *Die Feinde*.
 Herrfeld-Theater. 4. u. 5. Abteilung (Gruppe 17-20): *Eine glückliche Ehe*.
 Neibenz-Theater. 12. u. 13. Abteilung (Gruppe 54-56): *Francillon*.
 Montag, den 10. Februar, abends 8 Uhr:
 Deutsches Schauspielhaus. Abendabteilung 14 (I): *Der Kampf um Rosenrot*.
Neue Freie Volkshöhle.
 Sonntag, den 9. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr:
 Deutsches Theater: *Reinflecke*.
 Sammerspielhaus: *Erdbest*.
 nachm. 3 Uhr:
 Neues Volks-Theater: *Ritter Landstraße*.
 Romblenshaus: *Der rote Leinwand*.
 Schiller-Theater O.: *Das Konzert*.
 Schiller-Theater Charl.: *Die Jüdin von Toledo*.
 Theater in der Königsgräber Straße: *Dumdblage*.
 Metropol-Theater: *Tata Toto*.
 Neues Theater: *Der seltene Bauer*.
 Neues Theater: *Und das Licht scheint in der Finsternis*.
 Trianon-Theater: *Der seltsame Toupinel*.
 Deutsches Opernhaus: *Sibilla*.
 Abends 8 Uhr:
 Neues Volks-Theater: *Gelben*.
 Abends 8 1/2 Uhr:
 Neues Volks-Theater: *Montag, Mittwoch, Freitag: Ritter Landstraße*.
 Dienstag und Donnerstag: *Gelben*.
 Sonnabend: *Michael Kramer*.

Schiller-Theater O.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Das Konzert.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.
 Montag, abends 8 Uhr:
Misanthrop. Die Schule der Frauen.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
 Montag, abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.

Berliner Theater.
 8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königsgräber Straße
 7 1/2 Uhr: **Brand.**

Deutsches Schauspielhaus
 8 Uhr: *Der Kampf um Rosenrot*.
Theater am Nollendorfplatz 5.
 An allen Tagen der Woche 8 Uhr:
Die Studentengräfin.
 3 1/2 Uhr: *Die schöne Helena*.
Montis Operetten-Theater
 (fr. Neues Theater). Amt Nordend 1141.
 9 Uhr:
Der liebe Augustin.
 Sonnt. nachm. 3 Uhr: *Der fidele Bauer*.
Theater des Westens.
 8 Uhr:
Die beiden Husaren.
 Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr: *Frauentreuer*.
Residenz-Theater.
 8 Uhr:
Die Frau Präsidentin.
 (Madame la Présidente).
 Schwanf. 3. Akt. v. Hennequin u. Beder.
 Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.
 Sonntag, 16. Februar, nachm. 3 Uhr:
Der Schlafwagenkontrolleur.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Nachmittags 3 Uhr:
Die goldne Eva.
 Abends 8 Uhr:
Mein Leopold.
 Montag: *Mein Leopold*.

Luisen-Theater.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr: *Berlin-Hamburg-Neu York*.
 Abends 8 Uhr: *Und hätte der Liebe nicht...*
 Schauspiel in 4 Akten von G. Heideberg und Ernst Hiltnerfeld.
 Montag, abends 8 Uhr: *Und hätte der Liebe nicht...*
 Dienstag u. folgende Tage: *Und hätte der Liebe nicht...*

Boigt-Theater.
 Gesundbrunnen, Badstraße 58.
 Heute Sonnt. 9. Febr., nachm. 3 Uhr:
Rein oder Genie u. Leidenschaft.
 Abends 7 Uhr:
König Krause. *Sollst mit Gef. von Jul. Keller und Hermann. Kostümenführung 10 Uhr.*

Trianon-Theater.
Wenn Frauen reisen.
 Anfang 8 Uhr.

Urania
 Wissenschaftliches Theater.
 Taubenstraße 48/49.
 Sonntag 8 Uhr:
Paris und die Königsschlösser von Versailles.
 Montag 8 Uhr:
Paris und die Königsschlösser von Versailles.
 Hörsaal 8 Uhr:
 Dr. R. Hennig: *Die Ausgestaltung des deutschen Wasserstraßennetzes*.

ZOOLOGISCHER GARTEN
 Heute Sonntag:
Eintritt 50 Pf.
 Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
 Ab nachm. 4 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
 Tägl. nachm. 4 Uhr: *Gr. Konzert*.
 Donnerstags: *Joh. Strauß*.

Passage-Panoptikum
50 wilde Weiber
 vom Stamme der Igorroten.
 Lebend! Ohne Extra-Entree!

Metropol-Theater
 Nachm. 3 Uhr: *Tata Toto!*
 Abends 8 Uhr: *Standen gefattet*.
Chauffeur - ins Metropol!
 Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.

Apollo Theater
 Nachmittags 3 1/2 Uhr:
Halbe Preise.
 Abends ab 8 Uhr
 In beiden Vorstellungen:
 Die neuen Spezialitäten mit
Harry Walden
 mit seinem Ensemble
„Der Herzog von Westmaler.“

Folies Caprice.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Die drei Saison-Schlager:
 In Sachen Kaktusstein.
 Die Doppelfirma.
 Die Tochter der Braut.

Herrnfeld Theater
Der Höhepunkt des Lach-Erfolges!
Wüstenmoral
Die Alpenbrüder
 mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.
 Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11-2 (Theaterf.)

Reichshallen-Theater
 Stettiner Sänger.
 Neu!
Meyers Hosen.
 Humoreske.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Admiralspalast.
 Heute 2 Vorstellungen.
 Das neue, m. durchschlagendem Erfolg aufgeführte Einballerett
Flirt in St. Moritz.
 In der Hauptrolle: Charlotte. Beg. d. Nachm.-Vorst. (z. halb. Preis.) um 4 1/2 Uhr. Schluß 7 Uhr. Beginn der Abend-Vorst. um 9 Uhr. Einlaß ab 7 1/2 Uhr. Ab 10 1/2 Uhr halbe Preise. — Erstklassige Küche. — Wein- u. Bier-Abteil.

Berliner Schwimmverein „Welle“.
 Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 3 Uhr, i. d. Städtischen Volksbadeanstalt, Schillingsbrücke:
21. Schauschwimmen.
 Lampionreigen, Damenreigen, Staffettschwimmen, Wasserballspiel, Knaben- und Jugendschwimmen.
 Nach dem Schwimmen im Gewerkschaftshaus, Engelhufer 15 (Saal 4): **Nachfeier.**
 Entree (inkl. Tanz) 50 Pf.
 Es ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

Wirtshaus in den Stadtbahnbögen
 (früher Schippmannowski)
 (Bahnh. Börse) Spandauer Brücke (Bahnh. Börse)
Bock-Jubel und Trubel jeden Abend mit großem Konzert bei freiem Entree!
 Traiteur Walter Seyring, früher Reichshallen, jetzt noch Konzerthaus „zum Hofjäger“.

Brauerei Friedrichshain
 Am Königstor.
 Heute Sonntag! Das größte **Bayr. Bockbierfest** Auf der Alm!
 Fünf Kapellen. 100 Bayern. 20 Madln □ Riesengaudi □ Ueberraschungen. Weinzierl. □ Das Kostüm in 10 Min.
 Anfang 5 Uhr. Entree 53 Pf.
 Voranzeige! Sonntag, 11. Februar 1913:
I. großer Bühnen-Alpenball.
 50 Oberbayern. 5 Musikkorps. 50 Madln.

„Clou“ :: Berliner :: Konzerthaus
 Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Triple-Konzert!
 Musik: **Kaiser-Franz-Regiments**, Dirig.: Oberm. Becker.
 Musik: **I. Garde-Dräger-Regts.**, Dirig.: Oberm. Baar.
 der Zillerthaler und Tegernseer Sänger, Schubplattler und Jodler!
 Anstich von Drei-Königshier, dem köstl. aller Münch. Doppelbiera.
 Anfang 4 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 4 Uhr.

Neue Welt
 Arnold Scholz Hasenheide 108/114
 Heute Sonntag, den 9. Februar 1913:
 In sämtlichen Sälen (über 10 000 Personen fassend)
Bockbierfest in den bayerischen Alpen.
 Anfang 4 Uhr. Entree 50 Pf.
5 Kapellen. 30 bayrische Mad'l.
 Voranzeige! Dienstag, den 11. Februar 1913:
Damen-Prämierung!
 Prämiert wird **Das kleinste Damen-Ohr.**
 3 bare Geldpreise: 50, 30, 20 M.

Excelsior-Lichtspielhaus
 Neukölln Bergstraße 151-152 Passage Richardstraße 12-13
 Vom 7. bis 10. Februar inklusive:
Zwei Bestien
 Sittendrama in 3 Akten.

Café Meyer Dresdener Str. 128/129. Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkl. 10 Pf. ca. 80 Zeitungen; Billard 20 Pf. 60 Pf. Zahlstelle der Freien Volksbühne.
Neue Ressource Joh. Heinrich Pohland Richardstr. 39. Festsaal mit Bühne für 250 Personen. Vereinszimmer von 10-50 Pers.

Wirtshaus „Schloß Woltersdorf“
 herrlich am Jalensee an der Chaussee Eckher sowie im Walde gelegen, empfiehlt sich den Vereinen, Fabriken, Gesellschaften usw. als beschatteten Dampferpartien resp. Ausflügen. Das Lokal steht nach wie vor der Arbeiter-schaft zur Verfügung; das Nähergehörige in der Lokalität ist nur wenig-entlich zu erwähnen. Siehe Nr. 22 vom 26. Januar 1913.
 Ebenso empfehle ich meine Dampf-
Friedrich Saewert, Amt Eckher 119.

Zirkus Busch.
 Heute Sonntag, 9. Februar 1913:
2 gr. Gala-Vorstellungen 2
 Nachm. 3 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr.
 Nachm. hat jeder Erwachsene ein angehö. Kind unt. 10 Jahren auf a. Sitapl. frei. Jed. weitere Kind unter 10 Jahren zahlt die Hälfte auf den Sitzplätzen.
 In beiden Vorstellungen:
Der mysteriöse Deckenläufer.
Mac Norton, d. Unsätlliche.
Ed. Delita del'Oro dressierte Kühe sow. d. ges. gr. Galaprogramm. Zum Schluß:
Nachmittags 3 1/2 Uhr: „Unter Gorillas“
 abends 7 1/2 Uhr:
„Sevilla“

Casino-Theater
 Leibnizstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Allabendlich ausverkauft. Stürmische Heiterkeit!
 Die Berliner Lokalposse
Am grünen Strand d. Spree.
 Größter Kassenerfolg seit Bestehen.

LAMPE Lichtspiele
 Am Potsdamer-Platz
Tausende konnten keinen Einlaß erhalten, da täglich ausverkauft, deshalb ab heute **noch auf 6 Tage.**
 Wochentags um 7 und 9.15. Sonntags 5 1/2, 7 1/2, 9 1/2.
Treff-Bube.
 Eine Liebesgeschichte aus Berlin WW.
 In der Hauptrolle:
Frau Dolly gespielt von einer Dame der Berliner Gesellschaft.
 Billetverkauf tägl. v. 3 Uhr, an beiden Kassen.
 Logen für 2 u. mehr Personen werden auf Wunsch reserviert.
 Täglich 4-6 Uhr, Sonntags 3-5 Uhr:
Jugend-Vorstellung.
 Halbe Kassenpreise für alle Besucher.

Volks-Theater
 Rentföln, Germaniastr. 20.
 Sonntag, Anfang 7 1/2 Uhr:
 Galt v. Wolf Gravenh: *Kasernen-takt. Militärspiel in 4 Akten von Stein und Schögen.*
 Montag, Anfang 8 1/2 Uhr:
 Der Pfarrer von Kirchfeld. Volkst. m. Gef. in 3 Akten. v. Ludwig Angenrader.

Theater des Weddings
 Müllerstr. 182-183
 Ecke Sollerstraße am Weddingplatz
 Heute und folgende Tage:
„Treff-Bube“.
 Eine Liebesgeschichte aus Berlin WW.
 Vorverkauf der nummerierten Karten (Loge, Balkon, Fauteuil) täglich von 3 Uhr an.
 Heute Anfang 3 Uhr.

Germania-Prachtsäle
 N. Chausseestr. 110. Karl Richter. Heute Sonntag: **Paul Mantheys lustige Sänger**
 Anf. 6 1/2 Uhr. Eintritte 50 Pf. Anschließ. Familien-Krän-chen. Im weißen Saale von 5 Uhr ab **Großer Ball.**
 Jeden Mittwoch: **Paul Mantheys lustige Sänger.** Jeden Donnerstag: **Gr. Bockbier-Konzert.**

Märkischer Hof
 Königsplatz 180. Amt Westpl. 4594.
 Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
 Empfehle meine Säle für Ver-sammlungen und Gesellschaften. Der **große Saal** am 1. Osterfesttag frei geworden. Auch einige Sonnabende im April und Mai frei.

Konkordia-Festsäle.
 Joh. v. M. Wendt und A. Schütz. Andreasstr. 64.
 Jeden Sonntag:
Militär-Streich-Konzert und die beliebtesten **Hoffmanns Sänger.**
 Jede Woche neues Programm. Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr. Am oberen Saale von 5 Uhr an:
Großer Ball.

Zirkus Albert Schumann.
 Heute Sonntag, 9. Februar:
2 große Vorstellungen 2
 Nachm. 3 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr.
 In beiden Vorstellungen:
 Ohne Konkurrenz!
7 Hegelmans.
 Die besten Luftvolteure der Welt!
 Neu! **Der Mann mit der eisernen Hand.**
 Charles Löwen- u. Tigergruppe.
 In beiden Vorstellungen:
Der unsichtb. Mensch.
 Nachmittags hat jeder Erwachsene ein Kind frei auf allen Sitzplätzen.

Walhalla-Theater.
 Weinbergweg 19/20. Rosenthal. Tor. Nur noch bis 12. d. Mts.:
Goldener Leichtsinn.
 Am 15. Februar: *Premiere*
 der neuen großen Jahres-Revue **Parole „Walhalla“.**
 Gespiel-Ensemble **Wolm Heinrich Heine.**
 Kleine Preise.

Theater Königstadt-Casino.
 Ude Holzmarkt u. Alexanderstraße. 1 Minute v. Bahnh. Jannowitzbrücke
 Tägl. abds. 7 1/2, Sonnt. 7 1/2 Uhr:
Puppchen tadellos.
 Hoffe m. Gef. in 1 Akt — und das groß. Spezialitätenprogramm
 Feb. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Alhambra
 Wallner-Theater-Straße 15.
Jeden Sonntag: Großer Ball.
 Großes Orchester. Anfang Sonntags 5 Uhr. **A. Zamekat.**

Germania-Prachtsäle
 N. Chausseestr. 110. Karl Richter. Heute Sonntag: **Paul Mantheys lustige Sänger**
 Anf. 6 1/2 Uhr. Eintritte 50 Pf. Anschließ. Familien-Krän-chen. Im weißen Saale von 5 Uhr ab **Großer Ball.**
 Jeden Mittwoch: **Paul Mantheys lustige Sänger.** Jeden Donnerstag: **Gr. Bockbier-Konzert.**

Konkordia-Festsäle.
 Joh. v. M. Wendt und A. Schütz. Andreasstr. 64.
 Jeden Sonntag:
Militär-Streich-Konzert und die beliebtesten **Hoffmanns Sänger.**
 Jede Woche neues Programm. Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr. Am oberen Saale von 5 Uhr an:
Großer Ball.

Nibles Fest-Säle
 Dennewitzstraße 13.
 Jeden Sonntag:
Danzfränzchen
 C. Nible.

Schultheiß
 Charlottenstraße 7/8.
 Inhaber **Franz Schirm**
 empfiehlt Sitzungszimmer für Ver-sammlungen u. Vereine. 2 Kegelbahnen. Mittagsbüchse mit Bier 60 Pf.

Tauers Festsäle
 Große Frankfurter Str. 85 an der Marillienstraße.
Säle mit Theaterbühne
 für 500 Personen zum 15. März frei geworden.

Für den Inhalt der Zierate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Tel. Vorhpl. 2382 u. 4747. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Tel. Vorhpl. 2382 u. 4747.

Delegierte zur örtlichen General-Versammlung.

Am Mittwoch, den 5. März 1913, im „Deutschen Hof“, Luckauer Str. 15:
Ordentliche General-Versammlung
pro 4. Quartal 1912.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen. 2. Geschäfts, Kassen, Arbeitsnachweis- und Bibliotheksbericht pro 1912. 3. Neuwahl der Bezirksverwaltung und der Revisionskommission sowie Gewähl für ein Mitglied zum Hauptvorstand. 4. Wahl einer Beschwerdekommision für den Arbeitsnachweis. 5. Erledigung eingegangener Anträge und Geschäftliches. NB. Legitimationskarte sowie Mitgliedsbuch sind mitzubringen und zwecks Kontrolle resp. Abkimpelung am Eingang zum Versammlungsort vorzulegen.

Ohne Karte und Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Wer über acht Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, hat ebenfalls keinen Zutritt.

61/19

Die Bezirksverwaltung. J. A.: Aug. Berner.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Mitglieder des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes aus sämtlichen Brauereien und Niederlagen Berlins und Umgegend.

Heute Sonntag, den 9. Februar, mittags 1 Uhr, im Deutschen Hof, Luckauer Str. 15, großer Saal (Nähe des Vorhpl. Platzes):

Große Protestversammlung.

Tagesordnung:

Die in Aussicht genommene Kommunal-Bierbesteuerung für Berlin und welche Nachteile erwachsen der in den Brauereien tätigen Arbeiterschaft als auch der konsumierenden Arbeiterschaft im allgemeinen dadurch?

Referent: Stadtverordneter Genosse Rechtsanwalt **Dr. Kurt Rosenfeld.**

Diskussion und Beschlussfassung.

Kollegen! Schon wieder werden wir durch eine drohende Besteuerung des Bieres in unserer Existenz bedroht, nachdem die Bundes, welche die Durchführung der letzten Biersteuerreform im Jahre 1909 geschlagen hat, noch nicht einmal vernarrt sind. Es gilt deshalb Protest zu erheben gegen diese geplante Biersteuer für Berlin und ist es Sache jeder Brauereiarbeiters, in dieser Versammlung persönlich zu erscheinen.

Brauereiarbeiter, Antischer und Mitfahrer! Zeigt durch Massenbesuch dieser Versammlung, daß Ihr die Gefahr, welche für Euch heraufbeschworen wird, begriffen habt. Keiner darf fehlen.

61/18

Die Branchenleitung.

Bäckerei-Genossenschaft Berlin.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Wollener Str. 28. Sonntag, den 23. Februar 1913, mittags 1 1/2 Uhr, bei Krone, Siegauer Str. 18: Ordentl. General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht des Vorstandes u. des Aufsichtsrates sowie der Revisionsbericht über die vorgelegte geschäftliche Revision.
2. Diskussion und Beschlussfassung über die Bilanz.
3. Neuwahl des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
4. Geschäftliches.
Der Vorstand. 102/18
Richard Linder. Ludwig Ertl.

Kranken- u. Sterbekasse der Fuhrherren, Kutscher und verwandten Berufsangehörigen „Eintracht“, C. N. Nr. 80.

Außerordentliche General-Versammlung am Montag, den 10. März 1913, abends 8 1/2 Uhr, in Schulz' „Prachtställe“, Königsgraben 2, Ecke Mühlstraße.

Tagesordnung:
1. Vorlegung und Beschlussfassung über die neue Satzung.
2. Verschiedenes. 23425
Der Vorstand.
August Möser, Vorsitzender.

Möbelfabrik „Zukunft“

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Montag, den 24. Februar, nachmittags 5 1/2 Uhr, in den Betriebsräumen, Frankfurter Allee 130: General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bilanz.
2. Neuwahl.
3. Anträge. 102/20
Der Vorstand.

J. Baer
Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Eleg. Paletots, Einsegnungs-Anzüge, Großes Stofflager zur Anfertigung nach Maß. Allerbilligste streng feste Preise.

Sub Wollab Wills

wird auf den jauren Kaufmann empfohlen war von Mann für z. L. anberühmt

„Difloßbräu“

erlangten von dem Hof in vorzüglichen

Difloßbräu-Flößfabrik
Kolonnen.

Die Qualität ist souverän!

Verband der Bureauangestellten.

Ortsgruppe Groß-Berlin, Kaiser-Wilhelm-Str. 18a. Montag, den 10. Februar 1913, abends 8 Uhr, in den Armnhallen, Kommandantenstr. 58/59:

Große Protest-Versammlung der Versicherungsangestellten.

Tagesordnung:
Die fortgesetzten Angriffe Berliner Versicherungsgesellschaften gegen das Vereinigungsrecht.
Referent: Reichstagsabgeordneter **Karl Giebel.**

Privatangestellte!
Bekundet Solidarität durch Massenbesuch der Versammlung! Es gilt, die Stimmen aller Angestellten zu vereinen zu einem wirkungsvollen Protest gegen die wiederholten Maßregelungen in einer Berliner Versicherungsgesellschaft. 46/2

Nationale Krankenkasse der Deutschen Gold- u. Silberarbeiter

und verwandten Berufsangehörigen (E. H.) zu Schw.-Gmünd. Montag, den 17. Februar 1913, abends präzis 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1:

Mitglieder-Versammlung

(§ 28 des Statuts). Tagesordnung:
1. Jahres- und Rechenungsbericht vom Jahre 1912. 292/10
2. Diskussions.
3. Wahl für die nach § 23 des Statuts ausscheidenden Mitglieder des Vorstandes.
4. Verschiedenes.
Das Kassensbuch legitimiert!
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
J. A.: G. Polka m. p., Vorsitzender, Admiralstr. 18B.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Montag, den 10. Februar 1913, abends 5 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlungen für folgende Bezirke und Branchen:

Tagesordnung:

Wahl der Delegierten zur General-Versammlung und Verbandsangelegenheiten.

Tischler.

Südwesten und Westen: im Köpfer-Palast, Dofenstraße 52/53.
Süden: bei Eide, Schönleinstr. 6.
Südosten I: im „Zoo“, Waldemarstr. 75.
Südosten II: im Reichenberger Hof, Reichenberger Straße 147.
Osten I: bei Wertowki, Andreasstr. 25.
Osten II: bei Grünwald, Menckel Str. 67.
Osten III: in den „Prachtställen des Orens“, Frankfurter Allee 151.
Oestliche Vororte: in der Ribbeck-Brauerei (früher Löwen-Brauerei), Frankfurter Allee 53.
Nordosten: bei Merzmann, Große Frankfurter Str. 16.
Norden: bei Cbigis, Schwedter Straße 21.
Wedding und Moabit: bei Kaczarowski, Ravenstr. 6.
Neukölln: bei Kanner (Ideal-Kassio), Weißfelstr. 8.
Weißensee: im „Prachtställen“, Reibstr. 122.
Schöneberg: Neue Rathausstraße, Martin-Luther-Str. 60.

Bautischler.

Bezirk 1: Südosten, Süden, Südwesten bei Roabe, Richte 29.
Bezirk 2: Osten bei Bratner, Weidenweg 85.
Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte bei Gieseke, Ropenhagener Str. 74.
Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei Rautmann, Teufel Str. 55/56.
Bezirk 5: Neukölln: bei Gütig, Ertstr. 8.

Dienstag, den 11. Februar:

Klavierarbeiter

abends 8 1/2 Uhr, in den Andreas-Festställen, Andreasstr. 21.
Tagesordnung:
1. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 2. Vortrag des Kollegen Schlemminger über: „Die Kampfmittel der Arbeiterbewegung.“ 3. Unsere Jugendbewegung. 4. Verbandsangelegenheiten.

Stockarbeiter abends 6 Uhr bei Vocker, Weberstr. 17.

Bezirk Charlottenburg: abends 8 Uhr im Volkshaus, Rosinenstraße 3.

Ladeneinrichtungs- und Kontormöbel-Branche im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Alle als Delegierte zur General-Versammlung vorgeschlagenen Kollegen müssen in diesen Versammlungen anwesend sein.

Küchenmöbelbranche um 6 Uhr im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter.

Osten: in den „Fürstenberger Festställen“, Frankfurter Allee 106.

Südosten: im Märkischen Hof, Admiralstr. 18c.

Vortrag des Kollegen Ritsche über: „Soziales Empfinden und Handeln“.

Norden: im Zwinemünder Gesellschaftshaus, Zwinemünder Str. 42.

Vortrag des Kollegen Kroll über: „Müssen und Gelingen“.

Modell- und fabriktschler im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstraße 11/12.

Drechsler-, Treppengeländer- und Luxusmöbelbranche abends 8 1/2 Uhr, in Wilkes Festställen, Sedantianstraße 39.

Maschinenarbeiter.

Bezirk: Osten, Oestliche Vororte und Weißensee in den Prachtställen des Orens, Frankfurter Allee 151/152.

Mittwoch, den 12. Februar:

Bezirk: Tempelhof, Mariendorf und Marienfelde, abends 6 Uhr bei Löwenhagen, Mariendorf, Chausseest. 27.

Tagesordnung: „Die gegenwärtige Lage im Holzgewerbe“.

Mittwoch, den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Kombinierte Versammlung der Verwaltung mit der Kontrollkommission bei Vocker, Weberstr. 17.

Donnerstag, den 13. Februar, abends 8 Uhr, bei Keller, Ropenstr. 29:

Gemeinsame Versammlung sämtlicher Werkstatt-Vertrauensleute und der Delegierten zur General-Versammlung.

Die Ortsverwaltung.

Küchenmöbel
recht billig, Spengler,
Samariterstr. 7. 55792.

Gneisenastraße 10,
S. Gran, billigste u. beste
Bezugsquelle für
Möbel jeder Art.
Kassa und Teilzahlung.

Abessinier-Brunnen
zum Selbstausströmen für
3 in Tiefe schon u. 12 W.
an. Hochpumpen, Garten-
und Druckpumpen usw.
5 Jahre Garantie. Fabrik-
str. 10, Berlin 10.
Koblanck & Co.,
Pumpenfabrik, Berlin 10,
Reinickendorfer Str. 95.

Techn. Kurse
Berlin: Neanderstraße 3 und
Rathenower Str. 3.
Hochbau, Tischbau,
Maschinenbau, Elektrotechnik,
Kgl. Regier.-Baumeister a. D.
Dr. Werner, Zinaber.
Propaganda-Verl.

Zähne, Plomben, beste Ausführung, billigste Preise.
Gebr. 1889.
Olga Jacobson, Invalidenstr. 145, II.

Berlin, Altes Jakobstr. 124.
Elektro-Technikum
gegr. 1874. Eig. Fabrik. Elektro-,
Maschinen-, Bau-, Angewandte-
Technik, Werkmeister-,
Kaufmanns-, Maschinenlabora-
torium. Neuer Abendkursus.
Prosper, frei E. Schramm.

Franklinstr. 19 ein seit 6 Jahren
bestehendes
Zigarrengeschäft
großer Laden mit Wohnung, viel
Gebäude, zum 1. April 1913 zu ver-
mieten. Miete 800 M. 23705
Hilge, Verwalter.

10 Mark
monatliche Teilzahlung liefert elegante
Herren- und Damen-
J. Tomporowski, Schneidermeister,
Lindenstr. 110.
(Billigpreis!) Verkaufes Preisermäßig.
B. gut. Eig. w. garant., eigenes Stofflag.

Mein Urteil steht fest,

daß Ihr „Wacholder-Extrakt Medico“ von ausgezeichneter Wirkung ist und daher der leidenden Menschheit nicht warm genug empfohlen werden kann. Ich bin 53 Jahre alt und litt an mangelhafter Blutzirkulation sowie geringerer Tätigkeit der Ausscheidungsorgane. Dadurch stellten sich bei mir folgende Erscheinungen ein wie Angstgefühl, Unruhe, Herz klopfen, Kopfschmerzen, letztere manchmal so stark, daß es mir nicht möglich war, zu denken. Auch hatte ich viel an Gelenken zu leiden. — Schon nach kurzem Gebrauch Ihres Wacholder-Extraktes blieben die Kopfschmerzen weg, der Kopf sowie der ganze Körper wurden leichter, es stellte sich die fröhliche Körperwärme ein verbunden mit einer Arbeits- und Lebensfreude, über die ich seit Jahren nicht mehr verfügte. G. L., Oberinspektor.

Reichels Wacholder-Extrakt Marke „Medico“ ist niemals ausverkauft, sondern garantiert reu und frisch nur in Original-Verpackungen à M. 1.50, 2.50 und für längeren Gebrauch große Packungen (siehe Verteilung) M. 6.— in den Drogerien und Apotheken erhältlich, wenn nicht, wende man sich an

Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.
Man achte aber sehr auf Wort und Marke „Medico“ die allein für Echtheit und Güte bürgt



HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE



Weisse Woche

Fortsetzung des Grossen Verkaufs in den Lichthöfen und allen Abteilungen zu bekannt billigen Preisen

Grosse Kinder-Wäsche

| | | | | |
|---------------|-------------------|--|---------------------|-----------------|
| Grosse Posten | Mädchen-Hemden | In 12 Grössen von | 40 Pf. bis | 1 ⁵⁵ |
| Grosse Posten | Mädch.-Beinkleid. | Knielorm mit Stick.-Garnierung, 8 Gröss. | 75 Pf. bis | 1 ⁵⁵ |
| Grosse Posten | Mädch.-Nachthemd. | halsfr. od. Umlegekr. 7 Grössen | 1 ³⁵ bis | 2 ⁷⁵ |
| Grosse Posten | Knaben-Hemden | m. Matrosen-Ausschnitt, 8 Grössen . . | 55 Pf. bis | 1 ²⁵ |
| Grosse Posten | Knab.-Nachthemd. | m. farb. Bes. und Taschen 7 Grössen . . | 1 ²⁰ bis | 2 ³⁰ |

Grosse Damen-Wäsche

| | | | | |
|---------------|-------------------|--|---------------------|------------------|
| Grosse Posten | Damen-Hemden | in versch. Fass. reich mit Stickereien garniert . . | 1 ⁶⁵ bis | 5 ⁵⁰ |
| Grosse Posten | Dam.-Beinkleider | aus Renforcé mit Stickerei garniert | 1 ⁶⁵ bis | 4 ⁵⁰ |
| Grosse Posten | Nachtjacken | aus Sommer- und Winterstoffen, zum Teil mit Stickereien garniert | 1 ⁴⁵ bis | 3 ⁵⁰ |
| Grosse Posten | Nachthemden | halsfrei oder mit Umlegekragen, aus feinsten Stoffen | 2 ⁶⁵ bis | 9 ⁷⁵ |
| Grosse Posten | Prinz.-Unterröcke | vorzügl. Sitz, mit Stickerei garniert | 6 ⁵⁰ bis | 18 ⁵⁰ |

Die Modellhut-Ausstellung für Frühjahr und Sommer ist eröffnet!

Nach Maß!

Häster — Paletot — Anzüge
gute Zutaten auf Rohhaar
von M. 40.— an
sattelweiser Sitz garantiert.
Wer Stoff hat
von 25 M. an.
Ludwig Engel, Prenzlauer Str. 23 II
(Alexanderpl.)
Gegründet 1892.

Einstimmig

urteilen
Arzt und Publikum
über
Lebertran-Emulsion

Warte F. B. (gesetzlich geschützt.)
Der Arzt: Die mir von Ihnen zur Verfügung gestellte Lebertran-Emulsion hat bei einer Anzahl meiner Patienten sehr zufriedenstellende Erfolge gehabt. Ich werde die Emulsion schon Ihres angenehmen Geschmacks wegen besonders bei Kindern gern verwenden.
Dr. C., Berlin.
Die Kundin: Meine Frau hat sich mehr mit meinen Kindern, seitdem ich Ihre Lebertran-Emulsion gebrauche. Ebenso gut wie ihr Geschmack ist, so glänzend ist ihre Wirkung und bitte ich um weitere 7 Flaschen.
1 Flasche 1,50 M., 7 Flaschen 9 M.

Central-Apotheke
Berlin-Friedrichsfelde a.

Stoffe

für elegante Maßanzüge, Ullster, Paletots Str. 4.—, 6.—, 8.— M. etc. Damen-Kostüme Stoffe, Damenhüte „Neuborten“ Str. 2.—, 3.—, 4.— M. etc. Loden f. Pelzinnen Str. 1,50, 2,50 M. etc. Schneidermeister, welche unsere Stoffe tadellos u. schick verarbeiten, weisen wir nach, Arbeitslohn nebst Zutaten circa 25.—, 30.— M. etc.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.



Zu Wasser und zu Lande
priemt man
Grimm & Triepel
Kantabak.

Rollen 5 und 10 Pfennig. Stangen 5 Pfennig.



Ozona-Heilbäder

Sauerstoffhaltiges Fichtennadelbad. Beseitigt schnell und sicher Hautausschläge, Hautlücken, Herzeiden, Schlaflosigkeit, Gicht, Rheuma, Ischias, Weissfluss etc. etc. — Originalflasche mit Gebrauchsanweisung für 20 Vollbäder Mk. 3,50. Probestrasse für ein Vollbad oder zwei Sitzbäder 60 Pf. Bei chronischem Rheumatismus werden seit über 20 Jahren Pango di Battaglia-Packungen erfolgreich angewandt, ebenso geruchlose Schwefelbäder. (Thiopinol-P. O. Riedel). In Flaschen für 20 Vollbäder Mk. 6.—, oder ein Vollbad 60 Pf.

Käuflich in Apoth. u. Drog. in Berlin:
Apoth. z. König Salomo Charlottenstrasse 54
Adler-Apoth. am Wedding

Ozons-Sauerstoffbad, das Beste, empfohlen für Nerven- und Herzkranken, à Mk. 1,50.
P. O. Riedels Thiopinolselbe gegen unruhige Haut, wirksam bei Kindern und Erwachsenen, à Stück 50 Pf., 3 Stück Mk. 1,40.

Fabrik: „Pango-Importgesellschaft“, Berlin SW6, Teltower Str. 25

Neueste Universal-Nähmaschine 70 M.

Neu! Bei wöchentlicher Abzahlung.



Meine neue, hochartige Universal-Nähmaschine eignet sich für Schneiderei und Hausarbeit. Durch einfache Handhabung und große Leistungsfähigkeit macht sie meine Universal-Nähmaschine jedem Haushalte unentbehrlich und sie dankt diesen Eigenschaften, verbunden mit einem außerordentlich billigen Preise, so bedeutende Erfolge. Die Maschinen sind mit Verschleißteilen, 25 Apparaten, 1 Flasche Öl versehen. Garantie fünf Jahre. Ferner empfehle: Ring- und Handbügeln, Hobbin, Adler, vor- und rückwärts nähend, auch verstellbar. Alle Maschinen nehme in Zahlung. Bei Barzahlung hoher Rabatt. Rollenloser Unterricht im Nähen, Sticken und Stopfen. Nur bei Einzahlung dieses Inzerats gemässige jedem Käufer.

5 Prozent Rabatt extra.

Berlin C. M. Hahn Seydelstr. 32
Prenzlauer Str. 22. M. Hahn am Spittelmarkt.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Hypothekendarlehen. — Mietverlustversicherung.

Obwohl sein Stand in Preußen-Deutschland sich sehr weitgehender staatlicher Fürsorge auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet erfreut wie der ländliche und städtische Grundbesitzer, klagt doch heute immer wieder über eine nicht mehr erträgliche Belastung und suchen stets von neuem Gesetzgebung und Verwaltung für sich in Bewegung zu setzen. Tatsächlich wirkt aber gerade der wirtschaftliche Schutz des Staates dahin, die Schwierigkeiten in der Lage des Grundbesitzes zu erhöhen und dadurch das Verlangen nach weiterer „Schutz“ wachzurufen, dessen Gewährung wieder als Belastung wirken muß.

Reben den staatlichen und kommunalen Maßnahmen für Bereitstellung von Bodenkredit blüht in wachsendem Maße das private Kreditwesen für das Immobilienvermögen. Die Hergabe von Leihgeld an Grundbesitzer wird dabei von allen denen bevorzugt, die eine stetigere Rente und eine größere Sicherheit der Anlage verlangen. Für den Hypothekendarlehen bildet das Grundstück selbst ein Pfand, das er bei völliger Zahlungsunfähigkeit im Notfalle selbst erwerben kann. Um den Hypothekendarlehen eine noch größere Sicherheit zu geben und das Immobilienkreditgeschäft zu mobilisieren, bilden sich auch hier Zentralinstitute als Vermittler zwischen Gläubigern und Schuldnehmern.

Die Beleihungstätigkeit der Hypothekendarlehen ist nun in erster Linie abhängig vom Kapitalmarkt. Alle Schwankungen des Geldmarktes drücken sich in der Zu- oder Abnahme des Hypothekendarlehens und des Pfandbriefumsatzes aus. Je mehr das Leihkapital zu industriellen Zwecken absorbiert wird, um so mehr sinkt der Abfluß von Pfandbriefen und damit die Möglichkeit, Hypotheken zu bewilligen. Hochkonjunkturjahre bedeuten daher immer einen Rückgang der Beleihungstätigkeit. In Zeiten der Krise wächst dagegen das Bedürfnis nach sicherer, wenn auch weniger hoher Verzinsung; den Hypothekendarlehen werden größere Summen zur Verfügung gestellt und sie können ihre Hypothekenausgabe vermehrten.

Neben dem größeren Bedürfnis der Industrie nach Leihkapital machten sich im vergangenen Jahre auch die politischen Verwicklungen für das Hypothekendarlehen hemmend bemerkbar. Der Balkankrieg führte zu der bekannten Lähmung des Geldmarktes, zu außerordentlich hohem Zinssatz und einem Rückgang gerade der festverzinslichen Wertpapiere (Staatspapiere, Pfandbriefe). Mühten sich schon Staat und Kommunen bei so teuren Geldverhältnissen auf die Aufnahme von Anleihen verzichten, so trat das für die privaten Hypothekendarlehen noch mehr zu. Während der Obligationenumsatz im ersten Halbjahr noch um 195 Millionen (gegen 372 in der gleichen Zeit des Jahres 1911) zunahm, fiel er in der zweiten Hälfte 1912 nur um 5 Millionen (1911: 150 Millionen). Dieser geringe Zuwachs ist indessen allein durch ein Institut (die Berliner Hypothekendarlehenbank) verursacht worden, das bei der Neuausgabe seinen Pfandbriefzinsfuß über das gewohnte Maß (von 4 auf 4 1/2 Proz.) heraufsetzte.

Neben dem Rückgang des Pfandbriefumsatzes wirkte im vergangenen Jahre auch die Lage des Terrain- und Baumarktes nicht gerade anregend zur Hergabe von Hypotheken. Während sonst die Kriegsfurcht zur Kapitalanlage in Immobilien treibt, hielt diesmal die Depression im Baugeschäft davon ab. In vielen Großstädten lag die Bautätigkeit donieder, worin sich erst jetzt wieder eine Aenderung durchzusetzen scheint. Nach der von uns benutzten Statistik der „Frankf. Zeitung“ nahm bei 13 von 37 Hypothekendarlehenbanken der Hypothekendarlehenbestand sogar um 22 Millionen ab.

Schicksal des Vereins in einer außerordentlichen Generalversammlung der Mitglieder des Vereins entschieden und über eine eventuelle Liquidation (Auflösung) der Gesellschaft Beschluß gefaßt werden. Die Auflösung des Vereins wäre keineswegs ein Beweis für die Undurchführbarkeit der Mietverlustversicherung. In Schweden besteht sogar ein ziemlich ausgedehnter Zweig dieser Versicherung. Die finanziellen Schwierigkeiten des deutschen Vereins sind vielmehr erweislich durch besondere Organisationsmängel hervorgerufen worden, die zum Teil so schwerwiegender Art waren, daß das Kaiserliche Aufseheramt für Privatversicherung zum Eingreifen Anlaß fand. Auf den Druck dieses Amtes hin ist auch der Rücktritt des alten Direktoriums und die Amtsniederlegung des Vorsitzenden des Aufsichtsrats zurückzuführen. Die Geldgeber hatten sich zum größeren Teil die Subdirektionen an den größeren Orten vorbehalten und durch weitere günstige Verträge feste Zuschüsse für die Unterhaltung der eigenen Kassen zusichern lassen. So trat der mehr als merkwürdige Zustand ein, daß zum Beispiel die Hauptdirektion die Bureaukosten der Subdirektionen trug. Durch Jubiläumsgelder hoher Provisionen, die übrigens nicht nur die Prämienzahlungen, sondern sogar die Lantlemen des einen Direktors kürzten, wurden die Einnahmen des Vereins weiter stark reduziert. Schließlich mußten die Subdirektoren durch für die Versicherten billige Vertragsabschlüsse den Verein schwer belastet haben. Die finanzielle Reorganisation soll zunächst durch die in den Satzungen vorgesehenen Prämienzuschüsse und durch Heranziehung des Garantiefonds herbeigeführt werden. Die Mietverlustversicherung selbst bietet keine Versicherungstechnischen Schwierigkeiten. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen in einer Stadt ist statistisch erfassbar, die Risikowahrscheinlichkeit für die Gesellschaft und den Versicherten der Berechnung zugänglich. Gelingt es der Gesellschaft, durch Heranziehung der Haus- und Grundbesitzerorganisationen — mit denen der bestehende Verein in hartem Kampfe lag — einen größeren Umfang des Geschäftskreises herbeizuführen, und sichert sie sich durch Uebernahme des Vermietungsgeschäfts der leerstehenden versicherten Wohnungen noch die Kontrolle über die Versicherten, so kann diese Versicherung die Position der Hausbesitzer wesentlich stärken. Der Erfolg des Mietverlustes ließe den Hauswirt das Verleihen einer Wohnung weniger empfinden, wodurch die Mieter dann den Hausagrarier vollends ausgeliefert wären.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Verlag von J. G. B. Dieck Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen als Nr. 26 der kleinen Bibliothek: 1813 bis 1819. Von Kalisch nach Karlsruhe. Von Franz Wehring. Aus dem Inhalt: 1. Der Aufbruch von Kalisch. 2. Landwehr und Landsturm. 3. Der Frühjahrsfeldzug. 4. Der Waffentrost. 5. Der Herbstfeldzug. 6. Der Winterfeldzug. 7. Der Friede von Paris. 8. Der Wiener Kongreß. 9. Die hundert Tage. 10. Der Deutsche Bund. 11. Die Karlsbader Beschlüsse. 12. Ergebnisse. — Preis broschiert 75 Pf., gebunden 1 M. Vereinspreis 50 Pf.

Mit kritischer Sichtung der überreichen Literatur, namentlich auch des archaischen Materials, das in den letzten Jahrzehnten von bürgerlichen Forschern ans Tageslicht gefördert worden ist, schildert der Verfasser die preußisch-deutsche Geschichte von 1807 bis 1812 (Band 25. — 1807—1812. Von Tilly nach Tauraggen) und in einem hier anschließenden Bande die Periode von 1813 bis 1819.

Sein Zweck war nicht nur, gegenüber der Jubiläumsliteratur, die gegenwärtig mit mehr oder minder gefärbten Darstellungen den Büchermarkt überflutet, ein getreues Bild der Ereignisse zu geben, sondern ebenso das historische Wesen des preussischen Staates den deutschen Arbeitern verständlich zu machen, deren Emanzipationskampf in diesem Staate den gefährlichsten und gefährlichsten Gegner findet. Dazu eignet sich die Periode 1807 bis 1819 mehr als jeder andere Abschnitt der preussischen Geschichte.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Prozesse im Monat Januar 1913. Im letztverflohenen Monat sind achtzehn gegen unsere Redakteure anhängig gemachte Prozesse mit einem abschließenden Urteil besandt geworden. Das Resultat ist folgendes: 2005 M. Geldstrafe, 2 Wochen Gefängnisstrafe und 5 Tage Untersuchungshaft; in zwei Fällen kam es zur Einstellung des Verfahrens und in einem Fall wurde die Anklage endgültig abgewiesen. Die höchste Geldstrafe war 700 M., die niedrigste 20 M. Im Monat vorher (Dezember 1912) wurden in 17 Prozessen 17 Monate Gefängnis- und 1240 M. Geldstrafen verhängt.

Die sächsische Regierung gegen die Chemiker „Vollstimme“.

Im Dezember vorigen Jahres begab sich die Beschwerte- und Petitionskommission der zweiten sächsischen Kammer nach Halle, um im dortigen Schlichthofe einen Eindruck über die Reichweite des Schächters zu gewinnen. Den von den Landboten begehrten Anschauungsunterricht hätten sie auch am Sipe des Landtags, in Dresden, genießen können. Aber die sächsische Regierung hatte dem Rat der Stadt Dresden unter Hinweis auf einen früheren Regierungsverlaß wissen lassen, daß den Landesboten ohne Kenntnis, Zustimmung und Vermittlung der Regierung keinerlei Vorgänge in einem kommunalen Institut oder Betriebe vorgeführt und auch dühingehende Mitteilungen nicht gemacht werden dürfen.

Die „Vollstimme“ behandelte diese Sache satirisch in einem Artikel, der am 13. Dezember erschien. Aber die Regierung fühlte sich beleidigt und stellte Strafantrag. Am Freitag war der Verantwortliche der „Vollstimme“, Genosse Seifarth, vor die zweite Strafkammer des Chemnitzer Landgerichts geladen. Verschiedene Stellen des Artikels waren Gegenstand der Anklage. A. a. war darin von der angestandenen Weisheit der sächsischen Regierung und davon gesprochen worden, daß die Regierungsmaschine schleunigst zu funktionieren begann, was in Sachen ein sonst ganz ungewohnter Vorgang sei usw.

Der Oberlandesanwalt beantragte strenge Bestrafung, während der Verteidiger die Satire als eine gewisse Form der Sprache bezeichnete, die man verstehen müsse und Jubiläumsgelder des § 193 und Freisprechung beantragte. Das Gericht verurteilte den Genossen Seifarth wegen öffentlicher Beleidigung zu der harten Strafe von einem Monat Gefängnis und den üblichen Nebenstrafen.

Jugendbewegung.

Eine Kaiserliche Werft gegen die „Arbeiter-Jugend“. Der Oberwerftdirektor der Kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven hat an das schwarze Brett folgenden Kias angeschlagen lassen:

Kaiserliche Werft Wilhelmshaven. Tagesbefehl zum Ausschlag Nr. 21. Dienstag, den 4. Februar 1913. Ausschlagsdauer bis zum 31. März 1913. Es ist festgesetzt worden, daß Bechtlinge ohne Genehmigung des Reffortdirektors dem Arbeiter-Jugendbund angehören und

fomit gegen § 3 Ziffer 4 des Lehrvertrages verstoßen haben. Die betreffenden Bechtlinge sind mit einem Verweis bestraft worden, gleichzeitig haben sie ihren Austritt aus genanntem Verein nachzuweisen.

Die Genehmigung zum Beitritt in den Arbeiter-Jugendbund wird auf einwaches Ansuchen nicht erteilt werden.

Da nach den Ermittlungen neuerdings die Mitgliedschaft zum Arbeiter-Jugendbund mit dem Abonnement auf die Zeitung „Arbeiter-Jugend“ gleichbedeutend ist, wird auch diese Art Mitgliedschaft verboten.

Verstöße hiergegen werden in Zukunft in jedem einzelnen Falle mit Entlassung bestraft werden.

Was die Verteilung hier verlangt, ist wahrlich zu viel. Die Bechtlinge sollen den Nachweis ihres Austritts aus einem Verein erbringen, der gar nicht existiert! Der vermeintliche Arbeiter-Jugendbund besteht nur in der Phantasie der Bechtlinge!

Mit dem Verbot des Abonnements der „Arbeiter-Jugend“ aber wird die Verteilung nur das Gegenteil des gewollten Zweckes erreichen. Es ist eine alte pädagogische Wahrheit, daß man der Jugend nur etwas verbieten braucht, um zu erreichen, daß es mit wahrer Begeisterung getan wird. Weder das reaktionäre Reichsvereinsgesetz noch die noch reaktionärere Gewerbeordnung gibt der Bechtlingeverwaltung das Recht, ihre Bechtlinge vom Abonnement einer Zeitung abzuhalten. Der Lehrvertrag konnte also einen solchen Versuch nicht rechtfertigen. Schließlich aber muß jeder Kampf gegen die „Arbeiter-Jugend“ aufhören, wenn die Arbeiter-Estern die „Arbeiter-Jugend“ abonnieren, um sie ihren Kindern zu geben.

Aus Industrie und Handel.

Die Manipulationen des Zuckerruhs.

Die Interessenten des Zuckerruhs in Schweden sind durch einen Regierungsantrag auf Herabsetzung des Zuckergolles soeben in große Wäten geraten. Der Antrag der Regierung fordert die sofortige Herabsetzung des Zuckergolles von 14 auf 10 Oere pro Kilogramm, wozu weitere Herabsetzungen für die nächsten Jahre in Aussicht genommen werden, so daß im Jahre 1918 der Zoll 7 Oere pro Kilogramm betragen würde. Zu diesem Ergebnis ist die Regierung durch die Arbeiten einer für diesen Zweck eingesetzten Kommission gelangt, die ein ausgezeichnetes Material über die Manipulationen des Zuckers zur Verfügung hat. Bei der Fusion der Zuckerfabriken zu der jetzigen Zuckerruhsorganisation, die infolge des hohen Zolles ein absolutes Monopol erreicht hat, ist eine ungeheure Ueberkapitalisierung des Zuckerruhs erfolgt. Das Aktienkapital des Zuckerruhs beträgt nicht weniger als 348 Proz. des eingezahlten Kapitals der früheren Zuckerfabrikgesellschaften und 250 Proz. des für den jetzigen Betrieb benötigten Kapitals. Der Zweck der Ueberkapitalisierung ist die Erhaltung der höchsten möglichen Zuckerpreise für den Zuckerherauspresser zu können, ohne eine prozentual auffällige Dividende auszuschütten. Im Jahre 1912 zum Beispiel haben die schwedischen Konsumenten Monat für Monat 73 Oere = 80 Pf. pro Kilogramm Zucker bezahlen müssen, während der Preis in Deutschland zwischen 48—56 Pf. pendelte. Der hohe Zolldruck ermöglichte diese Manipulationen, deren Ende jetzt bevorsteht. Die Regierungskommission hat durch umfangreiche Erhebungen die Produktionskosten in Dänemark und Deutschland festgestellt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Dänen 100 Kilogramm Raffinade um 11 Oere teurer produzieren und dennoch 23 Proz. Dividende ausschütten, während die deutsche Produktion um 3,50 Kr. pro 100 Kilogramm billiger produziert. Neben der Ueberkapitalisierung des Zuckerruhs soll eine mangelhafte Betriebsorganisation die schwedische Zuckerproduktion beeinträchtigen. Die Monopolstellung des Zuckerruhs hat eben das Interesse an Betriebsverbesserungen eingeschläfert.

Das sozialdemokratische Mitglied der Kommission, Palmstierus, verlangt, daß der Zoll innerhalb einer längeren Uebergangszeit bis auf 8 Oere pro Kilogramm herabgesetzt wird. Dieser Zoll würde ungefähr den natürlichen Mehrkosten der schwedischen Zuckerproduzenten entsprechen. Darüber hinaus will unser Parteigenosse einen Zolldruck nicht zulassen; er erklärt gegenüber der Kommissionmehrheit, die diese Mehrkosten auf 4 Oere pro Kilogramm gegenüber Deutschland veranschlagen, daß 1 Proz. auf Frucht und Speise draufgehen, so daß ein Zuckergoll von 3 Oere nach entsprechender Uebergangszeit vollaus genügt, den einheimischen Produzenten den beabsichtigten Schutz zu gewähren. Im übrigen müsse dann die freie Konkurrenz über den Markt entscheiden. — Die Zuckerinteressenten und ihre Handlanger in der Presse schrien Jeter und Rordio über die vorliegenden Anträge und versuchten, die Untersuchungsergebnisse der Kommission zu verdächtigen. Insbesondere fürchten sie eine spätere Konkurrenz Deutschlands auf dem schwedischen Zuckermarkt, und sie suchen daher, die Löhne in der deutschen Zuckerindustrie niedriger erscheinen zu lassen als sie sind. Da die Zahlen der Kommission fast ausnahmslos amtliche Zahlen sind, wird ihnen dieses Manöver wohl kaum gelingen.

Die Konjunktur im Bergbau. Der Aufsichtsrat der Bergwerks-Aktiengesellschaft „Consolidation“ in Gelsenkirchen schlägt die Verteilung einer Dividende von 23 Proz. gegen 19 Proz. im Vorjahr vor.

Soziales.

Der gemeinsame Abort als Erziehungsmittel.

Der am 5. August 1904 von der preussischen Regierung veröffentlichte Wohnungsgesetzentwurf enthielt trotz seiner völlig unzulänglichen Vorschriften zur Steuerung des Wohnungswesens immerhin weitergehende Vorschriften als der am 25. Januar 1913 veröffentlichte Entwurf. So sah er die Möglichkeit von Steuerleichterungen für den Bau von Kleinwohnungshäusern vor und enthielt Mindestvorschriften, die an Mietwohnungen im Interesse der Gesundheit und Sittlichkeit vom Gesetzgeber gestellt wurden. Beides fehlt dem jetzigen Entwurf. Diesen Mangel können die Hausagrarier, die gegen jene recht zahmen Mindestvorschriften Sturm liefen, sich als Erfolg anrechnen. Als Mindest-Luftraum waren im Entwurf von 1904 10 Kubikmeter bei 4 Quadratmeter Bodenfläche für Wohn- und Schlafräume von Personen über 10 Jahren vorgesehen. Eine völlig unzureichende Vorkehrung! Geht doch die hygienische Forderung selbst für Gefängnisse auf mindestens 30 bis 35 Kubikmeter Luftraum. Aber der Versuch, überhaupt einen Mindestluftraum zu schaffen, genügt zu einer leider erfolgreichen Empörung der Hausrentner.

Ihren besonderen Zorn hatte in dem Entwurf von 1904 das Verlangen erregt, daß für jede Wohnung für eine gemeinschaftliche Haushaltung von zwei oder mehreren Personen ein „eigener Abort“ vorgeschrieben war. Ein höherer Richter führte über diese im gesundheitlichen Interesse dringende Forderung bittere Beschwerde. In einem seiner erblichen Häuser in Berlin NO. befanden sich nur gemeinsame Klosetts. Das Haus werde unvernünftig werden. Durch das Wohnungsgesetz würde er „sörmlich expropriert“. Der Vorsitzende des preussischen Landesverbandes der

städtischen Haus- und Grundbesitzervereine, Justizrat Dr. Baumert, nahm diesen Ausdruck des Zugriffs der kochenden Richterleere in seiner Kritik des Wohnungsgesetzentwurfs auf und kritisierte in gleicher Weise die Abortvorschrift. Er nannte sie eine „einem Vermögensraub gleichende Vorschrift“. Gründe der Reinlichkeit oder der Anstehungsgefahr könnten für diese Vorschrift nicht maßgebend sein, auch nicht die Befürchtung, daß durch Benutzung eines gemeinsamen Aborts Unfrieden entstehe. Das gemeinsame Klosett wirke geradezu als ein Erziehungsmittel zur Friedfertigkeit. Er schrieb:

„Sollte nicht gerade eine gemeinsame Benutzung erzieherisch auf die Friedfertigkeit wirken? Denn wenn eine Familie dreimal wegen Unfriedens gezogen ist, sollte sie dann nicht viel friedfertiger werden?“

Der jetzige Wohnungsgesetzentwurf hat vor diesen Gründen Kapitalisiert. Die Motive erkennen freilich an, daß das Interesse der Bekämpfung typhöser Krankheiten der gemeinschaftlichen Benutzung von Aborten entgegensteht. Beschwerden beunruhigt er sich aber mit dem Vorschlag, daß eine durch Polizeiverordnung zu erlassende Wohnungsordnung die Zahl und Beschaffenheit der erforderlichen Aborte vorschreiben kann.

Mindestvorschriften über die Beschaffenheit und Benutzung der Wohnungen sind erforderlich. Das hat ja am 22. Mai vergangenen Jahres der Reichstag einstimmig anerkannt. Freilich haben ja die Konservativen, wie jüngst Graf v. Westarp im Reichstage erklärte, damals nicht die zur Erkenntnis ihrer Abstimmung erforderliche Einsicht gehabt. Möglich, daß sie auch jetzt wieder auf dem Standpunkt stehen, ein gemeinsames Klosett, zum mindesten ein polizeilich gebildetes, erziehe zur Friedfertigkeit, ja die Staats- und Gesellschaftsordnung werde untergraben, wenn den dringendsten sanitären Forderungen durch gesetzliche Vorschriften Nachdruck verliehen wird. Graf von Westarp meinte, er und seine Freunde seien lernbegierig. Vielleicht verwenden sie mal die Zeit, die sie stiller Zurückgezogenheit widmen, zum Nachdenken über die Frage, ob der sich nicht gegen seinen Nächsten arg verfühlt, der selbst gesetzliche Mindestforderungen für Wohnungen so wie sie hintertreibt.

Der preussische Handelsminister und die Krankenkassenangehörigen.

Der Verband der Bureauangestellten hatte, da die Behörden vielfach in rigoroser Weise die Schließung selbst größerer Ortskrankenkassen betreiben, wegen des Schicksals der dadurch existenzlos werdenden Kassenangehörigen beim preussischen Handelsminister Vorstellungen erhoben. Das Resultat ist folgender vom 15. Januar 1913 datierter und jetzt veröffentlichter Erlaß des Ministers an die Regierungspräsidenten:

„Nach § 302 ABO. in Verbindung mit Artikel 92 Einführungsgefeß zur ABO. endigt das Vertragsverhältnis zwischen den Krankenkassen und den Angestellten spätestens 12 Monate nach Mitteilung des Beschlusses des Oberversicherungsamtes über die Auflösung oder Schließung einer Krankenkasse, frühestens im Augenblick der Schließung oder Auflösung. Da infolge der Erleichterung allgemeiner Ortskrankenkassen und Landkrankenkassen zahlreiche Krankenkassen sich auflösen werden oder geschlossen werden müssen, so ist in den Kreisen der Kassenangehörigen die Befürchtung laut geworden, daß bei dieser Gelegenheit zahlreiche Angestellte arbeitslos werden könnten, weil im Gegensatz zu § 200 ABO. die neue Kasse eine Verpflichtung zur Übernahme der Beamten nicht habe.

Im Hinblick auf die Vorschrift des Artikels 92 a. a. O. monach die Versicherungsträger geeignete Angestellte, die infolge der Neuordnung bei einer Krankenkasse entbehrlich werden, bei Annahme von Hilfskräften möglichst berücksichtigen sollen, ist diese Befürchtung zwar nicht begründet, immerhin wollen Sie die Versicherungsämter auf diese Vorschrift aufmerksam machen und anweisen, in geeigneter Form auf die demnach zu wählenden Vorstände der neuen Krankenkassen einzuwirken, daß sie Beamte, die für die Verwendung bei der neuen Kassenverwaltung in jeder Beziehung geeignet erscheinen, weiter verwenden. Insbesondere würde es nicht der Billigkeit entsprechen, wenn bei dieser Gelegenheit alle verdiente Beamte ausgeschlossen würden in dem Vertrauen, durch Einstellung junger Arbeitskräfte die Verwaltungskosten zu erniedrigen.“

Aus der Frauenbewegung.

Sie versagen völlig.

In der „Wiener Arbeiter-Zeitung“, dem Organ der österreichischen Genossen, berichtet ein Arzt über den Wert der Ausbildung von „Damen“ für den freiwilligen Samariterdienst. Nach einer Schätzung der Tätigkeit dieser Damen, die oft die Krankenpflege nur als angenehmen Zeitvertreib, als eine Art Sport betrachten, heißt es in dem Bericht:

„Und so bildet denn die Gesellschaft vom Roten Kreuz alle diese hilfsbereiten Damen, deren Namen sogar in manchen Tageszeitungen veröffentlicht werden, aus für den „Erfallsfall“, den Krieg, den jede von ihnen mit angenehmem Grinsen fast herbeiseht, denn dann werden sie zu all der hübschen Spielerei auch noch Aufmunterung und Ehren ernen. Man wird sie rufen, wird sie brauchen, sie werden zeigen, was sie gelernt haben, und das Vaterland wird ihnen gerührt danken.“

Aber der „Erfallsfall“ war da; Scharen von Samariterinnen haben sich zur Zeit des blutigen, menschenmörderischen Balkankrieges in den Feldspitälern eingefunden und hätten die Feuerprobe bestehen sollen. Sie haben sie nicht bestanden. Darüber sind sich alle unsere Chirurgen einig, die jetzt über ihre Erfahrungen auf dem Kriegsschauplatz berichten.

Prof. A. Fraenkel und auch Prof. Clairmont, Primarius Dr. v. Frisch und alle anderen, die hier in Friedenszeiten „Samariterinnen“ heranzubilden, können vom bulgarischen Kriegsschauplatz nur traurige Dinge über die Leistungen der edlen Helfereinen melden. Nicht nur an Geschicklichkeit und Ausbildung fehlte es, nein — was viel schlimmer ist — auch an Dienstbereitschaft, Disziplin und Gehorsam. Zu großen Verrichtungen wollte sich keine der Damen bequemen, die mußten die mit Arbeit überbürdeten Ärzte selber besorgen; den Anordnungen der Chirurgen wollte auch keine folgen. Wer durfte es wagen, ihr in barscherem Tone etwas zu befehlen?

So übel ging es bei der Krankenpflege zu, daß, als beim Abschied einer der österreichischen Chirurgen der Königin von Bulgarien einig über diese Uebelstände anzudeuten wagte, sie, die Organisatorin der Pflege der Verwundeten, erwiderte: „Ich weiß es, die Damen gehören nicht in die Spitäler!“

Es ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß dieses völlige Versagen der bulgarischen Samariterinnen nicht deren nationalen Eigentümlichkeiten zuzuschreiben ist, sondern einzig und allein dem Umstand, daß sich „Damen“ eben nicht plötzlich in ernsthaft, brauchbare Menschen verwandeln können. Und wenn Professor Clairmont das jämmerliche Benehmen der bulgarischen Samariterinnen wichtiger als das Debacle — die beschämende Niederlage — der Frau bezeichnet, so wäre vielleicht der Ausdruck Frau besser durch „Dame“ zu ersetzen.

Die „Dame“ gehört in den Salon, auf den Rennplatz, ins Theater, überallhin, wo dem Ernst des Lebens gesinnlich aus dem

Wege gegangen wird. Dorthin aber, wo ernste Arbeit und Einsatz der ganzen Persönlichkeit gefordert werden, gehören ernsthaft Berufsmenschen, einerlei, welchem Geschlecht sie angehören.

Darum fort aus unseren Spitälern mit den lächelnden, sensationstüftigen Gräfinnen, Baroninnen und gelangweilten Welt-damen, fort mit den Kurien des Roten Kreuzes und all dem Geplänkel und der Wichtigkeit, für die der Ort, auf dem sie sich abspielen, denn doch zu ernst ist! Aufgabe des Staates ist es vielmehr, sich die Heranbildung einer möglichst großen Zahl tüchtiger Berufspflegerinnen anlegen sein zu lassen, die bei drohender Kriegsgefahr eine Ergänzung ihrer Kenntnisse für den Felddienst in kurzen sachlichen Kursen sich leicht und rasch erwerben könnten. Andere als diplomierte, im Beruf stehende Pflegerinnen sollten zur Pflege der im Kriege Verwundeten überhaupt nicht zugelassen werden; denn es handelt sich hier um Leben und Gesundheit von Menschen, um schaurige und folgenschwere Situationen, deren Ernst nur der erfassen kann, der den Ernst des Lebens schon kennen gelernt hat.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Ueber „Probleme der Prostitution“ spricht im Bund für Mutter-schutz am Mittwoch, den 19. Februar, 8 Uhr, Dr. med. Joan Bloch im Architektenhaus, Wilhelmstr. 92. Karten a 3, 2 u. 1 M. bei A. Wertheim und an der Abendkasse.

Aus aller Welt.

Das große Mißverständnis.

Eine in ihren Folgen ganz unabwehrbare Gefahr ist durch die Staatsmännigkeit des Chefredakteurs der „Deutschen Tageszeitung“ glücklich verhütet worden. Es hätte nämlich nicht viel gefehlt, daß die umfangreiche Person des Herrn Dr. Dertel in einem Duell den Augen des Herrn v. Bethmann Hollweg und des Herrn Dr. Delbrück als Zielobjekt gedient hätte. Und es muß gesagt werden, daß das ein Ehrenhandel mit ungleichen Waffen gewesen wäre. Man braucht nur einmal im Geiste unseren Reichskanzler und Dr. Dertel nebeneinander zu stellen, dann wird man erkennen, daß Dr. Dertel bei einem Pistolenduell mit Bethmann immer der Leidtragende sein wird. Es wäre ja vielleicht möglich gewesen, ausgleichend einzugreifen, indem man mit Kreide den Körperumfang des Reichskanzlers auf dem Leibe des Herrn Dr. Dertel markiert hätte, aber das wäre nur ein höchst unsicherer Notbehelf geblieben. Daher ist es recht erfreulich, daß dank der politischen Einsicht des Herrn Dr. Dertel der Konflikt glücklich beigelegt worden ist.

Nach dem Ehrenlob der bürgerlichen Klassen hatte Herr Dr. Dertel seinen beiden ministeriellen Gegnern eine nur mit Blut abzuwaschende Schmach angetan. In das Feld des Löwen gehüllt, rief er ihnen in der Reichstagsitzung vom 16. Januar zu:

„Aber ich kann das eine nicht verstehen: meine politischen Freunde und ich haben diese Ausführungen deshalb besonders bedauert, weil sie uns leider den unverwundbaren Eindruck machen, daß der Herr Staatssekretär und der Herr Reichskanzler, den er mit angeführt hat, in dem unvermeidlichen Kampfe gegen die Sozialdemokratie nicht das Recht, den Mut und die Entschlossenheit zeigen werden, die dringend notwendig ist.“

Das verschämte natürlich die beteiligten Minister nicht wenig; in der Sitzung am Sonnabend erhielten sie aber glänzende Genug-tuung. Inzwischen hat der vermeintliche Löwe das Fell, mit dem er die Herren schredte, abgelegt und de- und wehmütig erklärte er: ich bin ja gar kein Löwe, sondern nur der mit der Kognatmarke gezeichnete Dr. Ernst Georg Julius Dertel, bei dem man's nicht so genau nehmen muß. Die schallende Peiterkeit, die seiner Erklärung folgte, belehrte ihn denn auch, daß man ihn wirklich nicht so ernst nimmt.

Es war also wieder einmal das große Mißverständnis, dem diesmal Dr. Dertel zum Opfer fiel. Alles ist wieder gut; beim nächsten Reichstagsantritt wird auch Dr. Dertel mit unbeschädigtem Körperumfang zugegen sein.

Sei lebet noch!

In seiner Rede zum Reichstagsantritt am Sonnabend wies Genosse Cohn auch auf die unerhörte Verschleppung des Eulenburgprozesses hin. Herr Bili steht unter dem dringenden Verdacht des Meineides und damit vor der wenig angenehmen Aussicht, auf seine alten Tage noch ins Zuchthaus wandern zu müssen. Aber der Gladiolus findet eine milde Justiz. Als ob sich bei ihm und für ihn alle die christliche Milde konzentrierte, auf die die preussische Justiz bei Urteilen gegen streikende Arbeiter und beim Strafvolzug gegen stillende Mütter mit altromischer Strenge verzichtet.

Genosse Cohn fragte unter allgemeiner Aufmerksamkeit des Hauses, ob Herr Eulenburg, der angeblich gesundheitlich so schwach ist, daß er den Befahren eines Strafprozesses nicht ausgeht werden darf, vielleicht zum Kapitel des Schwargen Adlerordens in Berlin geweiht habe. Genosse Cohn behauptete ferner, daß Eulenburg gesund genug sei, um die Funktionen eines Amtsvorstehers von Liebenberg und damit auch die der Sittenpolizei auszuüben.

Der Staatssekretär des Reichsjustizamtes ließ schnellstens Erkundigungen darüber einziehen, ob Eulenburg als Amtsvorsteher tätig ist. Wie ihm berichtet wurde, ist dies nicht der Fall. Ueber die Beteiligung Eulenburgs am Kapitel des Schwarzen Adlerordens sagte Herr Bisco dagegen nichts. Wie steht's damit? Die Öffentlichkeit hat ein lebhaftes Interesse daran, zu erfahren, wie weit der Angeklagte Eulenburg wieder hergestellt ist, um der unparteiischen Justiz endlich Gelegenheit zu geben, ohne Ansehen der Person ein unparteiisches Urteil zu fällen.

Verheerungen durch einen Orkan in Großbritannien.

Ein fürchterlicher Orkan wüthete in der Nacht zum Sonnabend in Nordengland, Irland und Wales. In Kenton bei Dumbarton trat der Regen über seine Ufer und setzte eine Anzahl von Fabriken unter Wasser. Mehrere hundert Arbeiter sind infolge dessen gezwungen zu feiern. Die großen Werke von Aryston und Whitworth bei Newcastle sind beschädigt worden. Auch in North und South Shields wurde großer Schaden angerichtet; auf dem Tyne haben Schiffszusammenstöße stattgefunden. Der telegraphische Verkehr ist in einem großen Teile des Landes gestört.

Fliegerleben.

Dieser Tage ist der bekannte Flieger Biengiers wegen Meineids und betrügerischen Bankrotts zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der Prozeß entrollte ein seltsames Bild aus dem Fliegerleben.

Biengiers, in seinem früheren Berufe Rennfahrer, war einer der ersten deutschen Flieger, die im Inlande von sich reden machten und auch im Auslande erfolgreich Fliegerwettkämpfe bestritten. Als Antoinette-Flieger umkreiste er zuerst das Straßburger Münster, und in Berlin stellte er 1910 auf einem Merioldapparat den lange Zeit unbestrittenen deutschen Höhenrekord von 1560 Metern auf. Auch auf dem großen deutschen Rundflug legte Biengiers mehrere Etappen zurück. Er war ein Flieger von

Klasse, einer der schneidigsten Pioniere des deutschen Fliegens. Daneben machte er freilich auch durch sein Eigerkum von sich reden. Daß sein Name dann von der Liste der sich hervorragend betätigenden Flieger verschwand, erregte bei den Beobachtern der neuen Flugkunst Erstaunen. Die Prozeßverhandlungen ergaben jedoch die Erklärung, Biengiers war mit seinen Arbeitsheften, den Flugbüchern, in dauernde Differenzen geraten. Nach seiner Darstellung, die wohl nicht ganz unbegründet ist, deshalb, weil die Fliegereisen ihn als eine Art Versuchsfarnikel betrachteten, und ihn durch einen Kontrakt, den er unbedacht unterschrieben, zwingen wollten, ausschließlich Apparate zu fliegen, bei denen er in noch höherem Grade sein Leben riskierte, als das ohnehin beim Fliegensport üblich. So wurde er kontraktbrüchig und ging in den Dienst anderer Firmen über.

Sein letzter Chef, der Geldgeber einer Leipziger Flugzeugfabrik, ein mammongewaltiger Kommerzienrat, hatte nun ein junges lebenslustiges Töchterchen, mit dem Biengiers anbandelte. Der Vater Kommerzienrat soll nach der Behauptung des Angeklagten darin nichts Anstößiges gesehen, im Gegenteil die auf Heirat abzielende Liebeslei anfangs begünstigt haben. Dann aber kam es zum Strach zwischen dem fliegenden Gläubiger und dem Vater Kommerzienrat, so daß Biengiers seinen Goldfisch kurz entschlossen nach London entführte und dort heiratete. Der überempfindliche Schwiegerpapa gab die einmal programmwidrig nicht seinen Segen, sondern übernahm im Gegenteil die Kontraktionsforderung einer gegen Biengiers klagenden Firma, die sich auf geradezu fabelhafte Summen belief. Gute Freunde von Fliegern und Hochfliegern-Schwiegerpapas des Kommerzienrats scheinen dabei auch ihre Rolle gespielt zu haben. Biengiers aber, der dem Vater nicht traute, hatte vorher schleunigst seine Fliegereisen einer alten „Freundin“ verschrieben, die den jugendlichen Sportsmann in früheren Zeiten der Dürftigkeit trotz ihrer mütterlichen Reife mit ihrer Gunst beglückt und mit ihren Ersparnissen jahrelang über Wasser gehalten hatte.

Biengiers behauptete, daß diese alte Freundin allen Anspruch auf derartige Sicherstellung ihrer durchaus realen Forderungen gehabt habe. Aber der unerbittliche Vater seiner in London angeheirateten Frau präsentierte dem Gericht Briefe Biengiers an seine damalige Braut, aus denen hervorging, daß der Angeklagte sich gegen die gerichtlichen Ansprüche seiner Gläubiger — also letzten Endes des unerbittlichen Herrn Schwiegerpapas — im Interesse der beabsichtigten Eheschließung sicherstellen wollte. Das brach dem kühnen Eroberer der Luft und wenig spröder Frauengunst das Genid. Trohden der Angeklagte gar bewoglich seine Verdienste um die inzwischen ja so „national“ gewordene Fliegerei schilderte und unter heißen Tränen daran erinnerte, daß er doch dereinst als moderner Florus auch Klein-Paris auf gebrechlichem Flugzeug — dem Tode kühn ins Auge schauend — überflogen habe, verurteilte ihn das Schwurgericht zu 2½ Jahren Gefängnis. Die mit dem Leben spielende Wagnis des Abenteurers fand keine Gnade vor den Augen des Gerichtshofes, der das bürgerliche Eigentum selbst in der dubiosen Form der flugkapitalistischen Spekulationswut rücksichtslos beschirmen zu müssen glaubte.

Das Opfer selbst kann einem leid tun. Schwer mag es dem gefeierten Helden von gestern ankommen, morgen als der gemeine Verbrecher statt des romantischen Flugdeh den plumpen Straflingskittel zu tragen. Wer weiß, wie ihm das Los gefallen wäre, wenn türmische Zeiten der pedantischen Justitia den Arm gelähmt hätten! Ist doch gar mancher gefeierte Held der Kriegsgeschichte aus keinem besseren Ton gelinnet gewesen. Unsere kapitalistische Moral trägt eben einen Januskopf!

Festnahme eines Millionenschwindlers.

Die Pariser Polizei verhaftete am Freitag einen ganz außer-gewöhnlichen Abenteuerer, dessen Lebenslauf den kühnsten Roman in den Schatten stellt. Es handelt sich um den 50jährigen Ex-Rösch Henriot Dououst, der unter der Maske eines Missionars, eines Bischofs, eines Patriarchen von Jerusalem, eines Wanderpredigers der evangelischen Kirche und Hunderte anderer Titel jahrelang ungestraft die größten Schwindeleien begehen konnte. Er wanderte jetzt auf die Anzeige einer Frau Joffrand in das Gefängnis, die er um die Kleinigkeit von drei Millionen Frank geschädigt hat. Es war Dououst vor mehreren Jahren gelungen, das Vertrauen des Vaters der Frau Joffrand zu erringen, so daß derselbe sich sogar betören ließ, ihm die Vormundschaft über die damals noch unmündige Frau Joffrand zu übertragen und ihn gleichzeitig zum Verwalter des über zehn Millionen Frank betragenden Vermögens einzusetzen. Nach dem im Jahre 1909 erfolgten Ableben des Herrn Joffrand verwaltete nun Dououst das Vermögen so gut, daß heute beinahe drei Millionen Frank von dem ihm anbetrauten Geldes fehlen. Auch sonst hat der Verhaftete, wie schon eingangs erwähnt, jahrelang von Schwindeleien gelebt, deren Umfang vorläufig noch gar nicht zu überschauen ist.

Der Germerzheimer Alarm.

Der „Frankf. Zig.“ wird geschrieben: Die Straßburger Schermittwochspatrolle erinnert an ein ähnliches Städtlein, das sich im Jahre 1870 während der Mobilmachung in Germerzheim ereignete. Für diese Festung hatte ein Speyerer Bürger König Drahtbindenröhre zu liefern, auf deren Abendung man in Germerzheim sehr drängte. Eine telegraphische Anfrage über den Verbleib der Lieferung wurde vom Bahnhofskommandanten in Speyer beantwortet, „König selbst trifft mit nächstem Zuge ein“. Infolge eines Mißverständnisses gelangte diese Depesche aber nicht an den Ingenieuroffizier, sondern direkt an den Festungs-kommandanten, der mit einem Stabe von Offizieren schleunigst sich in Gala steckte, um den Landesherren am Bahnhof zu empfangen. Der biedere Speyerer Bürger war noch lange stolz über seinen damaligen Empfang in Germerzheim.

Kleine Notizen.

Vermisste Winterportier. Vier Münchener Eisfahrer, die eine Eskifahrt nach Karwendelhaus unternommen hatten, werden seit Dienstag abend vermisst. Rettungs-Expeditionen sind bereits abgegangen.

Eine Blatztat. Die 21jährige Tochter des Gärtners Dettmann in Gronsforde wurde heute morgen etwa 20 Meter von der Gronsfordeer Chaussee tot aufgefunden. Das Mädchen war vorgestern in Lübeck und ist von dort zu Fuß nach Hause gegangen. Unterwegs wurde es von einem Mann angefallen und mit einem Knüttel erdrückt. Der Täter ist noch nicht ermittelt.

Schweres Grabenunglück. In der Kohlengrube Rufford bei Mansfield (Grafschaft Nottingham) stürzte infolge Bruchs einer Kette ein mit 800 Ballonen Wasser gefüllter Behälter aus einer Höhe von 150 Meter in einen Schacht herab und tötete dreizehn dort arbeitende Bergleute.

Bootsunfälle. Ein Torpedoboot ließ Freitagabend auf der See von West mit einem Fischereiboot zusammen, das ohne Licht fuhr. Die Borle sank sofort. Von der Besatzung konnte nur ein Mann gerettet werden. — Aus Liverpool wird gemeldet, daß bei einem Sturm am Freitagabend auf dem Meer ein der Hafenverwaltung gehörendes Boot kenterte. Ein Mann wurde getötet, zehn Personen dürften umgekommen sein.

Bräutigamssturz. Wie aus Rouen gemeldet wird, stürzte Freitagabend ein Brautpaar gegen den Pfeiler der die Ortshafen St. Pierre und André verbindenden Seinerbrücke, die zum größten Teil einstürzte. Ob dabei Menschen umgekommen sind, ist noch nicht festgestellt.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokr. Wahlverein i. den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Petersburg Viertel, Bezirk 354.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Genosse, der Ratgeber
Richard Förster
 Frankf. Allee 145, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Montag, den 10. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes im Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
 Am 7. Februar verstarb unser Genosse, der Gastwirt
Ferdinand Kiesel
 Frankfurterstr. 42.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Montag, den 10. Februar, nachmittags 8 Uhr, vom Trauerhause nach dem Gethsemanen-Kirchhofe in Nieder-Schönhausen-Nordend statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
Richard Foerster
 am 6. Februar im Alter von 37 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Montag, den 10. d. Mo., nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des städt. Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Bezirksverwaltung.

Allen Bekannten die traurige Nachricht, daß am 7. Februar mein innigstgeliebter Mann
Ferdinand Kiesel
 nach kurzem schweren Leiden sanft entschlafen ist.
 Um stillen Beileid bitte
Frau Auguste Kiesel geb. Pohl.
 Die Beerdigung findet am Montag, den 10. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Frankfurterstr. 42, nach dem Gethsemanenkirchhof (Nordend) statt.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis
 Am 8. Februar verstarb unser Genosse, der Steinbruder
Fritz Darge
 Köpflerstr. 2a - Bezirk 807.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Philippus-Apostel-Kirchhofes nach dem städtischen Friedhof, Müllerstraße, Ecke Seestraße, statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Verband der Buch- und Stein-druckerei - Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
 Ortsverwaltung Berlin.
 Am 6. Februar verstarb nach schwerem Leiden unser Mitglied
Anna Tschöpe
 im Alter von 33 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Montag, den 10. Februar, nachmittags 2 Uhr, auf dem Elisabeth-Kirchhof in Pantow, Bohnenstraße, statt.
 Die Ortsverwaltung.

Verband der Lithographen, Stein-druckern u. verwandten Berufe (Deutscher Sene-feder-Bund).
 Am 6. Februar verstarb unser Kollege und Mitglied, der Stein-drucker
Fritz Darge
 im Alter von 50 Jahren an einem Lungenerleiden.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 11. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Philippus-Apostel-Kirchhofes, Müllerstr. 44/45, aus statt.
 Die Verwaltung der Filiale I.

Verband d. Brauerei- u. Mühlen-arbeiter u. verw. Berufs-genossen.
 Zahlstelle Berlin.
 Am 8. Februar 1913 verstarb unser Kollege, der Jahrgang
Karl Krüger
 (Botanika-Brauerei)
 im Alter von 50 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 11. Februar, nachmittags 4 Uhr, auf dem Rummels-burger Gemeinde-Friedhof in Friedrichsfelde, Rummelsburger Straße, statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Invaliden-Unterstützungskasse d. Stein-drucker u. Lithographen.
 Die Beerdigung des am 6. d. M. verstorbenen Stein-druckers
Fritz Darge
 findet statt am Dienstag, den 11. Februar, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Kirchhofes, Müllerstraße, 22/75.
 Das Komitee.

Danksagung.
 Den Teilnehmern bei der Beerdigung meines lieben Vaters Eugen, besonders dem Schmittklub, dem Siggarenhändlerverein Neudörfen und der Allgemeinen Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler (Hamburg) für die empfangene Teilnahme und Krangspenden den herzlichsten Dank.
 Im Auftrage der Angehörigen
Richard Schödel.

Allen Freunden und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der frühere Jigarenmacher und Schankwirt
Hermann Werner
 Wilhelmshavener Str. 25 am 6. Febr. plötzlich verstorben ist.
Jo Werner und Kinder.
 Die Beerdigung findet am Montag, den 10. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Hinscheiden meines geliebten Mannes
Joseph Wollheim
 spreche ich hierdurch meinen herzlichsten Dank aus.
 Berlin, im Februar 1913.
Rosalie Wollheim.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, Mutter und Schwiegermutter
Emilie Ganzer geb. Schulz
 am Freitag früh 3 Uhr, nach schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
 Die Beerdigung findet am Montag nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Gantower Friedhofes, Schönholzer Heide. Um stillen Beileid bitten
 Die trauernden Hinterbliebenen
Friedrich Ganzer und Kinder
 Pantow, Bohnenstr. 15.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Paul Roher
 sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Kollegen, dem Holzarbeiterverband, den Genossen vom 4. Wahlkreis und dem Gesangsverein meinen herzlichsten Dank.
 23885. **Eme. Margarete Roher.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin
Luise Roloff
 am 5. Februar an Arterien-verkalkung gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
 Die Ortsverwaltung.

Für die herliche Teilnahme und die zahlreichen Krangspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels, des Stein-druckers
Joseph Rehse
 sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten sowie den Genossen des 4. Wahlkreises, dem Vollerwerber-Verband und dem Lithographischen Institut des Herrn Roher unseren innigsten Dank.
 Im Namen der Hinterbliebenen
Karl Rehse und Frau.



Borussia Bier

Zum Frühstück
 Erfrischend Alkoholarm - Bekömmlich

Danksagung.
 Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Schwester und Schwägerin
Frau Martha Schensch
 spreche ich hierdurch allen Kollegen, Genossen und Genossinnen, sowie der Firma S. Klein, insbesondere dem Genossen Bielow, desgleichen der Genossen Faberwald für die erregtesten Grabreden, auch allen Bekannten und Freunden, meinen innigsten Dank aus.
 Im Namen der Hinterbliebenen
Peter Flucke.

Danksagung.
 Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Bruders
Hermann Horn
 sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Arbeiterinnen der Galvanischen Metallpapierfabrik, insbesondere den Kollegen der Abteilung Verkleidung der Firma Bergmann, Berlin-Rosenthal, unseren herzlichsten Dank.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Schwarze Kleidung
 Fertig am Lager:
 Gehrock-Anzüge 70, 60, 36 M.
 Smoking-Anzüge 80, 70, 40 M.
 Frack-Anzüge 90, 80, 40 M.
 Bekleider 12, 15, 8 M.
 Fertige schwarze Kleidung für Knaben und Jünglinge in größter Auswahl.
 Feine Maß-Anfertigung in ca. 10 Stunden.

Baer Sohn
 Kleider-Werke
 Berlin, Gegr. 1891.
 Chausseestraße 29-30, 11, Schönebergstr. 11, Gr. Frankfurter Str. 23, Schöneberg, Hauptstr. 10.
Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 3-4

„Flamme“
 Feuerbestattung
 mit allem Zubehör und Gebühren M. 160.-
 Hauptkellstr. 111
 Inh. Emil Richter
 Fernspr.: Amt Moritzpl. 5582
 Ausführt. Broschüre gratis.

Institut für Massage
 Holzluffbäder, elektrische Behandlung
 Mechanische Übungen
 für Krankenkassen und Private.
C. Weissert und Frau,
 N. 65, Müllerstr. 143a, 1. Etage.
 Sprechst. 2-9, Sonntags 10-12.

Westmanns Trauermagazin
 Extra-Abteilung
 I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße).
 II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Androssstraße).
 Sehr grz. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu außerordentlich niedrigen Preisen.
 Sonder-Abteilung:
 Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

„Butter zu Hause“
 ermöglicht jeder Hausfrau die Selbstbereitung einer appetitlichen Pflanzen-Butter das Pfund für 60 Pf. als besten und vollkommensten Ersatz für teure Naturbutter. Die Hausfrau erspart im Vergleich mit Naturbutter 80-90 Pf. am Pfund, mit Margarine 30-40 Pf. am Pfund. Preis des kompl. Apparates 2,50 M., bei Vorbestellung des Betrages, gegen Nachnahme 25 Pf. mehr. Prospekt gratis u. fr. Man schreibe an: „Butter zu Hause“, G. m. b. H., Berlin W. 42 u. (23376). Vertreter an allen Orten gesucht.

„Hoffnung“
 Berliner Schneider-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
 Gegründet von organisierten Schneidergehilfen
 BERLIN N.
 Am Rosenthaler Tor Brunnenstraße 185 Am Rosenthaler Tor

Reichhaltiges Lager
 in
Einsegnungs-Anzügen
 schwarze Einsegnungs-Anzüge
 zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen

Elegante Maßanfertigung
Frühjahrsneuheiten bereits eingetroffen

Lieferant der Konsum-Genossenschaft und des Arbeiter-Radfahrerbundes

Verband der Gastwirtsgehilfen
 Bureau: Amt Norden, 1474. Berlin N. 24, Gr. Hamburger Str. 18/19. Arbeitsnachweis: Amt Norden, 1513.

Ortsverwaltung I für Kellner, Köche, Köchinnen, Büfettiers usw.
 Ortsverwaltung II Abteilung für das Stübspersonal: Portiers, Hausdiener, Japfer, Destillationsgehilfen usw.
 Ortsverwaltung III Abteilung für Bierabzieher.

Zur Legitimation sind die Mitglieder des Verbandes mit einer Mitgliedskarte versehen, die für das laufende Quartal von grüner Farbe mit braunem Aufdruck ist und am nächsten Jahrestag zur Ansicht anliegt. - Wahlvereinsbücher gelten nicht als Nachweis für die Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation.
 Zur Beachtung diene, daß von Kirch-Dunderlicher und Größlicher Organisation ähnliche Legitimationkarten verlangt werden; man lasse sich dadurch nicht täuschen.
 Um übrigen bitten wir die Partei- und Gewerkschaftsgehilfen, unseren Mitgliedskarten Beachtung zu schenken, da unser Vorgehen gegen den Rosigwang, an dessen Stelle eine Sarentschädigung gefordert wird, allseitiger Unterstützung bedarf.
 Der Vorstand.

LÖWENBIERE
 SIND AUF DER HÖHE

Jahresumsatz:
 1902/3 ca. 43.000 hl.
 1911/12 ca. 100.000 hl.

Export nach allen Weltteilen.

Löwen-Gold
 in Kannen, Siphons, Flaschen überall käuflich
 oder Fernpost, Nord. 10 370 - 10 372.
Löwen-Brauerei A. G.,
 Berlin N.

Spurlos verschunden
 Steckenpferd-Jeerschweffel-Safe
 von Bergmann & Co., Haderbaur
 St. 50 Pf. Uebelgals haben.

Phänomen CLUB
 Beste Cigarette

Technikum Berlin
 Königgrätzer Str. 90.
Tagen-Abendkurse.
 Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Werkmeisterkurse. - Dauer 1 Jahr, vierteljährl. 30 M.
 Dir. Matthes, Inh.
 Programm frei!

Charlottenburg.
S. Hoffmann Wilmersdorfer Str. 12
 empfiehlt sein reichhaltiges Lager von guten
Einsegnungs-Anzügen von 12 Mark an
 sowie **Frühjahrs-Anzüge** und **Paletots** für Herren u. Knaben zu sehr soliden Preisen.
Maß-Anzüge aus den modernsten Stoffen von eigener Betriebswerkstätte.
Lieferant des Konsumvereins Berlin und Umgebung.
 Sonntag von 12-2 Uhr geöffnet.



Persil

Der grosse Erfolg!

Das selbsttätige **Waschmittel**

Trotz der enormen Verbreitung von Persil gibt es noch manche Hausfrauen, die noch immer nicht die hervorragenden Eigenschaften dieses modernen selbsttätigen Waschmittels voll auszunutzen verstehen. Halten Sie sich an nachstehende bewährte Gebrauchs-Anweisung und Sie werden sofort sehen, wie

müheless, einfach, schnell und billig

bei absoluter Unschädlichkeit für das Gewebe mit Persil zu waschen ist.

Gebrauchs-Anweisung:

A. Für Weisswäsche.

Man löst Persil in kaltem oder lauwarmem Wasser durch Umrühren im Kessel auf; dann die Wäsche sofort hinein tun, zum Kochen bringen und nur einmal $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$ Stunde unter zeitweiligem Umrühren am Kochen halten. Nach dem Kochen lässt man die Wäsche einige Zeit in der Lauge stehen und spült sie dann in klarem, möglichst in warmem Wasser sorgfältig aus. Jede Zutat von Seife, Seifenpulver oder andern Waschmitteln ist unbedingt zu vermeiden, da diese die selbsttätige Wirkung von Persil nur beeinträchtigen und dessen Gebrauch unnütz verteuern. (Nur bei sehr schmutziger Wäsche empfiehlt sich vorheriges Einweichen in Henkel's Bleich-Soda.)

Resultat: Alle Schmutz-, Staub-, Schweiss-, Fett-, Kakao-, Tee-, Blut-, Tinten-, ja auch Obstflecken sind spurlos verschwunden, die Wäsche ist vollkommen rein und blendend weiss, wie auf dem Rasen gebleicht.

B. Für Wollwäsche.

Persil wird hierbei nicht in kaltem, sondern bereits stark handwarmem Wasser aufgelöst und die Wäsche darin etwa $\frac{1}{4}$ Stunde geschwenkt (also nicht gekocht); hierauf die Wäsche gut ausspülen und ausdrücken, nicht auswringen. Das Trocknen darf an nicht zu heissen Orten oder an direkter Sonne geschehen.

Resultat: Bei sachgemäsem Waschen mit Persil wird die Wolle nie filzig, sondern bleibt locker und griffig; Krankenwäsche wird gleichzeitig völlig keimfrei, da Persil nach bakteriologischen Feststellungen stark desinfizierend wirkt, Bakterien tötet und Krankheitskeime erstickt und zwar schon bei einer Temperatur von 30—40° C.

Also die glänzendsten Erfolge bei einfachster Anwendung! Zögern Sie deshalb nicht länger und machen auch Sie einen Versuch, denn

so waschen Millionen Hausfrauen

seit Jahren mit bestem Erfolg und schonen dabei ihre Wäsche!

Ueberall erhältlich, niemals lose, nur in Original-Paketen.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Alleinige Fabrikanten auch der allbeliebten

Henkel's Bleich-Soda.

Mittwoch, den 12. Februar: Zahlabend in Groß-Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Am Sonnabend, den 22. Februar, veranstalten der Rauchklub „Ruda“ und der Rauchklub „Nikotin“ ein Rosenfest in Neumanns Festhain, Rosenhain Str. 40/41. Das Lokal ist für die organisierte Arbeiterschaft sonst nicht zu haben, es wird ersucht, die angebotenen Billets zurückzuweisen.

Ferner weisen wir darauf hin, daß die Kammerstraße, Zeltower Straße, Sde Bekkallianenstrasse, nach wie vor für die organisierte Arbeiterschaft gesperrt sind.

In Cablow, Zernsdorf (Kreis Zeltow) stehen und trotz aller Vermählungen Versammlungsorte nicht zur Verfügung. Da diese Orte viel von Arbeiter-Sportgenossen besucht werden, bitten wir, sich streng nach der Lokalliste zu richten und die Saalkalale in Cablow zu meiden. Frei ist nur Knorrs Lokal in Zernsdorf.

In Johannisthal steht und das Lokal „Bürgergarten“, Inhaber S. Wöhme, wieder zur Verfügung.

In Steglitz wird uns der Schloßpark nach wie vor beharrlich verweigert.

Wir bitten, die Lokalliste genau zu beachten.

Die Lokalkommission.

1. Kreis, Konjunktur. Der Zahlabend findet am Mittwoch, den 12. Februar, jezt im Lokal Altonaer Straße 20 bei Drehtler, statt. Vortrag des Genossen Dr. Oskar Cohn.

Charlottenburg. Mittwoch, den 12. Februar, findet für die 2. und 6. Gruppe im Volkshaus für die drei Zahlabende auf Steglitz, der 3. Gruppe bei Schön, Tegeler Weg, und 8. Gruppe bei Wrenns, Ausbacher Str. 11, gemeinsame Zahlabende statt. In der 6. Gruppe findet ein Vortrag über „Annenwesen und Wohlfahrts-einrichtungen“ statt. Genossen anderer Gruppen, welche ein Interesse an dem Vortrag haben, sind dazu eingeladen. In allen Zahlabenden werden die Billets zu der Urania-Vorstellung am 2. März ausgegeben. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Wilmersdorf. Mittwoch in allen Bezirken Zahlabend. Der 1., 2. und 3. Bezirk bei F. Schiller, Ferdinandstr. 15.

Konow. Sonntag, den 9. Februar, mittags 1 Uhr, findet in Dohns Festhain, Kaiser-Wilhelmstr. 34, eine öffentliche Versammlung statt. Landtagsabgeordneter Julian Vorchardt referiert über die bevorstehende Landtagswahl.

Steglitz-Friedenau. Der Bildungsausschuss veranstaltet am Sonnabend, den 1. März, im „Albrechtshof“ in Steglitz einen Kunstabend: „Deutscher Humor“. Der als guter Humorist bekannte Fritz Richard vom Deutschen Theater hat für den Abend ein vorzügliches Programm zusammengestellt, so daß jedem Besucher einige frohe Stunden gewiß sind. Nach dem künstlerischen Teile findet ein Ball statt. Karten zum Preise von 30 Pf. sind bei den Bezirksführern und am nächsten Mittwoch in den Abteilungs- und Bezirksversammlungen zu haben.

Wilmersdorf. Der Zahlabend findet für alle Bezirke gemeinsam bei Frau Kurfürststr. 44, statt. U. a. Vortrag über die Technik der Landtagswahlen, Wahlvorbereitungen. Der Frauenleseabend findet an dem üblichen Tage nicht statt.

Schmiede. Der gemeinsame Kurios für Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf, zwecks Einführung in die Aufgaben bei der bevorstehenden Landtagswahl findet an den nächsten Sonntagen, nämlich von 6 1/2 bis 8 Uhr, in Zeuthen, Restaurant von Hermanowski, dicht am Bahnhof Zeuthen, statt. Die Funktionäre sowie Interessenten werden dringend ersucht, den heutigen Anfangskursus zahlreich zu besuchen.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins Eichwalde findet am Mittwoch, den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Witte in Eichwalde statt. Tagesordnung: Mittelungen. Vortrag über die Taktik bei den bevorstehenden Landtagswahlen. Diskussion und Geschäftliches.

Pankow. Morgen Montag, den 10. Februar, abends 7 Uhr, Handzettelverbreitung zur öffentlichen Versammlung am Donnerstag, in der Dr. Frank spricht. Da neben der Handzettelverbreitung noch eine äußerst wichtige Arbeit zu erledigen ist, werden die Parteigenossen ersucht, vollzählig in ihren Zahlabendlokalen zu erscheinen.

Bezirk Pankow. Am Mittwoch, den 12. Februar, abends 8 Uhr: Kombiniertes Zahlabend, und zwar in Wittenau bei Wittchow, in Pankow in den Festhain. Da das Geschäftsjahr am 31. März schließt, wollen die Genossen und Genossinnen ihre Beiträge begleichen. Tagesordnung in beiden Zahlabenden: Die bevorstehenden Landtagswahlen.

Rosow. Mittwoch, den 12. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal von Schmidt, Wilhelmstr. 41/43: Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Gemeindeverwaltung. Referent: Stadtorbitor Gennose Max Groger-Neufölln. 2. Geschäftliches. 3. Stellungnahme zur Gemeindevahl und Aufstellung der Kandidaten. 4. Wahl von Delegierten zur Kreis-Generalversammlung. 5. Verschiedenes. Donnerstag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Herrn Max Singer, Priesterstr. 31: Volkversammlung. Landtagsabgeordneter Genosse Vorchardt wird über das neue Evangelium sprechen.

Bernau. Dienstag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Herrn Salzman, Badstr. 10: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Auf zum Kampf gegen Zucker und Pfaffen“. Referent: Reichstagsabg. Karl Siebel-Berlin.

Berliner Nachrichten.

Die Geschichte des Strahendurchbruchprojekts von der Böhstraße

nach der Viktoriastraße zwecks Entlastung der Leipziger Straße wird in Erinnerung gerufen, wenn wir lesen, daß nach bürgerlichen Blättern der Kaiser bei einem kürzlichen Besuche des in der Viktoriastraße wohnenden Geheimrats Dr. Simon den Inhaber des Hauses erklärt haben soll: „Daß Sie hier ihr schönes und so stilles Haus behalten könnten, haben Sie mir zu verdanken; denn ich habe mich gegen jenen Durchbruch erklärt.“

Nach Lage der Sache ist kaum anzunehmen, daß der Kaiser sich so geäußert haben kann. Die Sachlage ist nämlich die folgende: Von den Gemeindebehörden wurden zwecks Entlastung der Leipziger Straße verschiedene große Verkehrsprojekte entworfen, um zugleich auch die Untertunnelungsprojekte der Großen Berliner Strahenbahn zu machen, welche die Leipziger Straße schwer gefährdet hätten. Unter diesen Verkehrsprojekten befand sich auch das Durchbruchprojekt der Böhstraße. Ueber diese städtischen Projekte fanden wiederholt im Ministerium Konferenzen statt. In einer solchen Konferenz, die den Abschluß der Beratungen bildete, wurden in Gegenwart und unter Zustimmung des Kaisers die vorgelegten Projekte, insbesondere das Böh-

straßenprojekt ausgehoben. Vom Oberbürgermeister Kirchner wurde dabei dem Kaiser gegenüber das Versprechen abgegeben, daß dieses Projekt von den Gemeindebehörden auch ausgeführt werden würde. Diese Ausführung scheiterte aber an dem Widerstand zahlreicher Magistratsmitglieder und schließlich auch bei der Mehrheit der Stadtverordneten, angeblich der hohen Kosten wegen, in Wirklichkeit aus anderen Gründen. Als der Oberbürgermeister Kirchner sehen mußte, daß er von den Gemeindebehörden schmächtig im Stiche gelassen wurde, sah er sich am 1. Dezember 1910 zu folgender Erklärung veranlaßt:

„Ich habe (bei einer Konferenz mit dem Kaiser), gestützt auf wiederholte, anfänglich einstimmige, dann nahezu einstimmige Beschlüsse der technischen Kommission, der Verkehrsdeputation, geglaubt, eine Erklärung abgeben zu müssen, an der ich heute noch kein Wort bereue. Wenn ich wiederum in die Lage versetzt werden würde, mich einer ähnlichen Situation gegenüber zu sehen, würde ich es der Würde der Stadt für entsprechend halten, wenn ich eine solche Erklärung wiederholte. Aber, meine Herren, ich habe es erfahren, daß ich da zu weit gegangen bin. Ein Oberbürgermeister von Berlin hat nicht die Stellung, daß er, im Vertrauen auf den Gang, den die Dinge in der städtischen Verwaltung bisher genommen haben, bindende Erklärungen abgeben kann.“

Aus dieser Erklärung geht neben der Bitterkeit über das Verhalten der Gemeindebehörden deutlich hervor, daß der Oberbürgermeister den Aufsichtsbehörden und dem Kaiser, die das Böhstraßenprojekt wünschten, Versprechungen über die Bereitwilligkeit der Gemeindebehörden, das Projekt auch auszuführen, glaubte machen zu können.

Aus diesen Gründen muß entweder ein Mißverständnis der kaiserlichen Verfügungen vorliegen oder aber der Kaiser muß seine ursprüngliche Ansicht über das Böhstraßenprojekt später geändert haben. Dessenfalls ist aber hierüber nichts bekannt geworden.

Der Ausschuss des Schutzbundes für die Grunewaldseen trat am Freitag in Nikolassee zu einer Sitzung zusammen, zu der die Stadt Berlin den Magistratsassessor Nitz als Vertreter entsandt hatte. Der Vorsitzende Geheimrat Kerp wandte sich mit besonderem Nachdruck gegen die Praxis der Charlottenburger Wasserwerke, dem Publikum die Meinung einzufößen zu wollen, daß sie an der Senkung des Wasserspiegels keine Schuld trüge. Daß dies der Fall sei, wäre von Technikern, Geologen und Botanikern einwandfrei festgestellt worden. Professor Dr. Gräber als Vertreter der freien Vereinigung für Pflanzenkunde, bestätigte die hinsichtlich der Vegetation erhobenen Befürchtungen. Der gegenwärtig traurige Zustand der Kiefern und Eichenbestände im Grunewald sowie das Absterben des die Seen umgebenden Schilfes sei ausschließlich auf die von den Wasserwerken beförderte Austrocknung der Seen zurückzuführen. Nach Mitteilung eines anderen Redners habe die mit dem Nikolassee in Verbindung stehende Nechwiese unverkennbar unter der Verdunstungsstätigkeit der Wasserwerke zu leiden. Nicht weniger als 38 Brunnen seien gegenwärtig in dem Grundwasser der Wiese, in der sich infolge der Wasserentziehung Spalten und Risse von 1 Meter Tiefe und bis zu 40 Zentimeter Breite gebildet hätten. Kommerzienrat v. Krottnauer sprach die Meinung aus, daß die Wasserwerke überhaupt nicht die Absicht hätten, den Schlachtensee aufzufüllen. Tatsächlich tragen die bisher an den Uferband geführten beiden Zufuhrrohre, von denen das größere allerdings noch keinen Tropfen Wasser in den See geleitet habe, nur den Charakter eines Verhüllungsmittels. In der Versammlung wurde schließlich der dringende Wunsch laut, die Wasserwerke durch Lösung der Verträge seitens der Gemeinden aus dem Bereich der Seen zu entfernen. Leider bestehe jedoch wegen der langen Dauer der Verträge vorläufig keine Aussicht, dieses wirksamste Mittel zur Anwendung zu bringen.

Die Nachricht von der verfehlten Spekulation der Stadthofe in Wilmersdorf soll nicht zutreffen. Die Hofe soll nicht die Absicht haben, das teuer gekaufte Gelände wieder zu veräußern. Demgegenüber wird weiter mitgeteilt, daß vorläufig an einen Verkauf nicht gedacht werden kann, weil das Gelände viel zu teuer gekauft ist. Es kostet durchschnittlich 1200 M. pro Morgen ohne die Zinsen und Zinseszinsen. In der Nähe ist besseres Land jezt mit 500 M. pro Morgen verkauft worden. Die Gefahr der Ueberflutung ist nicht beseitigt; zurzeit steht ein Teil des an den Wilmersdorfer See grenzenden Geländes unter Wasser. Die Pankower Kieffelder liegen in allernächster Nähe und bedeutend höher als das Friedhofsgelände.

In die Haare geraten sind sich der Regimentskommandeur des Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiments und der Vorstand des Vereins ehemaliger Kameraden dieses Regiments. Der letztgenannte Verein hat den Zweck, die ehemaligen Kameraden des Regiments unter seine Fahne zu sammeln und die „Treue zu Kaiser und Reich“ zu pflegen. In diesem Streben wird der Verein von dem Regiment unterstützt. Das aktive Offizierskorps des Regiments ist dem Verein zugehörig, indem man die Mitglieder des Korps zu Ehrenmitgliedern ernannt hat, die bei feierlichen Gelegenheiten den Verein mit ihrer Anwesenheit beehren. Weil ein Vorstandsmitglied mit dem Regimentskommandeur nicht in der üblichen besonnenen Weise verkehrte und der Verein nicht gleich dem Kommandeur bestimmten Mann zum Vorsitzenden wählte, erklärte der Oberst mit dem gesamten Offizierskorps seinen Austritt aus dem Verein. Darüber herrscht große Trauer bei den ehrsamen Kriegerveteranen. Sie beschwören den Oberst, doch nicht böse zu sein und wiederzukommen. Vielleicht kriegen sich die treuen und allertrueuesten Kriegerveteranen wegen dieser Sache auch noch in die Haare.

Ein Revolverkampf spielte sich gestern vormittag gegen 10 Uhr im Hause Friedrichstr. 20 zwischen einem Schuhmann und einem Geisteskranken ab. Der letztere, der 34 Jahre alte frühere Stellner Hans Hand wurde durch einen Schuß in die Brust lebensgefährlich verletzt und in bedenklichem Zustand in das Krankenhaus eingeliefert. Der Schuhmann Hod vom 35. Polizeirevier hatte den Auftrag erhalten, den gemeingefährlich geisteskranken Hand, der längere Zeit in einer Irrenanstalt interniert und aus dieser entwichen war, im Hause Friedrichstr. 20, wo H. wohnte, festzunehmen. Der Beamte fand auch Einlaß in die Wohnung, in der er den H. antraf. Die Aufforderung des Schuhmanns, zur Wache mitzukommen, beantwortete H. dadurch, daß er einen bereitgehaltenen Revolver hervorzog und auf den Beamten anlegte. Dieser kam aber seinem Angreifer zuvor und gab aus seiner bereits entriegelten Browningpistole einen Schuß auf H. ab. Schwere in die Brust getroffen, sank Hand blutüberströmt zu Boden. Er wurde nun sofort nach der nächsten Rettungswache und von dort nach dem Krankenhaus gebracht. Die Verletzung ist gefährlich, doch hoffen die Aerzte den Patienten am Leben zu erhalten.

Vom Standesamt ins Gefängnis wurde gestern vormittag eine 43 Jahre alte Witwe S. Die Frau wurde zur Verbüßung einer

fünfmonatigen Gefängnisstrafe wegen Betruges und Unterschlagung von der Lichtenberger Polizei gefaßt. Erst jezt entdeckte man sie, als sie in Neufölln mit einem Arbeiter K. einen neuen Bund fürs Leben schloß. Auf gestern vormittag war die standesamtliche Trauung festgesetzt. Eine Stunde vorher aber wurde die Braut von der Neuföllner Kriminalpolizei in ihrer Wohnung verhaftet. Sie schilderte nun ihre Lage und bat um die Erlaubnis, sich zunächst trauen zu lassen. Diese Bitte wurde dann auch bewilligt. Von zwei Kriminalbeamten begleitet, begab sich das Paar nach dem Standesamt, wo die Zeugen bereits warteten. Nach der Trauung ging der junge Ehemann nach Hause, während seine Frau nach dem Strafgefängnis abgeführt wurde.

Ein Vampyr der Großstadt wurde von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Es ist ein 34 Jahre alter Musiker und Passier Max Witte, dessen schändliches Treiben viele unerschrockene und anständige Mädchen ins Verderben gebracht hat. Witte hatte es besonders auf Mädchen vom Lande abgesehen, die erst kurze Zeit in Berlin, noch unerfahren und vertrauenselig waren. Er sprach Mädchen aufs Geratewohl an und fand bald die heraus, die er für „geeignet“ hielt. Diesen näherte er sich als Freier. Bald nahm er ihnen unter allerhand Vorspiegelungen ihre ganzen Ersparnisse ab. Wenn sie dann nichts mehr besaßen, so schickte er sie, nachdem er sie verführt und um ihre Stellungen gebracht hatte, auf die Straße, um sich von ihnen ernähren zu lassen. Scham und Furcht hielten die meisten Opfer ab, das Scheusal anzuzeigen. Endlich wagten es doch einige Mädchen, gegen ihn vorzugehen, und Witte erhielt eine längere Gefängnisstrafe. Nachdem er diese vor zwei Jahren verbüßt hatte, trieb er es nur noch ärger als früher. Wieder fand er viele Opfer, bevor es möglich wurde, ihn abermals und jezt wohl auf lange Zeit unschädlich zu machen. Ein Mädchen widersetzte sich seinem Ansinne, auf die Straße zu gehen und verlangte, um aus seinen Händen wegzukommen, das Sparkassenbuch zurück, das es ihm anvertraut hatte. Als er sich weigerte, es herauszugeben, ging es zur Polizei. Beamte packten nun an der Sparkasse auf und rechneten richtig damit, daß bald Geld abgeholt werden würde. Gestern kam auch ein Mann. Es war aber nicht Witte. Man ließ ihn Geld erheben, folgte ihm unauffällig und sah, daß er dem Gesuchten an einer Straßenecke den Betrag aushändigen wollte. Jezt griffen die Beamten zu und brachten das Scheusal hinter Schloß und Riegel. Mehrere Opfer des Verhörens wurden jezt bereits ermittelt. Andere werden ersucht, sich zu melden, damit der Verbrecher endlich die Strafe bekommt, die er verdient.

Zu dem Unfall in der Luzuspapierfabrik von Manes in der Lindenstr. 8 ersucht und die Firma um folgende Mitteilung: Der Werkmeister Schubach entfernte unbrauchbar gewordene Teile aus einer Prägemaschine und ersetzte sie durch neue. Dann ließ er, bei abgenommener Schutzvorrichtung, das Getriebe anlaufen. Als er im Innern ein ständendes Geräusch hörte, beugte er sich in die Maschine hinein, um mit dem Ohr die Ursache festzustellen. Dabei wurde sein Kopf von der Rotationswelle erfasst und gegen den Prägetisch gedrückt. Man bemerkte zwar den Unfall sofort und stellte die Maschine ab. Es war aber schon zu spät. Dem Verunglückten war der Schädel völlig zerquetscht worden. Er gab noch schwache Lebenszeichen von sich und wurde nach dem Krankenhaus gebracht. Dort starb er, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Von einem Lastwagen überfahren. Ein tödlicher Straßenunfall ereignete sich am Freitagnachmittag gegen 3 Uhr in Lichtenberg. Der zweiährige Bruno Berner, der Sohn eines Arbeiters aus der Eitelstr. 70, spielte mit mehreren Kindern auf dem Dam. Dabei lief das Kind vor einen Lastwagen, dessen Fahrer das schwere Gefährt nicht mehr rechtzeitig bremsen konnte. Das linke Vorderrad ging über den Oberkörper des Knaben hinweg, der auf der Stelle verstarb. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und in das Schauhause gebracht.

Die Inhaber der Verlagsbuchhandlung Kanter u. Mohr verhaftet. Einem außerordentlich raffinierten und geschickt in Szene gesetzten Schwindel sind seit einigen Monaten viele Sortimentsbuchhändler im Reich zum Opfer gefallen. Seit einigen Monaten liefern bei vielen Hunderten deutscher Sortimentsbuchhändler und auch solchen in Oesterreich und der Schweiz schriftliche Bestellungen ein, und zwar auf Postkarten, die alle in Berlin aufgegeben waren, und in denen Werke von bekannten Architekten gegen Nachnahme bestellt wurden. Diese großen illustrierten architektonischen Werke, welche namentlich von Bau-, Zimmer- und Maurermeistern und Technikern gelesen werden, sind von der Firma Kanter u. Mohr, Verlagsbuchhandlung, Gothenstr. 4 in Schöneberg hergestellt und haben einen Ladenverkaufspreis von etwa 75 bis 150 M. Natürlich mußten sich die Sortimentler an die obengenannte Verlagsbuchhandlung in Schöneberg wenden, die dann auch sofort das Werk an sie gegen Kasse absandte. Effektierte dann der Sortimentler in der Provinz das Werk per Nachnahme, so kam die Sendung mit dem postalischen Vermerk zurück: „Nachnahmeforderung unbestellbar, da Adressat unbekannt“. Hierdurch erlitt der betreffende Verlagsbuchhändler in der Provinz einen erheblichen Schaden, da er das Werk per Kasse gekauft und die Schöneberger Verlagsfirma daselbst natürlich nicht zurücknahm. Der Zufall wollte es nun, daß zwei Sortimentler in einer größeren süddeutschen Stadt auf diese Weise hineingefallen waren, und am Vierlich erzählten sie einander das ihnen widerfahrne Bed. Sie wandten sich schließlich an den Vorstand der Sortimentervereinigung, und dieser forderte in der Fachzeitschrift ähnlich Betrogene auf, sich zu melden. Eine große Anzahl derartig hineingefallener sandte nun die Bestellkarten an die Zentralstelle und es wurde festgestellt, daß die Handchrift auf allen Karten ein und dieselbe sei. Nun wollte es wieder der Zufall, daß ein Schreiben der Firma Kanter u. Mohr bei der Sortimentervereinigung eingelaufen war, und man entdeckte eine große Ähnlichkeit zwischen der Handchrift des Schreibers dieses Briefes und derjenigen der Bestellkarten. Der Verdacht verstärkte sich, weil ja die Firma Kanter u. Mohr die Verleger des bezogenen architektonischen Werkes waren, und so wurde die Angelegenheit der Schöneberger Kriminalpolizei übergeben. Die Behörde hielt nun am Freitagnachmittag eine Hausdurchsuchung bei der Firma Kanter u. Mohr ab, die viel belastendes Material ergab und zur Verhaftung der Inhaber, der Herren Strobel und Drögel, führte. Die Firma Kanter u. Mohr hatte früher einen guten Klang in der Buchhändlerwelt. Sie besaßte sich fast ausschließlich mit dem Verlag architektonischer Werke und galt als sehr solide. Vor etwa zweieinhalb Jahren zogen sich die Herren Kanter und Mohr vom Geschäft zurück und verkauften daselbst an die jetzigen Inhaber, die bei ihnen bisher als Buchhändlergehilfen tätig gewesen waren.

Eine geisteskranke Frau, deren Persönlichkeit festzustellen noch nicht gelungen ist, wurde gestern nachmittag in der Dorothienstraße angehalten. Heute, denen ihr Gebaren auffiel, machten einen Schuhmann auf sie aufmerksam, und dieser brachte sie nach der Charité. Die Frau, die sich wahrscheinlich heimlich von ihren Angehörigen entfernt hat, kann selbst nicht sagen, wie sie heißt und wo sie wohnt. Ihrem Aeußeren nach scheint sie dem Arbeiterstande anzugehören. Sie ist ungefähr 60 Jahre alt, hat graumeliertes Haar und trägt einen schwarzen Rock, eine schwarzwollene Taille, eine schwarze Schürze und ein kariertes Umschlagetuch.

Vor der Tür seiner Geliebten erschoss sich gestern der 23 Jahre alte Handlungsgehilfe Arthur Baas aus der Friedrichselder Straße 31.

Ein schweres Brandunglück ereignete sich gestern nachmittags in der Damenstrasse von S. Hirsch in der Brückenstraße 6b. Als dort der 32 Jahre alte Hutmacher Max Friedrich aus der Prinzenstraße in einem Fabrikationsraum in der ersten Etage mit einer Spirituslampe hantierte, kam die Flamme plötzlich zur Explosion. Es entzündete sich eine lange Stichtlampe, die sofort die Kleider des Mannes in Brand setzte. Im nächsten Augenblick war Friedrich in helle Flammen gehüllt und ein zweiter Arbeiter, der in demselben Raum arbeitete, konnte sich nur durch schleunige Flucht in Sicherheit bringen. Friedrich erlitt namentlich am Oberkörper schwere Verbrennungen und mußte auf Anordnung eines Arztes von der Feuerwehr nach dem Krankenhaus Verbanen gebracht werden. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Die Gewalt der Explosion war übrigens so groß, daß durch den Luftdruck eine große Scheibenscheibe des Putzgeschäftes an der Straße eingedrückt wurde. Auch sonst gingen mehrere Fensterscheiben in Trümmer. Wodurch die Explosion verursacht wurde, steht noch nicht fest. — In der Schöneberger Straße 20 wurde fast gleichzeitig ein Arbeiter Birling durch lodenden Teer so schwer verbrannt, daß er nach dem Elisabethkrankenhaus transportiert werden mußte.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes wurde gestern auf dem Grundstück Schleswiger Ufer 5 aufgefunden.

Aus dem Landwehkanal gelandet wurde gestern vormittags in der Nähe der Schleuseninsel ein unbekanntes, ungefähr 25 Jahre altes Mädchen, dessen Persönlichkeit sich nicht feststellen ließ. Die Tote, die ihrem Äußeren nach dem Mittelstande angehört zu haben scheint, ist ungefähr 1,70 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und trug weiße Wäsche mit den Buchstaben K. E., ein graues Korsett, weiße Strümpfe und schwarze Halbschuhe. Die Oberkleidung war durch Schiffschrauben zerrissen und nicht zu erkennen. Von zwei goldenen Ringen, die sie trug, hatte einer einen blauen, der andere einen roten Stein. — Aus der Spree gelandet wurde an der Gohliswälderbrücke die Leiche eines ungefähr 25 bis 30 Jahre alten Mannes, der seinem Äußeren nach dem Arbeiterstande angehört zu haben scheint. Papiere, die über die Persönlichkeit des Toten Aufschluß geben könnten, wurden bei ihm nicht vorgefunden. Der Tote ist 1,65 Meter groß und schlank, hat ein bartloses Gesicht und dunkles, kurzgeschneitten Haar und trug einen dunklen Jacketanzug, einen Sammetkragen mit schwarzem Schlips, schwarze Strümpfe und ebensolche Schürzenhülsen.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte veranstaltet auch in dieser Woche wiederum hygienische Vorträge, die nachstehend aufgeführt sind. Der Zutritt zu diesen Vorträgen ist für jedermann unentgeltlich.

Am Donnerstag, den 13. Februar, sprechen in den nachbenannten Gemeindeschulen über das Thema: „Gesundheitspflege von Nase und Ohr“ Herr Dr. W. Brund in der Gemeindeschule Kigarer Str. 81/82; Herr Privatdozent Dr. Halle in der Gemeindeschule Waldenferstr. 25/26; Herr Dr. S. Selbiger in der Gemeindeschule Eberwälder Str. 10; Herr Professor Dr. S. Grabower in der Gemeindeschule Skalitzer Str. 55/56.

Am Freitag, den 14. Februar, sprechen in den nachbenannten Gemeindeschulen über das Thema: „Die geschlechtliche Anfertigung und ihre Folgen“ Herr Dr. Bad in der Gemeindeschule Tilsiter Straße 4/6; Herr Sanitätsrat Dr. A. Nathan in der Gemeindeschule Pantstr. 17; Herr Dr. P. Richter in der Gemeindeschule Poststr. 5; Herr Sanitätsrat Dr. Grosser in der Gemeindeschule Vergmannstr. 25/26 am Markheide-Platz.

In Boghagen-Ammelsburg in der neuen Schule, Marktstraße, spricht am Dienstag, den 11. Februar, Herr Dr. E. Levin über das Thema: „Gebiet der Geschlechtskrankheiten“.

In Charlottenburg in der 12. Gemeindeschule, Sophie-Charlottenstraße, spricht am Mittwoch, den 12. Februar, Herr Dr. S. Prager-Deinich über das Thema: „Entstehung und Verhütung von Frauenleiden“ (Aus für Frauen).

In Uxehusen in der Dorothienstraße in der Freiheit spricht am Dienstag, den 11. Februar, Herr Dr. E. Reher über das Thema: „Ursachen und Verhütung der Schwindsucht“.

Am Montag, den 10. Februar, spricht Herr Dr. W. Friedländer über das Thema: „Geschlechtskrankheiten und ihre Verhütung“ in Friedenau im Gymnasium am Rahbadplatz.

In Lichterberg spricht am Donnerstag, den 13. Februar, in der Gemeindeschule, Kronprinzstr. 10, Herr Dr. R. Halle über das Thema: „Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten“.

In Mariendorf in der Aula des Gymnasiums, Kaiserstr. 17/21, spricht am Donnerstag, den 13. Februar, Herr Dr. Neil über das Thema: „Geschlechtskrankheiten und ihre Verhütung“.

In Neukölln in der 9/10. Gemeindeschule Kaiser-Friedrich-Straße 4 am Hermannplatz spricht am Freitag, den 14. Februar, Herr Dr. Neil über das Thema: „Fortschritte in Erkennung und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“.

In Pantow in der 2. Gemeindeschule, Grünowitzerstr., spricht am Donnerstag, den 13. Februar, Herr Dr. v. Kuffowitsch über das Thema: „Kerbstoffe und Ernährung“.

In Reinickendorf-Ost in der 3. Gemeindeschule, Lette-Allee 26/27, spricht am Mittwoch, den 12. Februar, Herr Dr. A. Callmann über das Thema: „Schutz gegen Magen- und Darmkrankheiten“.

In Reinickendorf-West in der 5. Gemeindeschule, Augusta-Bilhorst-Allee 37, spricht am Donnerstag, den 13. Februar, Herr Dr. Volkmann über das Thema: „Die Fortschritte auf dem Gebiet der Erkennung und Behandlung der Geschlechtskrankheiten“.

In Schöneberg in der 10/11. Gemeindeschule, Neurgasse 57, spricht am Dienstag, den 11. Februar, Herr Professor Dr. M. Joseph über das Thema: „Aus dem Gebiet der Haut- und Geschlechtskrankheiten“.

In Steglitz in der Gemeindeschule in der Plantagenstr. 89 spricht am Mittwoch, den 12. Februar, Herr Dr. W. Holtzheim über das Thema: „Tuberkulose und Lungenerkrankheiten“.

In Tegel in der Gemeindeschule, Tresdenstr. 26/31, spricht am Dienstag, den 11. Februar, Herr Dr. Rehrich über das Thema: „Herzleiden und Erwerbsfähigkeit“.

In Tempelhof in der Gemeindeschule, Friedrich-Wilhelm-Straße 11/13, spricht am Mittwoch, den 12. Februar, Herr Dr. A. Stamm über das Thema: „Chronische Weinsiden und ihre soziale Bedeutung“.

In Weiskensee in der Gemeindeschule, Langhausstr. 120, spricht am Freitag, den 14. Februar, Herr Dr. Hofes über das Thema: „Verhütung und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“.

Alle Vorträge beginnen pünktlich um 8 Uhr abends.

Arbeiter-Bildungsschule. Die Kurse in Nationalökonomie und Redebildung nehmen heute (Sonntag) ihren regelmäßigen Fortgang.

Öffentliche Bibliothek und Leshalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, S.O., Adalbertstr. 41. Geöffnet werktäglich von 5—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—11 Uhr und 3—6 Uhr. In dem Lesesaal liegen zurzeit 615 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Die Mechanik beim Sport lautet das Thema des Privatgelehrten Kurt Bising, das heute in einem Lichtbildvortrag, arrangiert vom Arbeiter-Schwimmerbund Kreis I, in der Neuen Völkharmonie, Köpenicker Straße 96, behandelt wird. Sportfreunde sind auf diesen Vortrag besonders hingewiesen, zumal der Eintritt nur 20 Pfennig beträgt. Anfang des Vortrages um 7 Uhr.

Wegen eines Dachstuhlbrandes wurden am Freitagabend die Wehren von Berlin und Schöneberg nach der Willystr. 101 alarmiert. Es gelang den Brand schnell zu löschen. Angeblich soll der Brand unter Umständen aufgefunden sein, die auf grobe Fahrlässigkeit und Brandstiftung schließen lassen. — Wegen einer Gasbergitung wurden in der letzten Nacht Samariter der Feuerwehr nach dem Ministerium

für Handel und Gewerbe gerufen. Am Leipziger Platz 11 hatte ein Mädchen versucht, sich mit Gas zu vergiften. Wiederbelebungsbemühungen waren von Erfolg.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Die Stadtverordnetenversammlung hielt am Donnerstag eine kurze Sitzung ab. Im Einberufenen mit der Schuldeputation beantragte der Magistrat, das Schulgeld für die evangelische Präparandenanstalt von 120 M. auf 150 M. zu erhöhen. Stadtv. Dr. Fürst (Soz.) bekämpfte diese Absicht und führte aus, daß das Schulgeld einer Präparandenanstalt möglichst niedrig gehalten werden müsse, damit die Erzieher der Jugend soweit als möglich aus unbemittelten Volksschreibern sich ergänzen könnten. Da im Massenstaat Preußen Vertreter der Arbeiterschaft nicht in die Schulverwaltung hineinlämen, forderte Redner namens seiner Fraktion vom Magistrat Aufklärung darüber, warum überhaupt die Schulgeldderhöhung vorgenommen werden solle und ob die Eltern der jetzigen Präparanden allgemein eine solche tragen könnten. Das alles würde am besten noch geprüft, weshalb die Einsetzung einer Kommission von 6 Stadtverordneten und 3 Magistratsmitgliedern am Platze sei. Stadtv. Klebe fand ein Schulgeld von 150 M. keineswegs zu hoch; schon seit vielen Jahren sei das so. Bürgermeister Dr. Weinreich war natürlich derselben Meinung; er meinte, das Schulgeld für die Neuköllner Präparandenanstalt halte unter den Anstalten der gleichen Art eine gesunde Mitte. Daß die Kinder Unbemittelter dadurch vom Lehrberuf ausgeschlossen werden, das berührte diesen Schuldeputierten nicht. Die bürgerliche Mehrheit der Versammlung dachte ebenso; sie lehnte die Kommissionsberatung ab und stimmte dem Magistratsantrage zu. Der Marktandgeldtarif wurde wieder wie bisher festgesetzt: für jedes Quadratmeter einer Verkaufsstelle auf dem Frühmarkt 10 Pf., auf den Wochenmärkten 20 Pf.; auf dem Fleu- und Strohmärkten für ein einpänniges Fuhrwerk 10 Pf., für ein zweispänniges 15 Pf. Die Genehmigung des Tarifs soll beim Bezirksauschuss auf unbestimmte Zeit nachgeschickt werden. Für das Radialsystem Nordwest (Hermannstraße) bewilligte die Versammlung 45 500 M. zur Ergänzung und Verstärkung des Kanalnetzes. Die Vergütung der Arbeiter für die Asphaltierung der Kaiser-Friedrichstraße (zwischen Elbeitzstraße und Herbergsplatz) und der Kesselfreden der Hermannstraße wurde genehmigt. Die Gebührenordnung für die Genehmigung und Beaufsichtigung von Be- und Entwässerungsanlagen im Stadtkreis Neukölln fand beifolgende Zustimmung. Nach stattgehabter Prüfung durch den Rechnungs-Ausschuss lag der Rechnungsabschluss für 1911 vor. Das Ordinarium hat einen Ueberschuß von 453 152,81 M. ergeben. Im Depositorium befanden sich am Schlusse des Berichtsjahres 5 833 882,08 M., in den Sammelkonten 3 559 648,95 M.

Tempelhof.

Aus der Gemeindevertretung. Bei der Wahl eines Mitgliedes zur Schulspartasse kam Genosse Schmidt auf die Angriffe zu sprechen, denen er ausgesetzt gewesen sei, als er vor einiger Zeit in der Gemeindevertretung gegen diese Schulspartassen Front gemacht habe. Es wurde in diesen Angriffen u. a. gesagt, Schmidt habe nur mit Scheingründen gegen diese Klassen gekämpft, die sich nicht aufrechterhalten ließen. Man gehe in der Annahme nicht fehl, daß der Grund zu diesem Vorgehen nur in der Befürchtung liege, die Kinder könnten die Groschen in den Schulspartassen anlegen und dadurch der neu gegründeten „Volksschule“ entgegen werden. Demgegenüber betonte Schmidt, daß die sozialdemokratischen Vertreter schon vor Jahren auf die Verwerflichkeit dieser Forderung des „Spartianus“ hingewiesen hätten, als an die „Volksschule“ noch gar nicht gedacht worden sei. Den Eltern falle es oft sehr schwer, die Groschen abzugeben. Ein großer Teil sehe die Befreiung dieser Schulspartassen als eine Wohltat an, um den fortwährenden Wünschen der Kinder aus dem Wege zu gehen. Diese Hebung des „Spartianus“ verheißt keinen stillen Wert und ziehe den Klassenunterschied bereits in der Volksschule groß. Nach Rücksprache mit Vorgesetzten konnte Genosse Schmidt in der Sitzung mitteilen, daß auch diese die Schulspartassen als ein nichterzieherisches Mittel gelten lassen und er sich nur aus diesem Grunde dagegen gewandt habe. Ihm wurde erwidert, die Mängel seien bereits bei der Errichtung dieser Klassen zur Sprache gebracht worden und die Mehrzahl der Gemeindeverordneten stehe auf dem Standpunkt der Beibehaltung. — Nachdem Anträge bei der Goldstr. (zwischen der Teufelsdrückerstraße und der Burggrafenstraße) durch die Terraingesellschaft beseitigt worden sind — es fehlten die Baumhäuser, die Straßenschilder und die Gasleitung — erfolgte deren Abnahme durch die Gemeinde. — Einige andere Straßengelegenheiten, darunter die Abtretung von 725 Quadratmeter Land zum Ausbau der Altklosterstraße, die zum Frühjahr erfolgen soll, sowie die Angebote der Brunnenfischen Erden wegen Beteiligung an dem Ausbau der Schöneberger Straße, die bisher nicht zur Fierde der Gemeinde Tempelhof gehört, stehen für die Gemeinde durchaus günstig. In der geheimen Sitzung wurde über die Aufnahme weiterer Anleihen zum Bau der Gemeinde-Doppelschule Beschluß gefaßt.

Köpenick.

Der Arbeiterturnverein „Eiche“ hält seine Turnstunden in der städtischen Turnhalle, Rüggeheimer Straße, ab. Zurzeit wird in drei Abteilungen geturnt: Dienstag und Freitag Männerabteilung, Mittwoch und Sonnabend Jugendabteilung und Donnerstag Damenabteilung. Die Turnstunden beginnen abends 8 Uhr und enden punkt 10 Uhr. Personen über 14 Jahren werden als Mitglieder aufgenommen. Als neue Abteilung ist eine Altersklasse gegründet worden, welcher alle über 30 Jahre alten Turner angehören. Den Freunden der Turnerei ist hier Gelegenheit geboten, sich zu betätigen. Die Väter und Mütter werden gebeten, ihre Söhne und Töchter nur in den Arbeiterturnverein „Eiche“ zu schicken. Auch die erwachsenen Turner sollten der „Deutschen Turnerschaft“ den Rücken kehren und dem Arbeiterturnverein beitreten. Montag, den 10. Februar, findet die erste Turnstunde der Altersklasse statt.

Gerichts-Zeitung.

Rechtsanwaltlicher Kampf gegen die Jugend.

Bekanntlich hat das Reichsgericht am 28. Juni 1910 in der Strafsache gegen unseren verantwortlichen Redakteur Beher und gegen den Genossen Bildung anerkannt, daß unsere am 27. Mai 1909 an die Turnwarte und Vorturner der Arbeiterturnvereine in Preußen gerichtete öffentliche Aufforderung dem Befehl entsprach und keine Aufforderung zum Ungehorsam gegen rechtsgültige Befehle oder behördliche Verordnungen war. Unsere Aufforderung ging dahin, „den Anordnungen der Behörden, welche die Erteilung von Turnunterricht gegen Entgelt oder die unentgeltliche Erteilung von Turnunterricht an nicht mehr schulpflichtige jugendliche Personen auf Grund der Rabinetsorder vom 10. Juni 1884 und der Ministerialinstruktion vom 31. Dezember 1889 verbieten, keine Folge zu leisten.“ Das Reichsgericht anerkannte, daß der Kultusminister und die Behörden, deren Verfahren wir kritisiert hatten, nicht aber der „Vorwärts“ gegen das Befehl verstößen habe.

Gegen diese Entscheidung lief das preussische Ministerium Sturm. Die Unterrichtsverwaltung erließ freilich unter dem 4. März 1911 eine Verfügung, nach der die Behörden nurmehr die vom Reichsgericht anerkannte Rechtsprechung beachten

sollten. Aber es wurden eine Reihe von Fällen bekannt, in denen die Schulbehörde entgegen dem Befehl und der Rechtsprechung des Reichsgerichts gegen Turnlehrer und andere Personen Strafen teilweise bis zu mehreren 1000 M. festgesetzt haben soll. Die Vorkommnisse wurden im Reichstag und Landtag besprochen und der ungeheuerliche Zustand beleuchtet, daß es gegen solche Strafverfügungen keinen Rechtsweg in Preußen gibt. Aus Anlaß von Anträgen unserer Genossen und von nationalliberaler Seite über diesen Gegenstand trat eine Kommission im Abgeordnetenhaus zusammen. Diese lehnte den Antrag unserer Genossen auf Wiederstattung entgegen dem Befehl verhängter Geldstrafen ab, nahm aber einen Antrag an, der den Rechtsweg gegen schulbehördliche Zwangsverfügungen forderte. Der Bericht ist im Dezember 1912 von der Kommission erstattet.

In der Kommission wurde erklärt, ein Senat des Reichsgerichts wolle von der erwähnten Ansicht des Reichsgerichts abweichen; in einigen Monaten würden die vereinigten Strafsenate sich mit der Frage beschäftigen.

Die vereinigten Senate haben nun wie uns berichtet wird, am 6. Februar in der Tat die Entscheidung des Strafsenats vom 28. Juni 1910 umgeworfen. In der Entscheidung ist erklärt, entgegen der Ansicht des zweiten Strafsenats kam es bei Entscheidungen aus der Rabinetsorder von 1884 nicht auf den Gesichtspunkt des Ergänzungs- oder Ersatzunterrichtes an, sondern einzig auf die Frage, was unter „Jugend“ zu verstehen sei. Es sei die Erlaubnis der Schulaufsichtsbehörde ohne Rücksicht auf die Art des Unterrichtes liberal da erforderlich sei, wo Personen Privatunterricht erhalten sollen, die in „noch schuldbedürftigem Alter“ seien.

Die Entscheidungsgründe liegen uns noch nicht vor. Man darf gespannt sein, wie in diesen das Reichsgericht seinen Umfall zugunsten der falschen Anschauung des preussischen Kultusministers zu begründen versucht. Erst wenn die Gründe im Wortlaut vorliegen, wird sich genauer ermessen lassen, welche Tragweite zugunsten der arbeitenden Jugend diese Entscheidung haben kann.

Der auf Betreiben des Kultusministeriums und der mit einem Haufen von Mitarbeitern arbeitenden Reichsanwaltschaft herbeigeführte Umfall des Reichsgerichts bildet sicher kein Ruhmesblatt in der reichsgerichtlichen Rechtsprechung. Es beweist ferner auch, wie recht unsere Genossen im Reichstag mit dem Antrage haben, die Geldmittel für Vermehrung einer Reichsanwaltschaft abzulehnen. Es ist arg, daß vom Reichstag noch mehr Mittel erfordert werden, um die Rechtsprechung in Strafsachen noch ungünstiger zu beeinflussen.

Vom Kolbischen Wiederaufnahmeverfahren.

Die Wiederaufnahme in der Dabendorfer Norddaffere vom Kammergericht bestätigt. Wie vor einigen Tagen mitgeteilt, hatte die 2. Strafkammer des Landgerichts II dem von der Staatsanwaltschaft gestellten Antrage auf Wiederaufnahme des Verfahrens gegen den Brunnensbauer Gustav Kolbe stattgegeben und die Wiederaufnahme zuzunehmen des Angeklagten für statthaft erklärt. Wegen diesen Beschlusses war vom Verteidiger beim Kammergericht mit der Begründung Beschwerde erhoben, daß kein „gläubwürdiges außergerichtliches Geständnis“ seitens des Kolbe vorliege. Der Strafsenat des Kammergerichts hat sich mit Recht dieser Auffassung nicht angeschlossen und die Zulässigkeit des Wiederaufnahmeverfahrens bestätigt.

Auf 15 Jahre Gefängnis von einem Jugendgerichtshof erkannt.

Blauen i. S., 8. Februar. Der 15 Jahre alte Kaufmannslehrling Boehold von hier, der am 4. Januar seinen 14 Jahre alten Lehrkollegen Gode durch Verstecke diebstahl und ihm 650 M. Geschäftsgelder raubte, wurde, wie die „Neue Bogli. Ztg.“ meldet, vom Jugendgericht des hiesigen Landgerichts wegen Raubes in gemeinsamer Zusammenhänge mit schwerem Raube, Unterschlagung und Betrug zu der höchsten zulässigen Strafe von 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Boehold hatte Vereinsgelder unterschlagen und sich von seinem Onkel zur Deckung des Manos 40 M. geliehen und um diesen Betrag dessen zu können, hat er den Raubmord verübt.

„Gehter Herr Streifbrocher.“

Wegen Beleidigung eines Arbeitswilligen ist vom Landgericht Bochum am 14. Oktober 1912 die Bergmannsweberin Anna Schelling verurteilt worden und zwar zu 2 Wochen Gefängnis. Sie hat am 13. März einen Brief in sehr schlechtem Deutsch an einen Arbeitswilligen geschrieben und ihn darin angedreht: „Gehter Herr Streifbrocher!“ Dann hat sie nach den Feststellungen des Gerichts in dem Briefe des weiteren höhnische Bemerkungen über den Adressaten gemacht und bezüglich seiner Ehefrau eine kränkelnde Andeutung gemacht. Dieser Brief wurde nachts unter die Tür des Adressaten geschoben. Die Revision der Angeklagten gegen das harte Urteil wurde am Freitag vom Reichsgericht verworfen.

Graf und Gräfin.

Der Streit zwischen dem Grafen Hans v. Pfeil und seiner geschiedenen Gattin, jetzigen Baronin Stephanie von Romer, geb. Heim, wurde gestern noch einmal vor dem Sadoffengericht Berlin-Schöneberg unter Vorsitz des Assessors Guttstadt aufgerollt.

Graf Hans v. Pfeil hatte die Beleidigungssache gegen seine geschiedene Ehefrau angestrengt. In einem am 28. Juli 1912 stattgefundenen Termin in einem Alimentationsprozesse hat die Angeklagte eine Reueherung getan, die dahin aufzufassen war: „Wenn der Graf Pfeil nicht falsch geschworen hätte so wären die ganzen Prozesse nicht nötig gewesen und die ganze Ehescheidung wäre viel schneller zu Ende gewesen.“ Die Angeklagte hat Widerlage erhoben. Diese gründet sich darauf, daß Graf von Pfeil in demselben Termin gesagt habe: „Seine Ehefrau habe ihn mit Schmutz beworfen und Verleumdungen gegen ihn in die Presse gedruckt.“ — Die Angeklagte erklärte, daß sie durch diese Bemerkung des Grafen Pfeil provoziert worden sei; ihre Bemerkung beziehe sich auf eine eidesstattliche Versicherung, in der der Graf bestritten habe, sie mißhandelt zu haben. Im Gegenzug hierzu finde sich in dem Entscheidungsurteil des Oberlandesgerichts zu Breslau vom 26. März 1906 im Ehescheidungsprozess folgender Satz: „In jedem Falle reichen die Behauptungen der Jungen aus, um für das Gericht die Ueberzeugung zu begründen, daß der Beklagte der Klägerin in der Zeit vom Oktober 1901 bis Ende Oktober 1903 in einer ganzen Reihe von Fällen Mißhandlungen, über die sich Näheres nicht mehr feststellen ließ, zugefügt hat.“ Nach längerer Verhandlung, die sich teilweise recht lebhaft gestaltete, erging das Urteil dahin: Die Angeklagte, der an sich der Schwur des § 193 St.-G.-B. zugebilligt wurde, hat mit ihren Worten den Privatkläger herabsetzen wollen und die Absicht der Beleidigung gehabt. Dasselbe gilt vom Privatkläger. Der Gerichtshof hat erzwungen, daß beide Parteien in wenig vornehmer Weise ihre Ehescheidungsstreitigkeiten in die Öffentlichkeit zerren und in Berücksichtigung aller in Betracht kommender Momente die Angeklagte zu 300 M. Geldstrafe eventl. 30 Tage Gefängnis, den Privatkläger zu 100 M. Geldstrafe eventuell 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

Allgemeine Familienherbekasse. Heute 7½ und Aufnahmezeit von 3—6 Uhr im Restaurant Adelt. 127. Gießstraße der Grabare, Hülseure und verw. Berufsgenossen zu Berlin sagt jeden zweiten Sonntag im Monat, abends von 8—10 Uhr, im Restaurant Luisenpark 1.

